

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis: 1,10 M. monatlich, 1,10 M. vierteljährlich, 3,30 M. halbjährlich, 6,60 M. jährlich. Einzelheft 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2 M. pro Monat, für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonellen ober deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Kreis- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 6. April 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Heinrich Meister

Unsere Hoffnung, daß unser Genosse Heinrich Meister sich von dem Schlaganfall erholen würde, der ihn vorgestern traf, hat sich leider nicht erfüllt. Unser braver, treuer Parteigenosse, der unermüdete, selbstlose Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse, ist uns gestern früh um 6 Uhr durch den Tod entrissen worden.

Heinrich Meister — „König von Hannover“, auch „Hein“ scherzhaft in seinem großen Freundeskreise genannt — wurde am 2. Oktober 1842 in Hildesheim geboren. Sein Vater lebte in den einfachsten Verhältnissen als Pianist und Kirchenorganist. Hein erlernte zuerst das Buchbinderhandwerk, später das Zigarrenmachen. Anfangs der 60er Jahre siedelte er nach Hannover über. Die geringe freie Zeit, die ihm zu Gebote stand, benutzte er mit Feuereifer zur Erweiterung seiner Kenntnisse. Soweit es ihm seine kargen Mittel erlaubten, erweiterte er die in der Hildesheimer Bürgerschule erworbenen Kenntnisse. Insbesondere dem Lesen gewerkschaftlicher und politischer Literatur widmete er manche Winternacht im ungeheizten Zimmer. Der Eifer, mit dem er unermüdet seine Kenntnisse erweiterte, sich über Richtung und Ziel der Arbeiterbewegung unterrichtete, sollte noch heute als Muster für unsere Parteigenossen gelten, denen ja jetzt weit bessere und leichter zu erlangende Mittel zu Gebote stehen.

In den ersten Jahren der Parteibewegung finden wir Heinrich Meister inmitten derselben, sowohl auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiete. Im Jahre 1865 stand er an der Spitze des Tabakarbeitervereins. In den Jahren 1867 bis 1878 bis zur Auflösung des Vereins auf Grund des Sozialistengesetzes war er Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden Frischje. 1882 wurde dann der jetzige Tabakarbeiterverband gegründet, ihm gehörte er als Vorsitzender des Ausschusses von Beginn an.

Auf politischem Gebiete errichtete er im Jahre 1867 mit 16 gleichgesinnten Genossen in Hannover eine Mitgliedschaft des allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Seine Mitgründer sind vor ihm dahin geschieden. Im Jahre 1872 trat er auf Drängen der Parteigenossen das erste Mal öffentlich als Redner auf und entwickelte dann eine rastlose agitatorische Tätigkeit. In passender Weise, von innerer Ueberzeugung durchglüht, warb er Gesinnungsgenossen. Seine Rede wirkte auf die Herzen, weil, was er sprach, von Herzen kam. Unserem dahingegangenen Parteigenossen fällt ein wesentliches Verdienst an der Vereinigung der beiden Richtungen der Arbeiterbewegung, der Eisenacher und der Lassalleaner zu. Mit Energie hielt der alle Lassalleaner jederzeit auf Zusammenbruch aller agitatorischen Kräfte. Im Jahre 1879 kandidierte er im 9. hannoverschen, im Jahre 1881 im 8. hannoverschen Wahlkreis Hannover-Linden. Zum großen Entsetzen des Philistertums der ehemaligen Residenzstadt Hannover wurde Meister, „der Zigarrendreher“, wie ihn die Gegner nannten, zum erstenmal im Jahre 1884 in den Reichstag gewählt und hat seit dieser Zeit bis zum Tode dem Reichstag angehört. Vom Jahre 1884 ab war Meister Mitglied des Fraktionsvorstandes und damit der Parteileitung während des Sozialistengesetzes. Seit dem Jahre 1891 war Meister Mitglied und Vorsitzender der Kontrolleure der Partei.

Unser so plötzlich uns entrissener Genosse besaß in außerordentlich hohem Maße das allgemeine Vertrauen, die Achtung und Verehrung der weitesten Kreise. Reich an Arbeit und Entbehrungen, aber auch reich an Erfolgen war sein Leben. Bei ihm war Grundfay und Handeln eins. Sein Beispiel wirkte für viele anfeuernd. Sein offener Charakter, seine kernige, gerade und doch so hilfsbereite freundliche Art, seine treue Pflichterfüllung, in der er in selbstlosester Weise, jedes persönliche Interesse hintenansehend, lediglich die Interessen der Arbeiterbewegung wahrnahm, ebenso streng gegen sich selbst wie nachsichtig und doch fest gegen andere, schufen ihm allseitige Anerkennung. Als Agitator und als Organisator von der Pike auf bis zu den höchsten Ehrenstellen innerhalb Partei und Gewerkschaft hat Heinrich Meister großes geleistet. Der einzige Lohn war ihm die Freude der Pflichterfüllung. Millionen danken ihm seine entbehrungsreiche Arbeit über das Grab hinaus. Dank, Heinrich Meister, schulden wir deinem aufopfernden Wirken. Den Dank können wir nicht besser abtun als durch Nachahmung im Lebenswerke unseres verehrten Genossen, des unermüdeten Kämpfers im Dienst der Befreiung der Arbeiterklasse von dem Doppelschloß politischer Rechtslosigkeit und wirtschaftlicher Ausbeutung.

Für Weltpolitik und Volksnebelung!

Vor der Reichstag in die Ferien ging, sollte er noch einen großen Moment erleben: eine allgemeine Vertrauens- und Bindung der Parteien für die Regierung und ihre weltpolitischen Bestrebungen, wie sie so markant hervorgetreten waren im Marokkokonflikt. Dem Ausland sollte — als ob man dort schon die Mobilmachung der deutschen Armee gegen das deutsche Proletariat vergessen hätte! — gezeigt werden, daß das ganze Volk geschlossen hinter der unter der Flagge Bülow's stehenden Weltpolitik steht. Und dies erhebende Schauspiel bot denn auch heute der Reichstag, obgleich ein unvorhergesehener Zufall die Verhandlung zerriss und die Stimmung zu zerstören schien. Als nämlich — nach einer einleitenden Erklärung Bülow's über die Marokkokonferenz und einer äußerst wohlwollenden Rede des Freiherrn von Hertling, durch die das Zentrum der Marokko- und Weltpolitik der Regierung ihren Segen spendete — gerade **Bebel** an dieser auswärtsigen Politik sachlich scharfe Kritik übte, wurde plötzlich der Reichskanzler von einer schweren Ohnmacht befallen, so daß die Sitzung auf eine Viertelstunde vertagt werden und die fernere Debatte in Abwesenheit des verantwortlichen Chefs der Reichspolitik weiter geführt werden mußte. Trotzdem ist es nicht richtig, daß hierdurch der ganzen Verhandlung der Charakter der Stimmungslosigkeit ausgedrückt worden sei. Einzig Genosse **Bebel** kürzte infolge der Erkrankung des Fürsten Bülow seine Ausführungen ab — den Vertretern der bürgerlichen Parteien, die ja keine Kritik üben wollten, wurde dadurch ihr Konzept nicht im mindesten verriekt. Sie hätten ihre Reden genau so heruntergehampelt, wenn der Zwischenfall nicht eingetreten wäre.

Die erstaunliche Stimmungslosigkeit, mit der die so enorm wichtige und vorbedeutungsreiche Marokkofrage — war sie doch der erste weltpolitische Konflikt, den Deutschland selbstbewußt herauszufechten und hartnäckig durchgeführt! — vom Reichstag behandelt wurde, liegt eben im Charakter der herrschenden Klassen Deutschlands. Ein fremder Beobachter, der diese nationale Eigentümlichkeit nicht berücksichtigt, könne zu der Ueberzeugung kommen, daß die bürgerliche Mehrheit des deutschen Reichstages aus einer Gesellschaft von Salsapwählern bestehe, die in sonnambuler Ahnungslosigkeit in der Dachrinne dahinpromenierten. In England würde eine weltpolitische Debatte dieser Art in jener hochtrabend nichtsagenden Grandezza geführt worden sein, durch die die Diplomaten ihre Gedanken vorsichtig zu verhüllen pflegen; in Frankreich würde man wahrscheinlich ein bravouröses Brillantfeuerwerk „patriotischer“ Phrasen abgebrannt haben; im deutschen Reichstage behandelte man heute die wichtigsten internationalen Probleme mit einer philiströsen Gefassenheit, als ob man sich über eine nebensächliche Geschäftsortnungsfrage unterhalte!

Und doch enthält die Marokkofrage die **keine unabwehrbare politische Ent- und Verwickelungen**. Die Art, wie die deutsche Regierung den Konflikt schürte und zum Austrag brachte, entfesselte direkt die Kriegsgefahr. Und wenn sich jetzt die bürgerlichen Parteien den Trost spenden: das drohende Wetter habe sich glücklich verzogen, ohne sich zu entladen, so vergessen sie ganz, daß, wenn einmal Gewitterstimmung herrscht, den ersten Wetterwolken eine Reihe weiterer zu folgen pflegen. So hat uns auch Algeciras erst recht Gewitterstimmung gebracht. Die Mächte haben es nun erfahren, daß Deutschland die Kaiserworte wahr zu machen gedenkt, daß nirgends mehr auf der Welt eine Entscheidung fallen werde ohne Deutschlands Beteiligung. Die „Rechte“, die Deutschland heute für Nordafrika geltend macht, kann es morgen in Südamerika oder sonst irgendwo geltend machen!

Fürst Bülow, und namentlich der Zentrumsredner taten sich heute wieder sehr viel auf den „Rechtboden“ zu gute, auf dem Deutschland mit seinen Forderungen gestanden habe. Nun hat aber gerade ein deutscher Staatsrechtslehrer, Professor **Niemeyer-Kiel**, erst vor wenigen Tagen nachgewiesen, daß die Berufung Bülow's auf die Madrider Konvention von 1880 völlig hinfällig sei. Das „Recht“ aber, andere Kolonialmächte zu hindern, einen bisher unabhängigen Staat ganz oder teilweise in die Laibe zu stecken, ist nichts als eine Frage der **Macht**. Denn ein internationales Recht dieser Art existierte bis jetzt noch nicht. Jede Macht nahm bis jetzt, was ihr in den Griff kam und beifallswert erschien. Und Deutschland hat es bisher sogar strikt abgelehnt, irgend etwas gegen die Annexion der Burenrepubliken durch England oder der Mandschurei durch Rußland zu unternehmen. Ebenjowenig kümmerte sich Deutschland selbst um das Recht, als es leinerezeit Kiautschou annektierte. Und daß die Vereinigten Staaten sich eine Monroedoktrin schufen, durch die sie den europäischen Eroberungsabsichten auf Mittel- und Südamerika einen Riegel vorschoben, das hat ja seit jeher gerade in deutschen Kolonialkreisen Mergel und Verdruß genug hervorgerufen. Wenn also die deutsche Regierung auch ihrerseits so urplötzlich eine Art Monroedoktrin durchzusetzen suchte, so handelt es sich um eine **simple Machtfrage**, nicht um eine Rechtsfrage.

Das schlimmste aber war, wie Deutschland plötzlich die Machtfrage aufwarf, wie es Frankreich unversehens überumpelte, den Sultan von Marokko ausputzte und die französische Regierung teils durch Drohungen, teils durch zynische

Versprechungen veranlaßte, schließlich in die Konferenz von Algeciras zu willigen — Dinge, die wir in unseren letzten Zeitartikeln eingehend genug behandelt haben. Und das **Endergebnis** dieser deutschen Marokkopolitik war dann schließlich ein Kompromiß, bei dem Deutschland nichts durchsetzte, was es nicht viel bequemer und gefahrloser hätte erlangen können, ja was ihm nicht das französisch-englische Marokkoabkommen ohnehin zugestanden hätte. Und dies klägliche Ergebnis wurde errungen durch eine Prücklerung Frankreichs und Englands, wurde erkaufte durch die Enthüllung der Tatsache, daß Deutschland wirklich völlig isoliert dasteht und in einem internationalen Konflikt Feinde und schadenfrohe Neutrals genug um sich sehen würde, aber keinen einzigen hilfsbereiten Freund!

Und wozu diese Nachproben, wozu die Verteidigung mit mächtigen Nachbarstaaten, wozu die völlige Isolierung Deutschlands? Handelte es sich um ein, sei es auch nur vermeintliches Lebensinteresse Deutschlands? Nein! Das ganze Abenteuer wurde gewissermaßen nur in einer weltpolitischen Laune entriert, aus einer imperialistischen Marotte; man wollte den Mächten einmal zeigen, daß jetzt auch Deutschland weltpolitischen Latendranges voll ist!

Fürst Bülow gestand heute kaltblütig ein, daß Deutschland Marokko wegen nicht zum Schwert gegriffen haben würde, da die politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko einen solchen Einsatz nicht gekostet hätten. Und trotzdem spielte man mit der Kriegsgefahr! Trotzdem suchte man das Ausland in den Glauben zu versetzen, daß Deutschland Marokkos wegen zum **äußersten** schreiten würde! Seht man sich durch ein solches Komödiantentum nicht der Gefahr aus, später überhaupt nicht mehr ernst genommen zu werden, auch dann, wenn man es wirklich bitter ernst meint? Legt man sich durch solches Intrigantentum nicht für die Zukunft diplomatische Minen, mit denen man selbst einmal in die Luft fliegen kann? Und wenn der Reichskanzler schließlich erklärte, es wäre „ein Mangel an Augenmaß“ gewesen, wenn man wegen „untergeordneter Punkte“ die Konferenz hätte scheitern lassen — waren es nicht gerade die jetzt so untergeordneten Punkte, um die sich der ganze Hader drehte, um derentwillen die Konferenz überhaupt einberufen war?

Die Rede Bülow's hätte auch für den zahllosen bürgerlichen Opponenten genug der Schwächen geboten. Aber der Zentrumsredner Hertling deckte alle Blüten des Kanzlers mit dem Mantel jener Nächstenliebe, von der das Zentrum, seitdem es herrschende Partei geworden, für die Regierung überfließt. So erfreulich es sei, daß die Regierung nicht daran gedacht habe, um Marokkos willen Krieg zu führen, und so lebhaft das Zentrum auch eine bössartige Verwickelung beklagt haben würde, so habe Frankreich doch kein Recht gehabt, Deutschland bei seinen Verhandlungen über Marokko einfach auszuscheiden. Deshalb mache er Bülow keine Vorwürfe wegen seiner Politik, ja es sei schließlich ganz gut gewesen, den Auslands-mächten zu zeigen, daß man Deutschland nicht eine allzu weitgehende Friedensneigung zutrauen dürfe. Und nachdem der Zentrumsredner so die Marokkopolitik völlig gebilligt hatte, hielt er es für angemessen, die deutsche Regierungspolitik überhaupt des Wohlwollens seiner Partei zu versichern. Die Klagen über die Neigungen zu Abenteuern, zu einem Jizackus, über das persönliche Regiment seien stark übertrieben. Im allgemeinen sei die deutsche Politik eine durchaus gesunde. Das werde auch der revolutionäre Ansturm erleben, der an dem Deutschen Reich und den deutschen Regierungen einen unerschütterlichen Damm finden werde. So bekannte sich das Zentrum logisch zur Weltpolitik nach außen und zur Knebelpolitik nach innen!

Daß Herr **Wassermann** namens der Nationalliberalen gleichfalls die Regierungspolitik feierte und gleich Herrn Hertling zum Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen die antinationale Sozialdemokratie aufrief, versteht sich ebenso von selbst, wie daß die Herren **Vimburg-Stirum, Arendt und Liebermann v. Sonnenberg** im großen und ganzen die Haltung der Regierung billigten. Von den freisinnigen Rednern **Müller-Sagan** und **Schrader** übte nur der letztere eine beachtenswerte Einzelkritik. So, wenn er die Optimisten dringend davor warnte, die getroffene internationale Vereinbarung von Algeciras nun als das fröhliche Ende des Marokkohaders zu betrachten. Kehlliche internationale Vereinbarungen bewiesen vielmehr, daß gerade sie eine immerwährende Quelle von Reibungen und Verstimmungen bildeten. Das werde man auch an dem Algecirasabkommen erleben.

Kein einziger bürgerlicher Redner hatte gegen Deutschlands Weltpolitik an sich, gegen die Marokko-affäre schlechthin etwas einzuwenden. Alle Parteien gingen von der Voraussetzung aus, daß Deutschland nun einmal Weltpolitik treiben müsse, selbst auf die Gefahr völliger Isolierung hin. Und da Deutschland einmal so isoliert sei, so — das betonten mit gleicher Bestimmtheit die Herren Hertling, Wassermann, Liebermann v. Sonnenberg — müsse es nun zu Land und zur See **doppelt eifrig** rüsten, um auch allein jedem Gegner gewachsen zu sein!

Der einzige Redner, der dem ganzen System dieser Weltpolitik entgegentrat, war der sozialdemokratische Sprecher: **Bebel**. Unbarmherzig verfolgte er die seltsamen Wandlungen

der deutschen Marokkopolitik seit dem Jahre 1904, unbarmherzig brandmarkte er die unerhörte Tatsache, daß die deutsche Diplomatie für eine — nach Vilain selbst! — so nebensächliche Sache die Person des deutschen Kaisers selbst eingesetzt und damit die schwerste Provokation gegen Frankreich und England geleistet habe. Und was sei das Resultat dieser ganzen Unbegreiflichkeiten? Die absolute Isolierung Deutschlands!

Der Verlauf des Marokkoabenteuers beweist, daß die deutsche Bourgeoisie die weltpolitische Abenteuerpolitik der deutschen Regierung vollständig billigt und sich jederzeit widerstandslos in jede neue Abenteuer verwickeln lassen wird. Daß sich Deutschland dadurch alle anderen Mächte zu Feinden macht, das sieht unsere Bourgeoisie nicht an: im Gegenteil, die Heeres- und Flottenvermehrungen lassen sich dadurch als um so unabweidlicher hinstellen! Die Lasten für die Rüstungen und schließlich auch die Opfer der etwaigen Kriege hat ja zur Hauptsache das Proletariat zu tragen — weshalb sollte man da nicht Weltpolitik treiben? Und je einmütiger sich die besitzende Klasse in ihrem Willen zur Weltmachtspolitik zusammenschließt, desto einmütiger findet sie sich auch in der Knebelung des einzigen Demomomies dieser sibiolen Politik, des Proletariats, zusammen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. April.

Der neue Steuerstrauß.

Hatte schon die Steuerkommission des Reichstages den Stempelischen Steuerstrauß in erster Lesung arg zerzupft, so ist das Ergebnis der zweiten Lesung eine noch weit größere Verwüstung. Wüste um Wüste ist gefahren, und in dem einst so schön gemauerten Baufeld, mit dem der Reichschatzsekretär das deutsche Volk zu beglücken gedachte, befinden sich heute als Ueberbleibsel des früheren Blumenfelds nur noch einige halbentblätterte Rosen von zweifelhaftem Duft; doch hat die Steuerkommission reichlich für Ersatz gesorgt, so daß sich noch immer der Strauß recht voll ausnimmt. Gegenüber den Beschlüssen erster Lesung wurde in zweiter Lesung die Steuer für Bier etwas verschärft. Nach den neuesten Beschlüssen beträgt die Steuer für die ersten 250 Doppelcentner Maß 4 M., von den folgenden 250 D. 4,50 M., von den folgenden 500 5 M., von den folgenden 1000 5,50 M., von den folgenden 1000 6 M., von den folgenden 1000 6,50 M., von den folgenden 1000 7 M., von den folgenden 1000 8 M., von den folgenden 1000 9 M., von dem Reste 10 M.

Das Tabaksteuergesetz, das in der ersten Lesung gefallen ist, hat auch in der zweiten Lesung vor den Augen der „Steuerkommissionäre“ keine Gnade gefunden; dagegen ist die Steuer für Zigaretten ein wenig gemildert und, um einen gerechten Ausgleich für die Reichsfinanzen zu schaffen, die Steuer für Zigarettenentabak verschärft worden. Die Steuer beträgt nach den Beschlüssen zweiter Lesung für Zigaretten bis zum Werte von:

1.	10 Mark das Tausend, für 1000 Stück 1 M.,
2.	über 10—15 „ „ „ „ „ 1,50
3.	15—20 „ „ „ „ „ 2,50
4.	20—25 „ „ „ „ „ 4,00
5.	25—30 „ „ „ „ „ 6,00
6.	30 „ „ „ „ „ 10,00

Die Steuer für Zigarettenentabak beträgt:

1.	über 3 bis 5 Mark das Kilogramm, 0,50 Mark für 1 Kgr.
2.	5 „ 10 „ „ „ 1 „ 1
3.	10 „ 20 „ „ „ 2 „ 1
4.	20 „ 30 „ „ „ 3 „ 1
5.	30 „ „ „ „ 5 „ 1

In bezug auf die Frachtkundensteuer wurde beschlossen, daß für Konnossemente und Frachtbriefe im Schiffsverkehr zwischen in- und ausländischen Häfen und Wasserstraßen 1 M. zu entrichten ist, zwischen in- und ausländischen Häfen der Nord- und Ostsee, des Kanals oder der nordwestlichen Küste 10 Pf.

Die Berechnung der Steuer für Personenzahlarten nach der Länge der Fahrt wurde beibehalten. Die Steuer beträgt auf inländischen Dampfschiffen in der 1. Wagenklasse 1, in der 2. Wagenklasse $\frac{1}{2}$, in der 3. Wagenklasse $\frac{1}{4}$ Pf. von jedem Kilometer. Bei Fahrarten von und nach ausländischen Orten ist die Abgabe nur für die im Inlande zurückzulegende Strecke zu entrichten. Stempelbeträge bis zu 5 Pf. bleiben unberücksichtigt, höhere Beträge werden auf 10 Pf. abgerundet. Fahrarten von Straßenbahnen werden wie Fahrarten dritter Klasse behandelt. Fahrarten für Dampfschiffe auf inländischen Wasserstraßen, Seen, sowie im Dampfschiffsverkehr der Nord- und Ostsee und zwischen inländischen Orten $\frac{1}{4}$ Pf. pro Kilometer, wenn die Dampfer nur eine Klasse führen, für höhere Klassen beträgt die Abgabe $\frac{1}{2}$ Pf. pro Kilometer. Bei Zeitarten ist das fünfzehnfache des Steuerbetrags zu erheben, eine Stempelentrichtung findet nicht statt, wenn ein Stempelbetrag für die einfache Fahrt nicht zu erheben sein würde.

Die Steuer für Kraftfahrzeuge wurde in zweiter Lesung etwas erhöht, die Anfahrtspostkartensteuer, die in erster Lesung beschlossen worden ist, wieder fallen gelassen und dafür eine Lantiensteuer in das Steuergemisch aufgenommen. Danach trägt einen Steuerbetrag von 8 Proz. von der Gesamtsumme der Vergütungen: die Ausstellung der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung über die Höhe der gesamten Vergütungen (Gewinnanteile, Zinsen, Gehälter, Zagegelber über 50 M., Reisegelder, abzüglich der haren Auslagen), die den zur Ueberwachung der Geschäftsführung bestellten Personen (Mitgliedern des Aufsichtsrates) seit der letzten Auffstellung gewährt worden sind. Befreit sind Auffstellungen, nach denen die Summe der sämtlichen an die Mitglieder des Aufsichtsrats gemachten Vergütungen nicht mehr als 5000 M. ausmacht.

Die Erbschaftsteuer bleibt im wesentlichen in der Form bestehen, wie sie in erster Lesung beschlossen worden ist; nur in zwei Punkten wurden geringfügige Änderungen vorgenommen.

Der Sozialist im Bourgeoiskabinett.

Paris, 4. April. (Fig. Ber.)

In der gestrigen Kammerführung brachte Genosse Constant den Antrag ein, die verurteilten Antimilitaristen zu amnestieren und begründete ihn mit dem Hinweis darauf, daß die Offiziere, die bei den Avanturen den Dienst verweigert hätten, von ihren Standesgenossen freigesprochen worden seien. Sarrrien lehnte die Amnestie ab und stellte sogar die Vertrauensfrage. Der Reaktionsär d' Audignac erinnerte nun an Briand's antimilitaristische Jungfrühergangheit und stellte die fatale Frage, wie sich der Ministerpräsident der Amnestie widersetzen könnte, da er doch Briand als Mitarbeiter habe. Sarrrien erwiderte, daß die ganze Regierung die Verwerfung der Amnestie verlange und die Vertrauensfrage stelle! Der Antrag Constant wurde mit 354 gegen 198 Stimmen abgelehnt. Briand war nicht anwesend. Er hat wohl nicht in der Kammer mit der Reaktion stimmen mögen, aber er hat sich mit seinen Ministerkollegen solidarisch erklärt, als sie die Abschaffung der Amnestie beschlossen.

Als Briand mit Sarrrien und Comenceau über seinen Eintritt ins Ministerium verhandelte, hat man alles mögliche von den „Verbindungen“ erzählt, die er zugunsten des Sozialismus gestellt habe. Es schien fast, als ob er einen Akt anstiller Selbstaufopferung vollbracht und das Leid der Auslieferung aus der Partei auf sich genommen habe, um der Partei in der erzwungenen Stellung zu nützen. Was man aber bisher vom neuen Ministerium gesehen hat, waren Handlungen, die jedes Bourgeois-demokratische Ministerium gemäßigter Richtung vollbracht hätte, auch ohne daß ein „Sozialist“ darin läge. Die Anwesenheit des „Sozialisten“ hat die Regierung nicht im geringsten zu einer radikaleren Politik bewogen.

Man mühte den „Sozialisten“ Briand wirklich bedauern, wenn ihn nicht der Minister Briand tröstete.

Zu wie eigenartigen Konsequenzen die Haltung der geschiedlichen, aber desto kirchenscheuere Herren Offiziere führt, geht aus folgender Wolff-Depsche hervor:

Paris, 5. April. In dem heute abgehaltenen Kabinettsrat wurde beschlossen, den Vorschlag Klotz anzunehmen, wonach Militärpersonen, die sich weigern, Requisitionen der Zivilbehörden Folge zu leisten, vor die bürgerlichen Gerichte gestellt werden sollen. Die Kriegsgerichte sollen wegen Behoramsverweigerung gegenüber den Befehlen von militärischen Vorgesetzten auch ferner zuständig sein, ihre Urteile aber sowohl in tatsächlicher wie in rechtlicher Beziehung begründen.

Deutsches Reich.

Unbewußte Selbstanklage.

Die „Konf. Korrespondenz“ leistet sich in ihrer Herzenseinfalt eine höchst originelle Verspottung ihrer Gönner. Sie bringt einen Auszug aus einem Artikel der „Deutschen Monatschrift“ über die Landflucht der Landarbeiter, in welchem behauptet wird, die Lohnfrage und Vergütungssucht seien weniger ausschlaggebend für die Abwanderung der ländlichen Arbeiter in die Stadt, als der Umstand, daß der Landarbeiter jahraus, jahrein, Sonntag wie Alltag, auf dem Dorfe überall als die unterste Stufe der Bevölkerung sich behandelt sehe: in der Kirche und beim Tanz, auf Familien- und Schützenfesten, im Gasthaus und in der Gemeindeverwaltung. Kein öffentliches Amt werde vom Tagelöhner bekleidet, keinem Verein gehöre er an, keine wesentliche Verbesserung stehe für ihn oder seine Kinder in Aussicht. Dazu komme, daß er sein Dasein unter steter Beobachtung zubringe: der Mann, der gefesselt habe, die Frau, die in der Jugend einen Fehltritt begangen habe, würde ihre Vergangenheit nie wieder los. Und nicht allein die eigenen Standesgenossen seien gut unterrichtet, auch der Gutsherr, der Pastor usw., wählten genau Bescheld, überall mache sich eine drückende Kontrolle fühlbar. Vom einstigen patriarchalischen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter seien überwiegend nur die Fesseln und die Demütigungen des engen ländlichen Zusammenlebens übrig geblieben; mehr und mehr werde darum dem ländlichen Tagelöhner das Leben unzufrieden.

Die Äußerung widerspricht direkt den Gründen, die sonst im Reichstage wie in der Presse von den Agrariern für die Landflucht ihrer „Leute“ vorgebracht werden. Regelmäßig behaupteten bisher, wenn auf die traurige Lage der Landarbeiter hingewiesen wurde, die Konservativen Herren, nur die wilde Vergütungssucht treibe die Landbevölkerung in die Städte; einen anderen Grund gäbe es nicht, denn in Wirklichkeit führten die Landarbeiter bei ihren hohen Löhnen ein besorgliches, idyllisches Leben. Jetzt soll es plötzlich nicht mehr die Vergütungssucht, sondern die unbillige Stellung des Landarbeiters als eines Parasiten unter der übrigen Bevölkerung, die Tatsache, daß er für sich und seine Kinder auf „keine wesentliche Verbesserung“ seiner Lage rechnen kann, und die überall hervorretende drückende Kontrolle sein, die ihn zur Landflucht treibt. Diese Ansicht ist zweifellos besser begründet, als das suffisante Geschwätz von der „Vergütungssucht“ — aber die Rantige, Iphenlige und Iphenliche dürfen der „Konf. Korresp.“ für ihre Argumentation wenig Dank wissen, denn wenn sie richtig ist, enthält sie die schwersten Anklagen gegen die Herren Junker. Wer ist denn sonst schuld an dieser traurigen Lage des Tagelöhners, an seinem Ausschluß von allen „öffentlichen Ämtern“, seinem erzwungenen Verzicht auf jede „wesentliche Verbesserung“ seiner Lage, als die konservativen Gutsherrn, die ihn in ihrem bornierten Standesdünkel geringer achten als ihr Vieh und sich oft, wie alljährlich hunderte von Gerichtsprozessen beweisen, die größten Rohheiten gegen ihn gestatten.

Das Reichskolonialamt und das Zentrum.

Stuttgart, 4. April. (Fig. Ber.)

Das württembergische Hauptorgan des Zentrums, das schon längst (s. Nr. 69 des „Vorwärts“) energisch für Erzberger und gegen Spahn Stellung genommen hat, äußert in scharfen Worten seine Unzufriedenheit über die Haltung seiner Fraktion in Sachen des Reichskolonialamtes. Es stellt fest, daß die Zentrumskolonialfraktion die Ablehnung des Staatssekretariates zweimal beschloß und daß der Fraktionsvorstand auch noch zum drittenmal einen gleichem Beschluß faßte. „Sehr bedauerlich“ findet es daher, daß die Fraktion in diesem Falle nicht geschlossen auftrat. Ein durchschlagender Grund hierfür hätte, meint es, nicht vorgelegen. Gerade jetzt, wo wir vor den neuen Steuern stehen, ist eine solche Erschlitterung sehr unbecuem, weil es uns als dringend geboten erscheint, daß die Zentrumskolonialfraktion in den Steuerfragen geschlossen auftritt.“

Das ist ein Witz mit dem Zampfsatz für die Zukunft, besonders da das Blatt weiterhin sogar von einem „Anrecht“ der Zentrumswähler auf „geschlossenes“ Auftreten ihrer Abgeordneten „bei aller Hochachtung der Freiheit und Entschlieungen der einzelnen Abgeordneten“ redet.

Daß auch dieser Artikel des württembergischen Zentrumblattes dazu dienen soll, eine gewisse, der „Regierungsfähigkeit“ entgegenarbeitende Mischung in der Fraktion zu stiften, geht aus folgender Stelle des Artikels hervor: „Bemerkenswert ist auch, daß der Führer der Enthaltenden sich in der Kommission noch für die Ablehnung ausgesprochen hat.“ Dieser „Führer“ wird also damit festgenagelt als einer, der anderen Einflüsterungen folgend der Parteiparole unterworfen wurde. Das Blatt scheint bestrebt zu sein, den „Führern“, welche es für geneigt hält, der Regierung hier und da gefällig zu sein, auf die Finger zu passen. Ob mit Erfolg, das bleibt abzuwarten.

Der Aufreizungsprozess in Königsberg.

Vor der ersten Strafkammer des Königsberger Landgerichts stand am Dienstag der Genosse Redakteur Artur Crispian, wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten angeklagt. Am 13. Januar brachte die „Königsberger Volkszeitung“ den Bericht über die Breslauer Gerichtsverhandlung, in der Genosse Lohde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war. In dem Bericht war ein Teil des Aufsatzes abgedruckt worden, der den Gegenstand der Anklage bildete. Der Bericht selbst stammte aus einem großen Korrespondenzbureau und war von Zeitungen aller Parteien in derselben Weise übernommen worden.

Am 22. Januar wurde Genosse Crispian von der Redaktion wegen verhaftet. Erst als die Richter sahen, daß sich derselbe Bericht in bürgerlichen Blättern befand, willigten sie ein, daß Crispian gegen eine Kaution von 6000 Mark freigelassen wurde.

Am Dienstag fand die Hauptverhandlung statt. Vorher hatte Genosse Crispian sich noch wegen Verleumdung eines Kriegervereins zu verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte der Verteidiger, Genosse Haase, den Vorsitzenden der Strafkammer, Herrn Schubert, der bereits im Russenprozess den Vorsitz geführt hatte und der früher Staatsanwalt in Erfurt war, wegen Befangenheit ab.

Verändert wurde diese Ablehnung mit dem Umstande, daß Herr Schubert im großen Russenprozesse an die Angeklagten die Frage gerichtet hat, ob sie zugeben, daß in der sozialdemokratischen Presse häufig Majestätsbeleidigungen vorkommen, daß er weiter in seiner früheren Tätigkeit als Staatsanwalt zu Erfurt in verschiedenen Prozessen gegen sozialdemokratische Redakteure erklärt hat, bei Beurteilung der Tat komme es auf die Tendenz der Zeitung an, die Sozialdemokratie mache es sich zur Aufgabe, die Befehlenden und die Beamten zu beschimpfen; die sozialdemokratische Presse gehe darauf aus, zu beschimpfen, zu beschmutzen und herabzusetzen usw. In einem Prozesse hat er endlich die eidlischen Aussagen der Entlastungszeugen für „Hinten“ erklärt.

Der Gerichtshof lehnte trotz dieses gravierenden Materials den Antrag ab — der Herr Schubert, der also den Parteimann im Gerichtssaal herangezogen hat, lächelte sich nicht befangen!

Genosse Crispian wurde in dieser Sache zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Im Aufreizungsprozess wurde der Ablehnungsantrag nicht wieder gestellt. Die Beweisaufnahme gestaltete sich ziemlich einfach. Es wurden der Bericht sowie ein in derselben Nummer befindliches Gedicht von Freiligrath: „Die Revolution“ vorgelesen. Der Verteidiger legte eine ganze Anzahl bürgerlicher Zeitungen dem Gerichtshofe vor, die denselben Bericht wie die „Volkszeitung“ gebracht haben.

Der Staatsanwalt Dr. Caspar behauptete in seinem Plaidoyer, daß der Artikel zu Gewalttätigkeiten aufreize. Er wende sich an die Arbeiter, an die Verfolgten und weise auf Russland hin. Bei der Erregtheit der damaligen Zeit müßte eine solche Veröffentlichung wirken wie Feuer in einem Pulversack. Und der Artikel sei ja auch nicht ohne Wirkung geblieben. Es seien vor kurzem in Königsberg mehrere Personen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil sie Revolution gepredigt und ein Haus demoliert hätten. (Es handelt sich um ein gewöhnliches Hohenhaus, wobei einer der Erzedenten gerufen hat: Heute ist Revolution!) Der Staatsanwalt beantragte deshalb neun Monate Gefängnis.

Der Verteidiger forderte Freisprechung, da die Anklage nicht das geringste belastende Material ergeben habe. Viele Zeitungen hätten denselben Bericht gebracht, ohne daß irgend ein Staatsanwalt eingeschritten sei. In Breslau handelte es sich um eine Proklamation, die nach seiner Ueberzeugung auch nicht gegen das Strafgesetz verstöße; hier aber seien nur einzelne Stellen in einem leidenschaftlichen Bericht über eine öffentliche Verhandlung neben den Reden des Staatsanwalts, des Verteidigers und der Begründung des Urteils gebracht worden. Damit sei der Charakter des Appells beseitigt. Der Staatsanwalt habe in einer projektual unzulässigen Weise einen Fall berührt, der sich auf dem Gericht angehängelt haben soll. Er beantrage eventuell, den Verurteilten als Zeugen darüber vernahmen zu lassen, daß er weder den Bericht der „Volkszeitung“ noch den inkriminierten Aufsatz gelesen habe, und daß er auch mit den Wahrscheinlichkeiten nichts zu tun hatte.

Der Staatsanwalt erklärte in der Erwiderung, daß es etwas ganz anderes sei, wenn der Artikel in der „Täglichen Rundschau“ oder in der „Frankfurter Zeitung“ stehe. In einer Zeitung könne er aufreizend wirken, in der anderen nicht.

Der Verteidiger entgegnete, daß der Bericht auch in sozialdemokratischen Zeitungen gefunden habe, ohne daß irgend ein Staatsanwalt Anstoß daran genommen habe.

Das Urteil lautete auf 200 M. Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis. Die Begründung ergab, daß in dem Bericht zu Gewalttätigkeiten aufgereizt wird. Bei der Strafmaßung müßte Berücksichtigt werden, daß ein anderes Vergehen vorlag als in Breslau. Deshalb erschien die Strafe von 200 M. angemessen.

Gegen das Urteil wird selbstverständlich Revision angemeldet. Vorkünftig hat die Aktion ein Ende genommen, das für den Staatsanwalt nicht sehr rühmlich ist und in keiner Weise die vorgenommene Verhaftung rechtfertigt.

In einer dritten Sache wurde Crispian zu 300 M. Geldstrafe verurteilt; beantragt waren drei Monate Gefängnis. Es handelt sich um den Reichstagsrat, den der kommandierende General des ersten Armeekorps herausgegeben hatte und den im Reichstage bei der bekannten Interpellation des Zentrums die Regierung preisgeben mußte. Die „Volkszeitung“ hatte den Erlass kritisiert, wodurch sich der kommandierende General beleidigt gefühlte.

Vorher hatte man gegen den Genossen Marchionini von der „Volkszeitung“ wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhandelt, die durch eine Bemerkung über den Kaiser in Beziehung auf seine Fürsorge für die Armee begangen sein sollte. Der Angeklagte erklärte, daß sich die inkriminierten Worte auf die Dummheit des Briefschreibers, von dem im Artikel die Rede war, nicht aber auf den Kaiser bezögen. Das Gericht gelangte zur Verurteilung, obwohl die geladenen Zeugen bekundeten, daß der Angeklagte nicht die Deutungsmöglichkeit erkannt habe, die der Staatsanwalt annahm und erkannte auf vier Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten (zwei Geldstrafen wegen Beleidigung) acht Monate Gefängnis beantragt.

Dsmarken-Patriotismus.

Wie so manche andere patriotischen Vereine dienen auch die zum Zweck der Germanisierung der polnischen Bezirke Posen's gegründeten Ortsgruppen des Dsmarkenvereins in erster Linie dem Anstehen und allerlei geschäftlichen Interessen. Einen neuen, die Satire geradezu herausfordernden Beleg liefert dafür der Bericht des Kreisblattes für den Pommer Kreis über eine dort abgehaltene Generalversammlung des Dsmarkenvereins. Das ehrfame Blättchen schreibt:

Im Russischen Saale fand die Generalversammlung des Dsmarkenvereins, die leider sehr spärlich besucht war, statt. Zunächst hielt der Vorsitzende, Herr Rektor Jerske hier, einen Vortrag über „Das Recht Preußens an der Dsmark“. Dann brachte derselbe drei Anträge auf Veranstaltung geselliger und verbender Feste: Bismarck-Stommers, Deutscher Tag und Vorführung eines nationalen Schauspielers zur Veranung. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, von einem Bismarck-Stommers abzusehen und gegen Ende Mai oder Anfang Juni einen Deutschen Tag in kleinerem Umfange, als den vorjährigen abzuhalten, und am Abend desselben Tages ein nationales Schauspiel zur Darstellung zu bringen.

Der Vorsitzende erläuterte hierauf den Jahresbericht der Ortsgruppe. Sie zählte zu Beginn des Vereinsjahres 65 Mitglieder, durch Verzug schieden aus 6, neu traten 15 Mitglieder ein, so daß der Verein gegenwärtig 74 Mitglieder zählt. Der Vorsitzende beklagte im Verlaufe seines Berichtes, daß Darlehensgesuche in Höhe von etwa 10000 M. von Mitgliedern an den Vorstand gerichtet worden seien und das bei einer Jahres-einnahme von 94 Mark. Gesuche an den Hauptvorstand, die Behörden und eine Sparkasse seien absichtlich befriedet worden. Der Hauptvorstand selbst erhielt bei einer Jahres-einnahme von 80000 Mark Gesuche in Gesamthöhe von 8 1/2 Millionen Mark. Er sagte ferner, daß bisweilen Deutsche nur zu dem Zwecke beitreten, um Unterweisungen und Darlehne zu erhalten, si aber Opfer nicht bringen wollen.

Umbau der Kaiserstadt „Hohenzollern“.

Die „Hohenzollern“ ist zu größeren Spazierfahrten, wie sie der Kaiser in den letzten Jahren mehrfach unternommen hat, wenig geeignet; vornehmlich deshalb nicht, weil sie für eine längere Reise

nicht genügend Kosten mitzuführen vermag. Es verlautele deshalb schon vor längerer Zeit, daß die bisherige Kaiserstadt zu einem Lazarettstadt degradiert werden und als Ersatz für sie eine neue größere, den fortgeschrittenen kaiserlichen Ansprüchen besser entsprechende Meißnerstadt erbaut werden solle. Das Projekt scheint jedoch wieder fallen gelassen zu sein, denn die „Hohenzollern“ wird jetzt modernisiert, daneben aber als Spezialstadt für besonders ausgeübte Exerzieren noch eine zweite Kaiserstadt gebaut. Die halbamtliche „Marine-Nachschau“ weiß darüber zu berichten: „E. M. Stadt „Hohenzollern“ wird an Stelle der bisherigen vier Doppel-Pfänderfessel neun Wasserrohrfessel, System Schulz, erhalten und seine alten vier einfachen Pfänderfessel gegen vier neue austauschen. Der durch Einbau der Wasserrohrfessel erlangte Gewinn an Raum und Gewicht wird für schiffbauliche Einbauten und Veränderungen, welche die Schwimmfähigkeit des Schiffes erhöhen sollen, ausgenutzt. Insbesondere werden zu beiden Seiten der Fessel Möbielbunker eingebaut und an Stelle der früheren zwei großer vier kleinerer wasserdichte Messerräume abgeteilt. Die Reparatur wird voraussichtlich über ein Jahr in Anspruch nehmen und dem seit 14 Jahren ununterbrochen in Dienst befindlichen Schiff wieder die erforderliche Sicherheit geben. Das hohe, die gesetliche Lebensdauer für kleine Kreuzer demnächst erreichende Alter der Fessel wird trotzdem in den nächsten Jahren den Ersatz durch einen Neubau notwendig machen. Ueber den Zeitpunkt der Außerbetriebstellung der „Hohenzollern“ und den Uebergang der Befehls auf den Dampfer „Hamburg“ der Hamburg-Amerika-Linie wird später Bestimmung getroffen werden.“

Ein ins Wasser gefallenem Pferd. In der Mittwochssitzung der sächsischen Zweiten Kammer fiel der konervative Antrag auf Abänderung der Zusammenfassung der Ersten Kammer. Er ging insofern weiter als die Regierungsvorlage, als er den Industriellen für die vier ihnen zu gewährenden Vertreter, die der König ernennen soll, das Präsentationsrecht geben wollte. Der Antrag erlangte zwar die Mehrheit, aber nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit, da die Nationalliberalen ihn als ungenügend ablehnten.

Frauenstudium. Der Senat der Jenaer Universität hat bei den Regierungen der Herzoglich sächsischen Länder beantragt, künftig in allen Fakultäten die Frauen unter gleichen Bedingungen wie die Männer zur Immatrikulation zuzulassen. Bisher ließ nur die philosophische Fakultät Frauen als Hörerinnen zu.

Hannover-Stadt-Linden, der Wahlkreis des und soeben jäh entrienen Reichstages, gehört seit dem Jahre 1884 zum festen Bestände der deutschen Sozialdemokratie. Waren 1897 für unsere Partei nur 2387 und 1871 für die Sozialdemokraten gar nur 1998 Stimmen abgegeben worden, so stieg die Zahl 1874 auf 8883, 1877 auf 5001, 1876 auf 8588. In diesem Jahre gelangte die Sozialdemokratie zum erstenmal in die Stichwahl, in der sie noch erlag. Im Jahre 1881 kam unsere Stimmzahl auf 8515 (in der Stichwahl erhielten wir 6980).

Von nun an siegte die Sozialdemokratie — in den folgenden sechs Reichstagswahlen — und alle sechs Male ward Meister der Abgeordneten des Kreises: 1894, 1897, 1890 und 1893 in der Stichwahl, 1898 und 1903 im ersten Wahlgang mit 25 045 (= 52,2 Proz.) bzw. 20 851 (= 54,6 Proz.) Stimmen.

Die Genossen des Kreises werden sich in den ferneren Kämpfen der Kreuze und des unermüdlichen Fleißes ihres ersten Reichstagsabgeordneten würdig erweisen.

Ausland.

Italien.

Rom, 3. April. (Fig. Ver.) Die letzten italienischen Ersgewahlen geben zu mancherlei Betrachtungen Anlaß und beleuchten groß die ungeliebten Seiten des politischen Lebens der Halbinsel. Am vorletzigen Sonntag wurde in Sciacca (Sizilien) der reformistische Sozialist Tascia di Cuto, ohne Gegenkandidaten gewählt. Der bloße Umstand, daß die sozialistische Parlamentsfraktion sich für Sonnino erklärte, hat genügt, um die Aufstellung eines konstitutionellen Kandidaten zu verhindern, obwohl dieser Wahlkreis noch nie einen Sozialisten ins Parlament geschickt hat. Die 1183 Stimmen, die der vorige, jetzt verstorbene Abgeordnete Licata bei den allgemeinen Wahlen davontrug (Tascia brachte es damals auf 821), haben sich teils verkrümelt, teils dem neuen „Ministerien“ zugewandt. So ist also in einem ganz ländlichen Wahlkreise, der auf beinahe 57 000 Einwohner nur 3487 Stimmberechtigte zählt, in einem Wahlkreise ohne merkbare sozialistische Bewegung ein Sozialist gewählt worden, dessen mit großen Kerikalen Pomp gefeierte Gewählung vor einem Jahre die elegante Welt eifrig beäugt hat.

Als einen Beweis für die Unmöglichkeit der sozialistischen Wählerkraft muß man auch die am letzten Sonntag fast einstimmig erfolgte Wiederwahl des Exministers Ruzio Nasi in Trapani ansehen. Es ist nun das dritte Mal, daß die dortige Wählerkraft den des Diebstahls und Unterschleifs überführten Minister, der als Richter im Auslande weilte, zu ihrem Parlamentsvertreter macht, ohne daß sie die Sozialisten oder die Regierungsparteien daran gedacht hätten, durch Aufstellung eines Gegenkandidaten wenigstens die Stimmen derer zu zählen, die gegen dieses Vertrauensvotum protestieren. Von 3270 abgegebenen Stimmen erhielt Nasi 3220. Natürlich befinden sich hierunter Stimmen von ehrlichen Menschen, die Nasi für unschuldig halten; die meisten aber glauben zwar die ihm zur Last gelegten Dinge, finden sie aber „nicht so schlimm“.

Auch die Wahlen in Sudrio, die am 1. April stattfanden, sind in mancher Hinsicht interessant. Dieser Wahlkreis ist seit langem in den Händen unserer Partei. Costa, der im Jahre 1900 doppelt gewählt war, trat den Kreis an Bissolati. Bissolati trat ihn 1904 an Chiesa ab. Da hier die sozialistische Organisation sehr feste Wurzeln hat, hing man an diesen Wahlkreis ohne weiteres zu „vergeben“, sobald man einen Genossen im Parlament sehen wollte! Die Reformisten des Kreises sahen einen der Ihren, den Dr. Zanardi, mit einer aus politischen Gründen verhängten Strafe bedroht und proklamierten, wie wir damals berichteten, ihn als ihren Kandidaten, ehe auch nur ihr derzeitiger Abgeordneter Zeit hatte, zu demissionieren. Die revolutionären Sozialisten antworteten durch Proklamierung des Genossen Berro, der gleichfalls 14 Monate Gefängnis sitzen muß und sich dieser Tage gestellt hat. Die Folge war die Neuwahl vom 1. d. M. bei der Zanardi 2014, Berro 469 und der Klerikale 2270 Stimmen erhielt. Also: Stichwahl zwischen Zanardi — ministeriellem Sozialisten — und Ballarin, ministeriellem Klerikalen. Da die revolutionären Genossen für Zanardi stimmen werden, ist der Wahlkreis der Partei gesichert. Es fragt sich aber sehr, ob die Partei bei solchen Wahlkämpfen, die nur den Zweck haben, einen Genossen dem Gefängnis zu entreißen, an Prestige gewinnt. Gehen nicht tausende von Genossen in allen Ländern Jahr für Jahr ins Gefängnis, ohne daß man jedem ein Parlamentsmandat verschaffen kann? —

England.

Der Wortlaut der beiden Gewerkschaftsvorlagen.

Im folgenden geben wir den Wortlaut der beiden am 28. und 31. März im Unterhause besprochenen Gewerkschaftsvorlagen, die jetzt — wie es bei allen Vorschlägen der Fall ist — auf Befehl des Parlaments durch den Druck veröffentlicht wurden.

I. Die Regierungsvorlage.

1. ... Eine im Verfolg eines Uebereinkommens oder einer Verbindung ausgeführte Handlung ist nicht klagbar, wenn sie zum Zwecke der Einleitung oder Förderung eines gewerblichen Konfliktunternehmens wurde, außer wenn eine solche Handlung auch ohne Uebereinkommen oder Verbindung als eine Gesetzesübertretung klagbar ist.

2. Eine oder mehrere Personen, die entweder im eigenen Namen oder im Namen einer Trade-Union zum Zwecke der Förderung eines gewerblichen Konflikts handeln, sind berechtigt, sich in friedlicher und maßvoller (reasonable) Weise neben einem Hause oder Arbeitsplätze aufzuhalten, wenn sie damit nur bezwecken, Nachrichten zu erhalten oder zu übermitteln oder irgend eine Person zu überreden, zu arbeiten oder nicht zu arbeiten.

3. Eine von einer Person ausgeführte Handlung, die zur Förderung eines gewerblichen Konflikts unternommen wurde, kann nicht als eine Schädigung des Verkehrs, des Geschäftes oder der Beschäftigung irgend einer Person angesehen und angeklagt werden, es sei denn als eine Verletzung des Rechtes irgend einer Person, über ihr Kapital und ihre Arbeit frei zu verfügen.

4. Wo von einer Trade-Union ein Komitee zur Leitung eines gewerblichen Konflikts bestellt wurde, kann eine Schädigungsklage, die auf die Gewerkschafts-Fonds zurückgreifen will, nur dann erhoben werden, wenn sie sich auf Handlungen bezieht, die entweder vom Komitee selber oder von Personen, die auf dessen Ermächtigung hin handelten, ausgeführt wurden; jedoch darf eine Handlung oder eine Reihe von Handlungen dieser autorisierten Personen nicht als vom Komitee ermächtigt betrachtet werden, wenn Beschlüsse des Komitees vorliegen, die solche Handlungen verbieten oder wenn sie — zur Kenntnis des Komitees gelangt — durch Beschlüsse des Komitees mißbilligt und zurückgewiesen werden.

Die Regierungsvorlage macht somit Klagen wegen Verletzung unmöglich; sie gestattet das friedliche Streikpostenstehen, aber in „maßvoller Weise“ — eine Redensart, die zu maßlosen juristischen Auslegungen Anlaß geben kann. Schließlich macht sie die Klagen nur für die Handlungen von Streikkomitees und ihrer Agenten haftbar, aber sie öffnet den Gewerkschaften in späterer Weise ein Hintertürchen, durch welches sie die ganze kollektive Haftbarkeit hinweg schaffen können. Gerade gegen diese Absicht wandte sich der Redner der Arbeiterpartei. Er sagte, dieser Paragraph würde zu Lügen und Unklarheiten führen. Wenn der kollektiven Haftbarkeit wirklich ein Ende gemacht werden sollte — warum durch Mordmord? Wesser ein offener Dieb als derlei Mandat.

Aber auch abgesehen von diesen Schleichwegen ist die Regierungsvorlage schwerfällig, zu wortreich und würde deshalb in der Praxis dem juristischen „Schorffinn“ einen weiten Spielraum gewähren. Viel einfacher und klarer ist die Vorlage der Arbeiter.

II. Die Arbeitervorlage.

1. Eine oder mehrere Personen, die im eigenen Namen oder im Namen einer Trade-Union zum Zwecke einer Einleitung oder Fortsetzung eines gewerblichen Konflikts handeln, sind berechtigt, sich neben einem Hause oder Arbeitsplätze aufzuhalten, um in friedlicher Weise Nachrichten zu empfangen und zu übermitteln und um irgend eine Person friedlich zu überreden, zu arbeiten oder nicht zu arbeiten.

2. Ein Uebereinkommen oder eine Verbindung von zwei oder mehreren Personen, die sich vornehmen, eine Handlung auszuführen oder ausüben zu lassen, um dadurch einen gewerblichen Konflikt einzuleiten oder zu fördern, ist nicht klagbar, wenn die Handlung, von einer einzelnen Person ausgeführt, nicht klagbar ist.

3. Eine Trade-Union ist nicht klagbar auf Ersatz von Schäden, die irgend einer Person zugefügt wurden durch eine Handlung eines oder mehrerer Mitglieder der Trade-Union.

Die Gewerkschaftsvorlage der Arbeiterpartei legt also in klaren Worten drei Punkte nieder: die Arbeiter dürfen das Streikpostenstehen in friedlicher Weise ausüben; sie dürfen nicht wegen Verletzung angeklagt werden, ihre Gewerkschafts-Fonds zu verlegen; die Gewerkschaftsvorlage hat noch den schwereren Prozeß der Kommissionen-Verhandlungen und der Vorberatungen durchzumachen, ehe sie Gesetzeskraft erhält und den Arbeiterorganisationen ihre Bewegungsfreiheit wiedergeben kann.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 5. April, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Zunächst hat die Fortsetzung der Beratung der Ausschlußvorläge zur Vorlage wegen der am Rudolf Virchow-Krankenhaus zu schaffenden Abteilungen und wegen der Verlegung der Stellen der leitenden Ärzte für dieselben zu erfolgen. Bekanntlich ist der Vorschlag des Ausschusses, eine besondere urologische Station einzurichten, auf lebhaften Widerspruch gestoßen.

Urologie bedeutet Lehre der Harnkrankheiten. In der Versammlung gestanden, obwohl der bezügliche Ausschlußbeschluss mit 8 gegen 3 Stimmen gefaßt war. Außerdem hatten sich in der letzten Sitzung Zweifel darüber herausgestellt, ob in der Sitzung vom 22. März, die wegen Beschlußunfähigkeit nach 1/10 Uhr abgebrochen werden mußte, die Debatte über diesen Punkt bereits geschlossen worden war.

Stadtver. Bernheim (Soz.): Der Oberbürgermeister hat vor vierzehn Tagen den Ärzten die Fähigkeit zur Verwaltung der Krankenhäuser abgesprochen. Er hat vom rein juristischen Standpunkt aus gesprochen, seine Ansicht ist aber unhaltbar. Ich verweise auf die Praxis der Versicherungs-Gesetzgebung. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Oberbürgermeister seinen Ausspruch zurücknimmt. — Was speziell die Errichtung der urologischen Station angeht, so soll dadurch den kleinen Beamten und Leuten, die nicht in der Lage sind, Hunderte von Mark für eine notwendige Spezialbehandlung auszugeben, auch im Krankenhaus Gelegenheit gegeben werden, eine ausreichende Behandlung durch einen urologischen Spezialisten zu erfahren.

Vom Stadtver. Sachs liegt der Antrag vor, die besondere urologische Station abzulehnen, dafür aber für die chirurgische Station außer dem Direktor einen zweiten dirigierenden Arzt anzustellen, der in der Behandlung der Kranken vollständig selbständig sein und der Spezialausbildung in der Urologie beizugehen soll.

Oberbürgermeister Rirchner: Ich habe seinerzeit nur gesagt und sagen wollen, daß der ärztlich-medizinische Standpunkt nicht der alleinige sein kann, sondern auch die Fragen der Verwaltung berücksichtigt sein wollen. Wegen der Organisationsfähigkeit der Ärzte habe ich nichts sagen wollen, ich brauche ja nur an Virchow zu erinnern. Wenn ein neues Spezialitätsstudium in der Medizin entstehen soll, so ist das zunächst Sache des Staates, geeignete Maßnahmen durch Universitätslehrstühle usw. zu treffen, nicht einer Gemeinde. Herr Dr. Wehl will wohlmeinend, er will allen Kranken helfen. Wir aber von der Verwaltung haben neben der stilligen Pflicht zunächst die rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen und zu prüfen, die uns durch die steuergebende Bürgerschaft auferlegt werden. (Zuruf des Stadtver. Singer: Und das alles um den einen Urologen!) Ja, aber doch nur, weil Sie ihn haben wollen.

Stadtver. Dr. Wehl (Soz.): Ich kann es nicht begreifen, daß jetzt auch seitens des Oberbürgermeisters wegen der besonderen urologischen Station im Virchow-Krankenhaus so scharfes Weisung ausgeht. Er weiß darauf hin, daß an der Universität kein Lehrstuhl für Urologie vorhanden wäre; das ist nicht richtig! Es gibt eine außerordentliche Professur und zwei Titularprofessuren für Urologie. Aber die Stadt hat ja auch in bezug der Beschäftigung und Respektabilität eine eigene Station errichtet, im Gegenjah zum Sloate. Der Ausschuß hat mit 8 gegen 3 Stimmen die Notwendigkeit eines solchen Spezialisten für Urologie ausgesprochen. Der Magistrat bezieht sich auf das verneinende Gutachten des Professors Körte. Aber selbst dieser muß anerkennen, daß urologische Operationen eine Spezialausbildung verlangen. Wenn Professor Körte meint, in den 16 Jahren seiner Tätigkeit am Krankenhaus

„Urban“ sei kein Fall von Mastektomie konstatiert worden, so rüht das eben daher, daß die Erkenntnis solcher Fälle erst durch die unerbittliche Entdeckung Rites 1893 möglich wurde. In 18 Jahren ist die Sache also ausgereift genug, und in London, Paris, Buenos Aires haben wir spezielle Krankenhausbteilungen für Urologie. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch einmal darauf hinweisen, daß nach der amtlichen Statistik von den 2331 Abweisungen in den Krankenhäusern von Oktober 1905 bis Januar 1906 wieder über 600 wegen Mangel an Betten erfolgt sind. Wenn ich meine Auffassung und die des Oberbürgermeisters über die Pflichten der Verwaltung verstanden. Wir haben nicht nur in engherziger Weise armenrechtliche Verpflichtungen anzuerkennen und zu erfüllen, sonst könnten wir mit unserer ganzen Sozialpolitik einpenden, wir haben auch sozialpolitisch-humane Verpflichtungen. Das liegt auch im Interesse der Verwaltung, denn durch Vorbeugung verhindern wir die Ueberfüllung der Krankenhäuser und das Anwachsen des Armenelends.

Oberbürgermeister Rirchner: Ich muß dabei bleiben, daß niemals ein ernstlich Erkrankter in der Zeit vom Oktober 1905 bis Januar 1906 wegen Mangel an Betten bei den Krankenhäusern abgewiesen ist. Die 600 Fälle, von denen auf jedes Krankenhaus pro Tag ein Fall kommt, sind solche, bei denen sich der betreffende dirigierende Arzt sagte, daß diese Kranken gegenüber dringenderen Fällen zurückgehen konnten, da bei ihnen Krankenhausbehandlung nicht erforderlich sei.

In einer persönlichen Bemerkung hält Stadtver. Wehl seine Behauptung aufrecht, daß tatsächlich Fälle von Abweisungen Kranker durch die Krankenhäuser wegen Platzmangel erfolgt seien.

In der Abstimmung wird der Ausschlußantrag mit geringer Mehrheit abgelehnt, der Antrag Sachs mit knapper Mehrheit angenommen. Im übrigen kommen die Ausschlußanträge zur Annahme, darunter der Beschluß, eine eigene hydrotherapeutische Abteilung in Verbindung mit dem medico-mechanischen Institut unter einem besonderen Leiter einzurichten.

Zur weiteren häuslichen Aufschüpfung der sehr geräumigen Stadthalle zwischen Seestraße, Müllerstraße und Reindendorfer ist der Erwerb von Straßenland für die Riederstr., Logo-, Straße 20a, Straße 21a, Straße 20 und zur Freilegung des Platzes 8 im Enteignungswege erforderlich.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Zur Anlegung der projektierten neuen Verbindungsstraße zwischen der Blücher- und Johannerstraße soll eine 722 Quadratmeter große Fläche von dem Grundstück Blücherstr. 65 (Eigentümer Gerth) zum Preise von 335 M. pro Quadratmeter freihändig erworben werden.

Die Vorlage wird angenommen.

Zum Ausbau, zur Abrundung und Erweiterung der nördlichen Riefelder ist der Ankauf von Grundstücken in den Gemarkungen Schönau, Schmehdorf, Vadeburg und Schönerlinde beabsichtigt. Es handelt sich um Ländereien, Gräben und Waldparzellen im Umfange von circa 46 1/2 Hektar, die rund 83 000 M. kosten sollen.

Die Versammlung stimmt zu.

Ein von Mitgliedern aller Fraktionen unterzeichneten Antrag stajft geht dahin:

den Magistrat zu ersuchen, durch besondere, unter sachkundiger Führung stattfindende Besichtigungen den Stadtverordneten, insbesondere den in zweijährigen Abständen neu eintretenden Mitgliedern, Gelegenheit zu geben, städtische Anlagen, Bauten und Betriebe genauer und auf leichtere Weise, als es dem einzelnen auf eigenes Unternehen hin möglich ist, kennen zu lernen und in ihrer Horizontverbreiterung zu verfolgen.

Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller erhebt die Versammlung den Antrag zum Beschluß.

Zur Verbreiterung der Wallstraße zwischen Neue Grün- und Inselstraße sind Verhandlungen mit den Eigentümern geführt worden; die Absicht des freihändigen Erwerbes der erforderlichen Flächen ist aber an den maßlosen Ansprüchen der Besitzer gescheitert. Nur die Propositio des Fabrik- und Mittergutbesizers Stod, der für die von seinen Grundstücken Wallstr. 23 und 24 abzuziehenden 200 Quadratmeter 113 000 M. verlangt, glaubt der Magistrat der Versammlung empfehlen zu sollen. Im übrigen wird für die Grundstücke Neue Rohstr. 10 und 14 und Wallstr. 23, 24, 30, 34, 35, 78 und 79 die Einleitung des Enteignungsverfahrens beantragt.

Auf Antrag Haberland (A. L.) wird die Vorlage bezüglich des freihändigen Erwerbes angenommen, im übrigen an einen Ausschuß verwiesen.

Oberhalb der Eisenbahnbrücke im Zuge der Eisenbahnstraße soll für 30 000 M. provisorisch eine Güterbrücke für Fußgänger erbaut werden.

Eine weitere Vorlage des Magistrats betrifft den Erwerb desjenigen militärischen Straßensandes, das für eine Zufahrtsstraße zu der geplanten Brücke im Zuge der verlängerten Eisenbahnstraße auf der linken Straßenseite erforderlich ist. Der Fiskus hat einen Preis gestellt, der einem Preise von 264 M. pro Quadratmeter entspricht. Der Fiskus will aber mit dem Verkauf dieser Parzelle eine andere Sache verknüpfen, nämlich den Erwerb einer circa 11 800 Quadratmeter großen Fläche vom Plänterwalde behufs Gewinnung eines Wasserabzugsplatzes für das Gardepionierbataillon. Diese Fläche soll für 90 M. pro Quadratmeter in Tausch gegeben werden. Der Magistrat will darauf eingehen.

Auf Antrag Dinsse, dem sich Stadtver. Borgmann (Soz.) auch ans der Erhöhung anschließt, daß hier die Interessen der Stadt nicht genügend gewahrt scheinen, gehen beide Vorlagen an einen Ausschuß.

Die Vorlage wegen Festlegung einer neuen Baufluchtlinie für die Grundstücke Jüdenstraße 28—33, bis-a-bis dem neuen städtischen Verwaltungsgebäude, hat der niedergesetzte Sonderausschuß abgelehnt; er empfiehlt, dem Magistrat anheimzugeben, eine neue Vorlage zu machen, welche gleichzeitig die durchaus nötige Verbreiterung der Stralauerstraße vom Wollenmarkt bis zur Jüdenstraße berücksichtigt. Außerdem soll der Magistrat ersucht werden, mit sämtlichen in Betracht kommenden Interessenten Verhandlungen darüber einzuleiten, unter welchen Bedingungen sie sich bereit erklären, das zur Straßenverbreiterung erforderliche Terrain an die Stadt abzutreten.

Referent ist Stadtver. Gombert (A. L.). Der Ausschußvorsatz wird ohne Debatte akzeptiert.

Der Magistrat legt der Versammlung das neu aufgestellte Projekt für den Bau des Radialsystems XI der Kanalisation an (Kostenbetrag überschläglich 10 200 000 M.) vor mit dem Ersuchen, den früheren Beschluß von 1897, womit das damalige Projekt genehmigt wurde, aufzuheben.

Die Versammlung nimmt den Magistratsvorschlag ohne Debatte an.

Die Frage, ob und welche Gegenstände dem städtischen Lehr- und Baumuseum, welches im Hamburger Bahnhofsgelände eingerichtet wird, hingegeben werden sollen, wird nach kurzer Debatte, an der sich Stadtver. Rathen (soz.-fortsch.), Dinsse (A. L.) und Gassel (A. L.) sowie Stadtrat Ramsloh beteiligen, einem Ausschuß überwiesen, nachdem auch Stadtver. Jübel (Soz.) sich für die Niederlegung eines solchen ausgesprochen hat.

Zum gästlichen Empfange des 5. Internationalen Kongresses für Versicherungs-wissenschaft und des 4. Internationalen Kongresses für Versicherungsmedizin in den Beständen des Rathauses (in der Zeit vom 10. bis 15. September d. J.) werden 6000 M. bewilligt.

Die Vorlage wegen Verkaufs des Grundstückes Markuskstr. 39 wird auf Antrag Grundel (Soz.) einem Ausschuß überwiesen.

Gegen 1/8 Uhr ist die öffentliche Sitzung beendet; die nächste Sitzung findet des Grundonnerstags wegen schon am Mittwoch, 11. April, statt.

Gewerkschaftliches.

Unternehmer und Behörden als Störer des sozialen Friedens.

Mit frecher Stirn behauptet die im Solde des Unternehmertums stehende Presse stets, daß einzig die Sozialdemokratie durch ihre heberische Agitation das „gute Einvernehmen zwischen Kapital und Arbeit“, den sozialen Frieden störe, und zwar lediglich deshalb, um dabei im Trüben fischen zu können. Dieser Lage hat nun ein in der Wölle gefärbtes Unternehmerorgan es eingestanden, daß die „Schürer und Heher“ ganz wo anders zu suchen sind, als in den Reihen der Sozialdemokratie; daß die Unternehmer selbst es sind, die die Arbeiter unzufrieden machen; sie zu flammender Empörung aufpeitschen, und daß sie bei ihrer „Wühl“arbeit ab und zu sogar die Unterstützung von Behörden und bürgerlichen Parlamentariern finden.

Man höre:
 „In zahlreichen Vergarbeiterversammlungen wird jetzt verstärkt die Lohnfrage erörtert. Die Arbeiterausschüsse werden zu meist von den Grubenverwaltungen als inkompetent zur Verhandlung über Lohnangelegenheiten zurückgewiesen oder mit unverbündlichen Mitteln versehen. Infolge der unklaren und mangelhaften Fassung der neuen berggesetzlichen Bestimmungen sind den Grubenverwaltungen genug Handhaben geboten, um die Arbeiterausschüsse nur in nebensächlichen Angelegenheiten zu hören, ohne daß den Beschwerden und Wünschen Folge gegeben zu werden braucht. Auch klagen die Arbeiter über vorgenommene Gebührenereduzierungen. Ueberhöhten werden in großer Zahl verfahren. Scharnweise werden fremdländische Arbeiter in das Ruhrgebiet geführt. Auf Grund des neuen Berggesetzes werden Geldstrafen für unzeitige Förderungen verhängt, die vielfach empfindlicher sind, als es die nach dem alten Strafsystem waren. Große Erbitterung erweckt auch die Verschlechterung der von der preussischen Regierung ausgearbeiteten Novelle zum Knappschaftsgesetz durch die Berggesetzkommission des Abgeordnetenhauses. Daß sich so wieder viel Jähndstift in der deutschen Vergarbeiterbevölkerung angesammelt hat, unterliegt keinem Zweifel.“

Welches Blatt ist es, das so zutreffend die Ursachen der gährenden Unzufriedenheit in den Reihen der Vergarbeiter beurteilt? Es ist der „Hannover Courrier“, daselbe Blatt, das im Vorjahre bei Gelegenheit des Vergarbeiterstreiks so scharfe Worte gegen die streikenden Vergarbeiter fand und die neue Vergabergesetznovelle als einen Ausbund sozialpolitischer Weisheit pries! Diese Erleuchtung kommt dem national-liberalen Blatte allerdings nur im Handelsteile, während im politischen Teile nach wie vor kräftig auf die „sozialdemokratischen Heher und Wühler“ geschimpft wird. Das Blatt geht in seinem Anfall von Wahrheitsliebe sogar so weit, die gegenwärtig wie Pilze aus der Erde schießenden Lohnkämpfe als durchaus berechtigt zu erklären:

„Die soeben (für den Ruhrbergbau) veröffentlichten totalen Lohnziffern für das Jahr 1905 zeigen nur ein mäßiges Ansehen der Durchschnittslöhne (umfomehr sind dafür die Dividenden gestiegen). In den meisten Distrikten standen die Löhne 1899 bis 1900 höher als 1905. Die Tatsache eines relativen Lohnrückganges ist unbestreitbar. Eine exzeptionelle Verteuerung der Nahrungsmittel und Mieten ist eingetreten; speziell sind innerhalb eines Jahres im Kleinverkauf die Fleischpreise um 15 bis 20 Pf. pro Pfund gestiegen. Allein diese Verteuerung bedeutet für die Arbeiter eine Verschlechterung ihres Reallohnes, auch wenn man die 5 Pf. Lohnsteigerung in Berechnung bringt. Die Lohnforderungen werden deshalb überall begründet mit der anerkannten Steigerung der Lebensmittelpreise.“

Das hier von den Vergarbeitern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks Gesagte trifft auch für alle übrigen Arbeiter zu. Selbst wo kleine Lohnerhöhungen stattgehabt, stehen diese doch nicht annähernd in einem richtigen Verhältnis zur Verteuerung der Lebensmittel usw. Wie übel sind nun erst die Arbeiter daran, die einer Lohnerhöhung nicht teilhaftig geworden!

Ganz offen wird eingestanden, daß die Not, die bittere Not, hervorgerufen durch das kapitalistische System, durch die Herrsch- und Profitgier des Unternehmertums, es ist, die die Arbeiter in die wirtschaftlichen Kämpfe hineinpeitscht. Und bei alledem finden gewissenlose Geldsammelnden den verbrecherischen Mut, den Arbeitern den einzigen Rückhalt bei den aufgedrungenen Kämpfen, die Organisation, zu rauben! —

Berlin und Umgegend.

Zum Malerstreik. Eine stark besuchte Versammlung der Ausständigen nahm gestern in der „Neuen Welt“ den Situationsbericht über den Stand des Streiks entgegen. Demnach haben sich bislang 7813 Gehälfen als am Streik beteiligt zur Kontrolle gemeldet. Davon sind 3748 verheiratet und 3865 ledig. Die Verheirateten haben insgesamt 4936 Kinder. Etwa 300 ledige Kollegen sind nach anderen Städten abgereist. Bewilligt haben bisher reichlich 500 Meister, bei denen mit Genehmigung der Streikleitung zirka 1600 Gehälfen arbeiten.

Was es mit dem Gerüde der Meister auf sich hat, als sei die Lohnforderung der Arbeiter zu hoch, das zeigte Jakobait an der Hand einer selbst von den Meistern als richtig anerkannten statistischen Aufnahme. Es ist demzufolge bis zum Ausbruch des Streiks bereits ein durchschnittlicher Stundenlohn von 58 Pf. gezahlt worden. Von den Gehälfen hatten 65 Proz. mehr wie 50 Pf. pro Stunde; 32 Proz. der Gesamtheit verdienen über 60 Pf. Der jetzt geforderte Mindestlohn wurde also um so angemessener bezeichnet, weil ein Teil der Meister nachgewiesenermaßen mehr Anstreicher wie Maler beschäftigt. Es liegt daher im dringendsten Interesse der Organisation, die Differenz zwischen den Anstreicher- und Malerlöhnen möglichst auszugleichen. Der Stand des Streiks wurde allgemein als günstig bezeichnet.

Der Ausbruch des Streiks hat auch zu einer Einigung der divergierenden Elemente unter der Gehälfenschaft geführt. Die Gewerkschaft der Maler beschloß, sich dem Vorgehen des Zentralverbandes anzuschließen, auch in der Zeit und Lohnfrage, doch soll überall dort, wo schon ein höherer Lohn gezahlt worden ist, ein diesbezüglicher Zuschlag erfolgen. Genosse Westphal als Vertreter des Berliner Gewerkschaftsartikels gab in der betreffenden Versammlung die Erklärung ab, daß das Kartell die Gewerkschaft jederzeit unterstützen wird.

Lapezierer. In der Werkstatt von Domeyer, Brunnenstraße 52, stellten die Lapezierer Forderungen, die jedoch abgelehnt wurden. Der Herr beruft sich darauf, daß im vorigen Jahre ein Affordtarif aufgestellt wurde, der durch den Tarifvertrag auf zwei Jahre Gültigkeit besitzt. Nun besagt § 3 des Vertrages vom 15. März 1903: Die Affordpreise müssen so erhöht werden, daß der Gehälfe im Afford 10 Proz. mehr verdient, als sein Durchschnittslohn beträgt. Da nun der vertragsmäßige Durchschnittslohn auf 65 Pf. pro Stunde festgesetzt ist, hätte jeder mindestens 71½ Pf. pro Stunde im Afford verdienen müssen. Das war aber bei dem Affordtarif der Firma Domeyer unmöglich. Statt 38 M. erzielt die Gehälfen 18,20 M. Ein Herr Kühne fühlt

sich betrogen, der Firma weiter seine immense Arbeitskraft zu leihen, obgleich die Gehälfen seit dem 28. März angeblich rechtmäßig entlassen sind, und er selbst dort den dortenden Bodenverdienst von 9—12 M. erreicht. Die Entlassung vollzog sich so, daß Herr Domeyer jeden fragte, ob er bei dem alten Tarif zurüchtläme. Natürlich antwortete jeder mit Nein und erhielt darauf seine Papiere. Das Eingreifen der Kommission verlief ergebnislos, da Herr Domeyer absolut nicht nachgeben wollte, und ist diese Verzichtsomit gesperrt. Achte jeder darauf, daß nirgends Arbeit für diese Firma angefertigt wird, da Herr Domeyer sich brüsst, er bekommt Arbeit soviel er wolle.

Die Nachtseher-Kommission.

Achtung, Apphalteure und Pappdachbeder! Auf vielfache Anfragen unserer Kollegen teilen wir ausdrücklich mit, daß den Unternehmern in unserem Verufe noch keine Lohnforderungen gestellt und alle anderslautenden Gerüchte unwahr sind. Die Arbeiter der Firma F. Jeserich, Salzauer, hatten vor 5 Wochen eine Forderung gestellt, die noch nicht beantwortet wurde und durch den von der Lohnkommission gefassten Beschluß hinfällig wird. Der Lohnsatz für unseren Verufe wird am Sonntag, den 8. April, vormittags 10½ Uhr, in der Versammlung in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 46/47, beraten werden.

Zentralverband der Apphalteure und Pappdachbeder. Verwaltung Berlin. A. Kleinshmidt.

Kürschner! Zugunsten von Stuttgart. Gesperrt ist in Berlin der Betrieb des Herrn Kohn, Neue Königstr. 24, für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Mägenbranche.

Deutscher Kürschner-Verband. Filiale Berlin.

Die neuen Tarifforderungen der Berliner Bäckergefelln wurden gestern in einer öffentlichen Meisterversammlung, die von der „Freien Vereinigung der Bäckermeister Berlins und Umgegend“ einberufen war, sehr eingehend besprochen. Bekanntlich steht sich diese Vereinigung aus Meistern zusammen, die beim Bäckerstreik vor zwei Jahren die Forderungen der Gesellen anerkannten und vor dem Einigungsamt auch einen förmlichen Tarifvertrag mit dem Bäckerverband abgeschlossen haben. Gültig ist der Vertrag bis zum 1. Oktober dieses Jahres, er kann jedoch außer Kraft gesetzt werden, wenn mit den Berliner Bäckerinnungen während dieser Zeit ein den ganzen Innungsbezirk umfassender Vertrag zustande kommen sollte. Sämtliche Bedner befürworteten auch diesmal eine friedliche Verständigung mit den Gesellen. Sie erklärten an, daß ihnen keinerlei Nachteile aus dem Vertragsverhältnis erwachsen seien; ebenfalls hielten sie das Bestreben der Gesellen nach einer zeitgemäßen Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen für berechtigt. Mit dieser Ansicht trafen sie bei den anwesenden Innungsanleitern allerdings auf Widerpruch, denn letztere sprachen sich gegen jedes Verhandeln mit der Gesellenorganisation aus. Schließlich gelangte eine vom Meister Fischer vorgeschlagene Resolution gegen die Stimmen der Innungsorona zur Annahme, die eine Verlängerung des jetzigen Tarifvertrages auf drei Jahre befürwortet mit der Mahgabe, daß die geforderte Lohnerhöhung vom Beginn des zweiten Tarifjahres ab anerkannt werde.

Deutsches Reich.

Der Kampf in der Holzindustrie zu Frankfurt a. O. Spigt sich immer mehr zu einer Nachtfrage zu. Die Tischler, Drechsler usw. hatten in allen Betrieben Forderungen eingereicht, die auch von 12 Unternehmern mit 60 Beschäftigten bereits schriftlich anerkannt waren. Ausgeschlossen von der Bewegung waren nur die Pianofabrik von Gruh, die Orgelfabrik von Sauer und die Möbelfabrik von Gerstenberger.

Die eingereichten Forderungen wurden von den Unternehmern wohlwollend aufgenommen, bis Herr Gerstenberger die Fabrikanten zu einer lokalen Arbeitgeberorganisation zusammenschweißte, in deren Statuten die Beschäftigung von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes bei Konventionalstrafe verboten ist. Darnach zählt ein Arbeitgeber bis 5 Gesellen für jeden 10 Mark, Herr Gerstenberger mit 500 Beschäftigten für jeden 1 Mark. Bis jetzt steht die Sache der Streikenden und Ausgesperrten äußerst günstig. Bemerkenswert ist, daß auch die Klavierarbeiter von Gruh ausgesperrt sind. — Da nun aber in allen Orten Deutschlands Arbeitskräfte gesucht werden, bitten die Streikenden alle Holzarbeiter wie Tischler, Drechsler, Polierer, Maschinenarbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, den Verlockungen der Frankfurter Unternehmer nicht Folge zu leisten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abbruch gebeten.

Die Nachtprobe der sächsischen Metallindustriellen.

Der Verein sächsischer Metallindustrieller in der Kreishauptmannschaft Dresden hat den Streik der Monteure bei der Nähmaschinenfabrik von Diesold u. Lode in Reichen tatsächlich zum Vorwande genommen, eine Nachtprobe gegen die organisierten Metallarbeiter zu inszenieren. Am Mittwoch abend sind in Dresden und Umgebung 13 000 Metallarbeiter ausgesperrt worden. Alle größeren Betriebe stehen still. Bei den Firmen Seidel u. Kaumann, Eschbach, Gebr. Sieck und vielen anderen, sind alle Arbeiter ohne Unterschied auf Pflaster geworfen worden. In anderen hat man versucht, die Nichtorganisierten weiter zu beschäftigen und den Betrieb so aufrechtzuerhalten. Eine größere Anzahl kleinerer Betriebe haben die Aussperrung noch nicht durchgesetzt, es ist aber zu erwarten, daß die Nachtprobe eine allgemeine wird.

Diese Nachtprobe der organisierten Metallindustriellen ist die freivolste, die in Szene gesetzt worden ist. Die Arbeiter bei der Firma Diesold und Lode waren in den Ausstand getreten, um unerträgliche Schikanierungen abzuwehren, die die organisierten Arbeiter zu erdulden hatten. Es scheint, als hätten die Dresdener Metallindustriellen einen großen Coup für dieses Frühjahr geplant und den Streik in der Reichen Nähmaschinenfabrik als Vorwand genommen.

Adnigsberger Streikarbeit fertigen die Firmen Nachol u. Lewin, Ditzschstr. 28, und Moral, Königstr. 46, an. Wir erlauben die Kollegen, Streikarbeit unter allen Umständen zurückzuweisen. Den Kollegen ist es sehr leicht möglich, hier festzustellen, was ihnen an Streikarbeit angeboten wird, da es sich um ganz keine Reparatur handelt. Man sollte nicht glauben, in welcher Weise das Publikum häßlich wird, lediglich deshalb, weil man dem Arbeiter kein menschenwürdiges Dasein gönnt.

Verband der Schneider. Die Ortsverwaltung.

38 Silberwarenarbeiter der Firma Franz Wagner in Düsseldorf haben die Kündigung eingereicht. Die Firma verlangt von den Arbeitern Austritt aus dem Metallarbeiterverbande. Die Arbeiter der Silberbranche (hauptsächlich werden bei dieser Firma Westede gemacht) werden ermahnt, den Zugun nach Düsseldorf fernzuhalten. Es ist der Firma vor einigen Jahren schon einmal gelungen, die Organisation in ihrem Betriebe zu sprengen. Der Versuch wird dieses Mal an dem festen Zusammenhalt der Kollegen scheitern, wenn der Zugun von außerhalb ferngehalten wird. Verwaltung Düsseldorf des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Eine weitere Metallarbeiteraussperrung.

In Braunschweig sind am Mittwoch die Gießereiarbeiter dreier Fabriken in Stärke von 200 Mann in den Ausstand getreten; gestern haben auch die Arbeiter in verschiedenen kleineren Fabriken die Arbeit niedergelegt. In der Maschinenfabrik Lutter sind 900 Mann gekündigt worden, während bei einigen anderen Fabriken noch Verhandlungen schweben. Falls eine Einigung nicht zustande kommt, werden sämtliche Braunschweiger Maschinenfabriken ihren

Betrieb schließen, wodurch etwa 5000 bis 6000 Arbeiter ausgesperrt werden.

Die Bleistiftarbeiter in einigen größeren Fabriken Rarnbergs haben eine Lohnaufbesserung von 2 Pf. pro Stunde erzielt, ohne daß sie erst einen Kampf zu führen brauchten. Diese Nachgiebigkeit der Unternehmer ist darauf zurückzuführen, daß die früher der Organisation sehr schwer zugänglich gewesen Bleistiftarbeiter endlich zum Bewußtsein ihrer Klassenlage erwachten.

Ein Streik der Schneider ist in Erlangen zum Ausbruch gekommen, nachdem bei den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt die Unternehmer nur einige ganz minimale Zugeständnisse machen wollten.

Die Seemannsbewegung greift um sich. Auch die Bremer Seeleute haben dem Verein der Reeder des Unterwesergebietes Forderungen auf Erhöhung der Feuer eingereicht. Auch werden Änderungen in den Musterungsbedingungen, den Ueberstunden, dem Wachsystem und den Anheuerbedingungen verlangt. Eine Einigung ist noch nicht erzielt worden.

Das Unterstützungsweesen in den Gewerkschaften.

Befürworter und Gegner des Ausbaues des Unterstützungsweesens innerhalb der Gewerkschaften wird es interessieren, daß die christlichen Gewerkschaften gegenwärtig ganz energisch daran sind, für ihre Krankenversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Mitglieder zu gewinnen. Ganz besonders bemerkenswert ist, wie „Der Arbeiter“, das Zentralorgan der katholischen Arbeitervereine, für die „christliche“ Krankenversicherung agitiert. Das Blatt weist die christlichen Gewerkschaftler darauf hin, daß mit allen Kräften dafür gesorgt werden müsse, daß für die Unterstützungsstellen der christlichen Mitglieder gewonnen werden, denn damit seien diese auch für die christlichen Gewerkschaften gewonnen, ohne daß man dabei natürlich vom Terrorismus der christlichen Gewerkschaften sprechen könne. Die Erfahrung lehrt, daß christlich gesinnte Arbeiter, wenn sie in „nichtchristliche“ Klassen eintreten und mit nichtchristlichen Arbeitern zusammenkommen, für die christlichen Gewerkschaften verloren sind und damit in die Arme der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften hineingetrieben werden.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Ausland.

Polizei in den Händen der Streikenden!

Aus London wird gemeldet: Der Präsekt sandte gestern einen Polizeikommissar zur Arbeitsbörse, um Einigungsversuche zu machen und die Ausständigen von seinen Absichten in Kenntnis zu setzen. Die Ausständigen bemächtigten sich jedoch der Person des Kommissars und behielten ihn und noch einen Polizeibeamten als Gefangenen zurück, wobei sie erklärten, sie würden beide nur freilassen, wenn man ihnen gestatte, einen Umzug in der Stadt zu machen; sie versprachen, sich dabei ruhig zu verhalten.

Auf zur Wahl im 34. Bezirk!

In letzter Stunde waren am Donnerstag die Kommunalwähler des 34. Bezirks nach einmal in den Verolina-Festjalen, Schönhauser Allee, versammelt, um ein Referat unseres Genossen Stadtbereordneten Koblenger über die Bedeutung dieser Erfahrung zu hören. Der Referent hob hervor, daß seit den Wahlrechtsdemonstrationen vom 21. Januar und vom 18. März alle Vorgänge in der Partei von unseren Gegnern mit noch größerer Aufmerksamkeit als bisher verfolgt werden. Ein Prüftrein der Festigkeit, mit der die Parteigenossen für ihre Sache eintreten, sei der Ausfall der Wahlen. Auch eine Ersatzwahl, wie die des 34. Bezirks, dürste in dieser Hinsicht nicht als Bagatelle behandelt werden. Sie stelle an das Pflichtgefühl der Parteigenossen dieselben Anforderungen, wie jede andere Wahl, bei der uns von unseren Gegnern ernstlich das Feld freitig gemacht wird. Koblenger sprach die Hoffnung aus, daß die Kleinarbeit, die im Bezirk verrichtet worden ist, nicht ohne Erfolg bleiben werde, und daß am heutigen Freitag die Wähler den Kandidaten der Sozialdemokratie, Genossen Theodor Fischer, mit einer stattlichen Stimmenzahl zu ihrem künftigen Vertreter im Rathaus machen werden. Der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Stadtm. Mars, wies in einem Schlußwort darauf hin, daß Theodor Fischer, der gleichfalls an der Versammlung teilnahm, seit mehr als anderthalb Jahrzehnten im Kampfe für die Sache der Arbeiter stets seine Schuldigkeit getan hat. Nun sei es an den Wählern, Treue mit Treue zu vergelten und ihrerseits ihre Schuldigkeit zu tun.

Das Wahlbureau für die Agitation am Tage der Wahl befindet sich im Restaurant Behnsfeld, Hochmeisterstr. 18. Die Verabschiedung des Wahlergebnisses erfolgt am Abend in den Verolina-Festjalen, Schönhauser-Allee 28.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ausstand der Maler in Mannheim.

Mannheim, 5. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Maler und Tüncher von Mannheim und Ludwigshafen beschloßen am Mittwoch mit 477 gegen 1 Stimme in den Ausstand zu treten. In der heutigen Versammlung der Ausständigen wurden 489 Streikende gezählt. Die Arbeiter allerorts werden gebeten, Zugun nach hier fernzuhalten.

Verwerfung der Verurteilung im Prozeß Nutri.

Rom, 5. April. (Privatdepesche unseres römischen Korrespondenten.) Der Kassationshof verwarf heute die Verurteilung im Prozeß Nutri für alle Beurteilen, außer dem Angeklagten Bonetti. Der Eindruck, den die Verwerfung hervorrief, ist ein sehr großer. Der Anwalt hatte die Kassierung des ganzen Urteilspruches beantragt.

Der Hauseinzug in Ragold.

Ragold, 5. April. (M. T. B.) Die Zahl der Toten aus den Trümmern Herdorgezogenen ist bis 7 Uhr abends auf 50 festgesetzt, dagegen hat sich herausgestellt, daß die Zahl der Schwerverletzten bisher 30 beträgt, während über die Zahl der Leichtverletzten noch kein Ueberblick möglich ist. Viele Personen liegen noch unter den Trümmern, mit deren Aufräumung man heute abend fertig zu werden hofft. Die Toten sind sämtlich im Rathause aufgebahrt. Aus der Umgegend findet ein kolossaler Menschenstrom statt.

Judenhehen.

Petersburg, 5. April. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Ministerium des Innern empfängt fortwährend amtliche Berichte der Gouverneure und Präsekte betreffend die Anzeichen, die von ihnen über die Möglichkeit von gegen die Juden gerichteten Unruhen gemacht worden sind. Die in den letzten Tagen eingetroffenen Telegramme lauten in überwiegender Mehrzahl beruhigend, nur die Berichte aus Odessa und Bieslost meldeten, daß dort eine Bewegung zugunsten von Unruhen im Gange ist. In Odessa wird die Agitation hierfür ziemlich offen betrieben, doch ist sie ihrem Umfange nach unbedeutend. In Bieslost wird dieser Bewegung durch eine gegen die Unruhen gerichtete Bewegung der polnischen Arbeiter das Gleichgewicht gehalten. Aus Kinsk wird gemeldet, daß ein im Bezirk Reischisch an fünf Juden benagener Mord lediglich zum Zwecke der Verurteilung verübt worden sei.

Reichstag.

85. Sitzung vom Donnerstag, den 5. April, vormittags 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Fürst Bälou, Graf Posa-wowsky, v. Eschirich, Freiherr v. Stengel.

Das Haus ehrt das Andenken des Donnerstag früh um 6 Uhr verstorbenen Abgeordneten Meister (Soz.) durch Erheben von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Etats für den Reichskanzler und die Reichsfinanz.

Reichskanzler Fürst Bälou:

Meine Herren! Ich möchte die erste Gelegenheit ergreifen, die sich mir bietet, um mich nach dem materiellen Abschluß der Konferenz von Algier vor diesem hohen Hause über

unsere Marokko-Politik

auszusprechen. Sie werden es auf der anderen Seite verstehen, wenn ich heute meine Worte sehr sorgsam abwäge, nicht nur, weil der formale Abschluß der Konferenz noch nicht erfolgt ist und noch in keinem anderen Parlament das Ergebnis der Konferenz und die Marokkofrage (?) besprochen worden sind, sondern auch weil ich die erreichte, die mühsam erreichte Verständigung nicht beeinträchtigen oder trüben will. — Will man unsere Marokkopolitik richtig verstehen, so muß man zu ihrem Ausgangspunkte zurückkehren, will man das Ergebnis richtig würdigen, den Anfang mit dem Ende vergleichen. Eine Zeit der Beunruhigung liegt hinter uns. Es gab Wochen, wo der Gedanke einer kriegerischen Verwickelung sich der Gemüter bemächtigte. Wie kam das? Waren Lebensinteressen des deutschen Volkes bedroht, so daß die Leitung unserer auswärtigen Politik daran denken konnte, die Marokkofrage aufzuwerfen? Sollten wir, wollten wir um Marokko Krieg führen? Nein, meine Herren: um Marokko nicht! Wir haben in Marokko keine direkten politischen Interessen, wir haben dort keine politischen Aspirationen. Wir haben weder, wie Spanien, eine jahrhunderte alte maurische Vergangenheit, noch, wie Frankreich, eine Hunderte von Kilometern lange Landesgrenze mit Marokko. Wir haben keine mit großen Opfern erworbenen historischen oder militärischen Rechte wie diese beiden europäischen Kulturländer. Aber wir hatten wirtschaftliche Interessen an einem selbständigen und unabhängigen, bisher noch wenig erschlossenen, zukunftsreichen Lande. Wir waren Teilhaber einer internationalen Konvention, die das Prinzip der Meistbegünstigung enthielt. Wir hatten einen Handelsvertrag mit Marokko abgeschlossen mit dem Recht der meistbegünstigten Nationen. Darüber nicht ohne unsere Zustimmung verfügen zu lassen, war eine Frage des Ansehens der deutschen Politik, der Würde des Deutschen Reiches, eine Frage, in welcher wir nicht nachgeben durften. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Daraus folgt, was wir in der Marokkofrage wollen und was nicht. Wir wollten nicht in Marokko selbst festen Fuß fassen; denn darin hätte eher eine Schwächung als eine Stärkung unserer Stellung gelegen. Wir wollten Ansprüchen anderer Mächte keinen schärfen oder überhaupt irgend einen Widerstand entgegenetzen, solange die deutschen Rechte und Interessen gesichert und geachtet wurden. Wir wollten uns auch nicht mit England deshalb reiben, weil dieses in dem Vertrage vom April 1904 eine Annäherung an Frankreich gefunden hatte; denn in diesem Vertrag verfügt England, was Marokko anbetrifft, nur über seine eigenen Interessen, und was Ägypten betrifft, so hatte es in den uns angehenden Fragen nachträglich unsere Zustimmung herbeigeführt. Was wir wollten, war: zu bekunden, daß das Deutsche Reich sich nicht als quantitativ nachlässig (unbedeutende Größe) behandeln läßt (Sehr richtig! rechts), daß die Basis eines internationalen Vertrages nicht ohne Zustimmung der Signatarmächte verdrückt werden darf, daß zu einem so wichtigen, selbständigen, an zwei Welt Handelsstrahlen gelegenen Wirtschaftsgebiet die Tür für die Freiheit des fremden Wettbewerbes offen gehalten werden muß. Das geeignete Mittel, dies Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, war die Einberufung einer neuen Konferenz. Ich habe in den Zeitungen hier und da gelesen, daß wir mit einem französisch-deutschen Separat-abkommen mehr erreicht haben würden. Ich weiß nicht, ob ein solches überhaupt möglich gewesen wäre und ob nicht bei einem Versuch dazu im Gegenteil die Gegenseite sich noch mehr verschärft haben würden. Jedenfalls würden wir damit von vornherein unsere feste auf einem internationalen Vertrage beruhende Rechtsstellung geschwächt haben. Unser Vertrauen in die Sicherheit, die durch eine feste Rechtsgrundlage gewährt wird, war so groß, daß wir auf die Konferenz drängten, obwohl jedermann wußte, daß drei Großmächte durch Separatabkommen an Frankreich gebunden waren, eine vierte ihm alliiert, wir also unsere Forderungen auf der Konferenz gegen eine Mehrheit der Großmächte durchzusetzen hatten. Das Vertrauen, von dem ich vorher sprach, hat uns nicht getäuscht. Gewiß hat ja die Konferenz länger gedauert, als man erwartet hat. Die Sache war eben nicht leicht. Es gibt auch in der Diplomatie wie im bürgerlichen Leben wichtige Angelegenheiten, über die länger verhandelt wird. (Heiterkeit.) Ich bin unseren Delegierten die Anerkennung schuldig, daß sie die deutschen Forderungen mit ebensoviel Festigkeit und Fähigkeit wie Unsicht vertreten haben. (Beifall.) Die einzelnen Konferenzbeschlüsse sind durch die Presse veröffentlicht und Ihnen bekannt. Ich will sie in diesem Augenblick nicht näher erörtern und auch hinsichtlich des Gesamtresultates nur vorläufig das Nachstehende betonen: Es wäre ein Mangel an Augenmaß gewesen, wenn wir wegen untergeordneter Forderungen die Konferenz hätten scheitern lassen, wie: die Zahl der Zensoren für die Staatsbank oder die Polizeistationen, — Fragen, die für uns nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck waren. Für solche sekundären Forderungen Kopf und Kränze daranzusetzen, wäre nicht praktische Politik gewesen. Auch ließ sich schwer bestreiten, daß kein Land vermöge seiner Erfahrungen geeigneter war, die Polizeistruktur zu stellen, als die beiden Nachbarländer Spanien und Frankreich. Hätten wir uns dieser Tatsache nachträglich verschlossen, so würde der von der ausländischen Presse gegen die deutsche Politik so lebhaft erhobene Vorwurf der Intoleranz (Unverständlichkeit) wirklich berechtigt gewesen sein. Worauf es ankam, war: den internationalen Charakter der Polizeiorganisation zu verwirklichen. Frankreich hat sich mit gleicher Verbindlichkeit hier zu einer lokalen Lösung dieser schwierigen Fragen bereit finden lassen. Wir sind nicht kleinlich gewesen, wir sind in manchen Einzelfragen nachgiebig gewesen. Aber wir haben unerfährterlich festgehalten an dem großen Grundgedanken der offenen Tür, der neben der Wahrung des deutschen Ansehens uns in der ganzen Marokkoaktion geleitet hat und leiten mußte. Manche Fragen waren ziemlich schwierig zu lösen. Manche Uebergänge waren nicht ohne Gefahr, eine Zeit der Ruhe und Beunruhigung liegt hinter uns. Ich glaube, daß wir jetzt mit mehr Ruhe weiter gehen können. Die Konferenz von Algier hat, wie ich glaube, ein für Deutschland und Frankreich gleich befriedigendes, für alle Kulturländer nützlich Ergebnis geliefert. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Meine Herren! Ich möchte die erste Gelegenheit ergreifen, die sich mir bietet, um mich nach dem materiellen Abschluß der Konferenz von Algier vor diesem hohen Hause über unsere Marokko-Politik auszusprechen. Sie werden es auf der anderen Seite verstehen, wenn ich heute meine Worte sehr sorgsam abwäge, nicht nur, weil der formale Abschluß der Konferenz noch nicht erfolgt ist und noch in keinem anderen Parlament das Ergebnis der Konferenz und die Marokkofrage (?) besprochen worden sind, sondern auch weil ich die erreichte, die mühsam erreichte Verständigung nicht beeinträchtigen oder trüben will. — Will man unsere Marokkopolitik richtig verstehen, so muß man zu ihrem Ausgangspunkte zurückkehren, will man das Ergebnis richtig würdigen, den Anfang mit dem Ende vergleichen. Eine Zeit der Beunruhigung liegt hinter uns. Es gab Wochen, wo der Gedanke einer kriegerischen Verwickelung sich der Gemüter bemächtigte. Wie kam das? Waren Lebensinteressen des deutschen Volkes bedroht, so daß die Leitung unserer auswärtigen Politik daran denken konnte, die Marokkofrage aufzuwerfen? Sollten wir, wollten wir um Marokko Krieg führen? Nein, meine Herren: um Marokko nicht! Wir haben in Marokko keine direkten politischen Interessen, wir haben dort keine politischen Aspirationen. Wir haben weder, wie Spanien, eine jahrhunderte alte maurische Vergangenheit, noch, wie Frankreich, eine Hunderte von Kilometern lange Landesgrenze mit Marokko. Wir haben keine mit großen Opfern erworbenen historischen oder militärischen Rechte wie diese beiden europäischen Kulturländer. Aber wir hatten wirtschaftliche Interessen an einem selbständigen und unabhängigen, bisher noch wenig erschlossenen, zukunftsreichen Lande. Wir waren Teilhaber einer internationalen Konvention, die das Prinzip der Meistbegünstigung enthielt. Wir hatten einen Handelsvertrag mit Marokko abgeschlossen mit dem Recht der meistbegünstigten Nationen. Darüber nicht ohne unsere Zustimmung verfügen zu lassen, war eine Frage des Ansehens der deutschen Politik, der Würde des Deutschen Reiches, eine Frage, in welcher wir nicht nachgeben durften. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Daraus folgt, was wir in der Marokkofrage wollen und was nicht. Wir wollten nicht in Marokko selbst festen Fuß fassen; denn darin hätte eher eine Schwächung als eine Stärkung unserer Stellung gelegen. Wir wollten Ansprüchen anderer Mächte keinen schärfen oder überhaupt irgend einen Widerstand entgegenetzen, solange die deutschen Rechte und Interessen gesichert und geachtet wurden. Wir wollten uns auch nicht mit England deshalb reiben, weil dieses in dem Vertrage vom April 1904 eine Annäherung an Frankreich gefunden hatte; denn in diesem Vertrag verfügt England, was Marokko anbetrifft, nur über seine eigenen Interessen, und was Ägypten betrifft, so hatte es in den uns angehenden Fragen nachträglich unsere Zustimmung herbeigeführt. Was wir wollten, war: zu bekunden, daß das Deutsche Reich sich nicht als quantitativ nachlässig (unbedeutende Größe) behandeln läßt (Sehr richtig! rechts), daß die Basis eines internationalen Vertrages nicht ohne Zustimmung der Signatarmächte verdrückt werden darf, daß zu einem so wichtigen, selbständigen, an zwei Welt Handelsstrahlen gelegenen Wirtschaftsgebiet die Tür für die Freiheit des fremden Wettbewerbes offen gehalten werden muß. Das geeignete Mittel, dies Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, war die Einberufung einer neuen Konferenz. Ich habe in den Zeitungen hier und da gelesen, daß wir mit einem französisch-deutschen Separat-abkommen mehr erreicht haben würden. Ich weiß nicht, ob ein solches überhaupt möglich gewesen wäre und ob nicht bei einem Versuch dazu im Gegenteil die Gegenseite sich noch mehr verschärft haben würden. Jedenfalls würden wir damit von vornherein unsere feste auf einem internationalen Vertrage beruhende Rechtsstellung geschwächt haben. Unser Vertrauen in die Sicherheit, die durch eine feste Rechtsgrundlage gewährt wird, war so groß, daß wir auf die Konferenz drängten, obwohl jedermann wußte, daß drei Großmächte durch Separatabkommen an Frankreich gebunden waren, eine vierte ihm alliiert, wir also unsere Forderungen auf der Konferenz gegen eine Mehrheit der Großmächte durchzusetzen hatten. Das Vertrauen, von dem ich vorher sprach, hat uns nicht getäuscht. Gewiß hat ja die Konferenz länger gedauert, als man erwartet hat. Die Sache war eben nicht leicht. Es gibt auch in der Diplomatie wie im bürgerlichen Leben wichtige Angelegenheiten, über die länger verhandelt wird. (Heiterkeit.) Ich bin unseren Delegierten die Anerkennung schuldig, daß sie die deutschen Forderungen mit ebensoviel Festigkeit und Fähigkeit wie Unsicht vertreten haben. (Beifall.) Die einzelnen Konferenzbeschlüsse sind durch die Presse veröffentlicht und Ihnen bekannt. Ich will sie in diesem Augenblick nicht näher erörtern und auch hinsichtlich des Gesamtresultates nur vorläufig das Nachstehende betonen: Es wäre ein Mangel an Augenmaß gewesen, wenn wir wegen untergeordneter Forderungen die Konferenz hätten scheitern lassen, wie: die Zahl der Zensoren für die Staatsbank oder die Polizeistationen, — Fragen, die für uns nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck waren. Für solche sekundären Forderungen Kopf und Kränze daranzusetzen, wäre nicht praktische Politik gewesen. Auch ließ sich schwer bestreiten, daß kein Land vermöge seiner Erfahrungen geeigneter war, die Polizeistruktur zu stellen, als die beiden Nachbarländer Spanien und Frankreich. Hätten wir uns dieser Tatsache nachträglich verschlossen, so würde der von der ausländischen Presse gegen die deutsche Politik so lebhaft erhobene Vorwurf der Intoleranz (Unverständlichkeit) wirklich berechtigt gewesen sein. Worauf es ankam, war: den internationalen Charakter der Polizeiorganisation zu verwirklichen. Frankreich hat sich mit gleicher Verbindlichkeit hier zu einer lokalen Lösung dieser schwierigen Fragen bereit finden lassen. Wir sind nicht kleinlich gewesen, wir sind in manchen Einzelfragen nachgiebig gewesen. Aber wir haben unerfährterlich festgehalten an dem großen Grundgedanken der offenen Tür, der neben der Wahrung des deutschen Ansehens uns in der ganzen Marokkoaktion geleitet hat und leiten mußte. Manche Fragen waren ziemlich schwierig zu lösen. Manche Uebergänge waren nicht ohne Gefahr, eine Zeit der Ruhe und Beunruhigung liegt hinter uns. Ich glaube, daß wir jetzt mit mehr Ruhe weiter gehen können. Die Konferenz von Algier hat, wie ich glaube, ein für Deutschland und Frankreich gleich befriedigendes, für alle Kulturländer nützlich Ergebnis geliefert. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Freiherr v. Hertling (Z.): Ich werde den Standpunkt meiner Fraktion mit aller der Reserve vertreten, die nach der Lage der auswärtigen Politik all denen geboten erscheinen muß, die die diplomatischen Verhandlungen nur von außen kennen. Ich glaube, wir müssen dem Reichskanzler dafür danken, daß er den Rückblick auf die Marokkofrage so früh und nächsten gestaltet hat, wie sie es verdiente. (Sehr gut! im Zentrum.) Sämtliche deutschen politischen Kreise waren von jeher in dem Gedanken vereinigt, daß wir um Marokkos willen keinen Krieg führen dürften. Alle hätten es lebhaft beklagt, wenn aus Anlaß des Marokkohandels eine schwere Verwickelung entstanden wäre. Aber trotzdem müssen wir die Frage, ob es besser gewesen wäre, angesichts der geringfügigkeit unserer wirtschaftlichen Interessen in Marokko uns passiv zu verhalten, und als quantitativ nachlässig behandeln zu lassen, verneinen! Man hätte dann von unserer Friedensliebe eine zu weitgehende Meinung gehabt und geglaubt, daß wir auch in anderen Fällen, in denen wir entschiedenere Interessen zu vertreten gehabt hätten, allzu nachgiebig gestimmt sein könnten, zumal kaum je so wie in diesem Falle das Recht unzweifelhaft auf unserer Seite war. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Die sensationellen Enthüllungen des „Matin“ können ja nicht als authentisch gelten, aber ein gewisses Unbehagen haben sie doch zurückgelassen; denn — wo Rauch ist, ist auch Feuer.

Schon die Tatsache, daß eine Verständigung erzielt worden ist, ist als ein erfreulicher Erfolg für Deutschland zu begrüßen. Ja, sogar daß überhaupt eine Konferenz der europäischen Mächte zusammengebracht werden konnte, ist von unserem Standpunkt aus lebhaft zu begrüßen; denn jede fällt in solcher Lage in sich das gesteigerte Verantwortlichkeitsgefühl, für eine Friedensförderung mitverantwortlich zu sein. Was die einzelnen Bestimmungen angeht, so haben wir besondere Vorteile weder gesucht noch erwartet! Ich glaube, daß es in Algieras weder Besiegter noch Besiegte gegeben hat. (Zustimmung.) Wir erblicken in der getroffenen Verständigung eine verstärkte Bürgschaft für ein dauernd friedliches und freundliches Nebeneinanderbestehen der beiden großen Kontinentalmächte. In dieser Hoffnung bestärkt uns das wunderbare Ereignis der letzten Tage. Mit großer Freude haben wir anlässlich des furchtbaren Grubenunglücks in Courrières deutsche Bergleute zu Hilfe eilen lassen. So trägt wohlwollende Stimmung über trennende politische Gegensätze hinweg. (Lebhafter Beifall.)

An Bundesgenossen stand uns während der Konferenz nur Oesterreich-Ungarn mit unwandelbarer Treue zur Seite. Möge das energische und besonnene Eintreten dieses unseres Nachbarstaates für die Sache des Friedens uns noch über manche Fährlichkeit hinweghelfen, und möge es ihm auch im Inneren gelingen, diejenigen Krisen zu überleben, die diesseits und jenseits der Leitha noch bestehen. (Beifall.) Die Haltung Italiens hat eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Wir haben vollstes Vertrauen zu den maßgebenden Kreisen Italiens, aber in der italienischen Presse haben sich die Stimmen gemehrt, die wir nur tief beklagen können. Das entspricht dem Wachstum des Nationalismus und der revolutionären Tendenzen in Italien. Möge es der italienischen Regierung gelingen, einen Ausgleich zwischen den staatlichen und den kirchlichen Interessen zu finden, damit die konservativen Elemente ihre kirchliche Interesse mit der Teilnahme am öffentlichen Leben vereinigen können. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Das würde auch unsere feste Bundesgenossenschaft stärken!

Was England betrifft, so bin ich auch der Ansicht, daß die Haltung Englands auf der Konferenz durchaus loyal war. Unser Verhältnis zu diesem Lande kann nur ein freundliches sein, weil es ein friedliches sein muß. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) Was Rußland betrifft, so muß ich allerdings der Zustimmung Ausdruck geben, die in allen nationalen Kreisen herrscht über die Anweisung des russischen Ministers an den russischen Vertreter in Paris. Wenn auch die erste Veröffentlichung des „Temp“ den Schlussatz fortgelassen hatte, in dem von der gleichmäßigen Wahrung der Ehre Deutschlands die Rede war, so ist doch in dieser Anweisung auch nach der Ergänzung noch recht viel Unfreundliches übrig geblieben. (Sehr wahr! auf allen Seiten des Hauses.)

Das haben wir um Rußland nicht verdient!

(Sehr wahr!) Wir sind ihm nicht ein freundlicher Nachbar gewesen. (Erneute Sehr richtig!) Wir hoffen, daß es in die Reihe der Kulturstaaten endlich einrücken möge (Sehr gut! im Zentrum und links) und wünschen, daß es sich dann auch uns gegenüber freundlich verhält. Ein dauernd geschwächtes Rußland ist im Interesse des europäischen Friedens nicht zu wünschen. Der Wunsch nach einer Gefandung Rußlands geht aber doch nicht soweit, daß ich wünschen möchte, daß das deutsche Kapital sich an der Gefandung beteilige. (Große Heiterkeit im ganzen Hause.) Nordamerika ist nicht auf der Konferenz vertreten gewesen. Wäre es vertreten gewesen, so würde es im Interesse des Friedens gewirkt haben. Darauf erinnern wir uns des Eingreifens seines Präsidenten zur Beendigung des russisch-japanischen Krieges. (Sehr wahr! im Zentrum.) Unser Verhältnis zu Nordamerika muß ein gutes sein, ich kann nur an vorübergehende Bestimmungen, nicht aber an dauernde Mißstimmung glauben. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) In diesem Sinne begrüße ich auch den Professoren-austausch. (Schallende Heiterkeit.) Für die Wissenschaft wird nicht viel dabei herauskommen (Große Heiterkeit und Sehr richtig! im Zentrum und links), aber es ist recht nützlich, wenn die Spitzen der Intelligenz sich verstehen lernen. Wie kommt es, daß wir trotz unserer notorischen Friedensliebe im Ausland so angefeindet werden? Wir haben in Rußland den furchtbaren Vorstoß der Revolution erlebt; die revolutionäre Presse sprach es aus, daß dieser Vorstoß in anderen Ländern Folgen haben müsse. Solche revolutionären Bestrebungen kosten aber auf Widerstand bei dem mächtigen Deutschen Reich, das als Hort christlicher Kultur alle revolutionären Aufstürme mit voller Macht abwehrt. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Darin erblicken wir einen Grund der Abneigung, welche die revolutionäre Presse des Auslandes gegen Deutschland schürt. Es ist ferner von dem Jizakurs, von dem persönlichen Moment in unserer Politik gesprochen worden. Wir billigen nicht alles in unserer auswärtigen Politik, nicht jede Rede, nicht jede Depesche, aber wir haben zu dem gegenwärtigen verantwortlichen Leiter der deutschen Politik das Vertrauen, daß er sie ruhig und sicher führen wird, daß wir nach wie vor eine Politik vertreten werden, die staal ist im Bewußtsein der eigenen Kraft und ohne Chauvinismus und Verzagen, ohne jemand zu brüskieren, unsere Interessen nachdrücklich vertritt. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Bebel (Soz.): Was der Herr Reichskanzler gesagt hat, genügt nicht, um die deutsche Politik, die wir Marokko und Frankreich gegenüber in den letzten zwei Jahren beobachtet haben, hier in das rechte Licht zu stellen. Er hat selbst hervor, daß wir in Marokko keine politischen Aspirationen (Ansprüche) haben, und er stellte die Frage: Sollten und wollten wir wegen Marokko Krieg führen? Wenn dem aber so war und wir keinerlei politische Interessen in Marokko zu vertreten haben, so entsteht doch die Frage, woher kam denn der Lärm, der im ganzen vorigen Sommer die Welt beunruhigt hat? Soviel ich weiß, war es der Reichskanzler selbst, der hier erklärt hat, daß allerdings in den letzten Monaten die Situation eine bedenkliche und gefährliche gewesen sei! Ist die Situation aber derart, daß es sich bei dem ganzen Streit nur darum handelte, das Prinzip der offenen Tür zur Geltung zu bringen, so verstehe ich nicht, wieso der ganze

wäre. Aber trotzdem müssen wir die Frage, ob es besser gewesen wäre, angesichts der geringfügigkeit unserer wirtschaftlichen Interessen in Marokko uns passiv zu verhalten, und als quantitativ nachlässig behandeln zu lassen, verneinen! Man hätte dann von unserer Friedensliebe eine zu weitgehende Meinung gehabt und geglaubt, daß wir auch in anderen Fällen, in denen wir entschiedenere Interessen zu vertreten gehabt hätten, allzu nachgiebig gestimmt sein könnten, zumal kaum je so wie in diesem Falle das Recht unzweifelhaft auf unserer Seite war. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Die sensationellen Enthüllungen des „Matin“ können ja nicht als authentisch gelten, aber ein gewisses Unbehagen haben sie doch zurückgelassen; denn — wo Rauch ist, ist auch Feuer.

Schon die Tatsache, daß eine Verständigung erzielt worden ist, ist als ein erfreulicher Erfolg für Deutschland zu begrüßen. Ja, sogar daß überhaupt eine Konferenz der europäischen Mächte zusammengebracht werden konnte, ist von unserem Standpunkt aus lebhaft zu begrüßen; denn jede fällt in solcher Lage in sich das gesteigerte Verantwortlichkeitsgefühl, für eine Friedensförderung mitverantwortlich zu sein. Was die einzelnen Bestimmungen angeht, so haben wir besondere Vorteile weder gesucht noch erwartet! Ich glaube, daß es in Algieras weder Besiegter noch Besiegte gegeben hat. (Zustimmung.) Wir erblicken in der getroffenen Verständigung eine verstärkte Bürgschaft für ein dauernd friedliches und freundliches Nebeneinanderbestehen der beiden großen Kontinentalmächte. In dieser Hoffnung bestärkt uns das wunderbare Ereignis der letzten Tage. Mit großer Freude haben wir anlässlich des furchtbaren Grubenunglücks in Courrières deutsche Bergleute zu Hilfe eilen lassen. So trägt wohlwollende Stimmung über trennende politische Gegensätze hinweg. (Lebhafter Beifall.)

An Bundesgenossen stand uns während der Konferenz nur Oesterreich-Ungarn mit unwandelbarer Treue zur Seite. Möge das energische und besonnene Eintreten dieses unseres Nachbarstaates für die Sache des Friedens uns noch über manche Fährlichkeit hinweghelfen, und möge es ihm auch im Inneren gelingen, diejenigen Krisen zu überleben, die diesseits und jenseits der Leitha noch bestehen. (Beifall.) Die Haltung Italiens hat eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Wir haben vollstes Vertrauen zu den maßgebenden Kreisen Italiens, aber in der italienischen Presse haben sich die Stimmen gemehrt, die wir nur tief beklagen können. Das entspricht dem Wachstum des Nationalismus und der revolutionären Tendenzen in Italien. Möge es der italienischen Regierung gelingen, einen Ausgleich zwischen den staatlichen und den kirchlichen Interessen zu finden, damit die konservativen Elemente ihre kirchliche Interesse mit der Teilnahme am öffentlichen Leben vereinigen können. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Das würde auch unsere feste Bundesgenossenschaft stärken!

Was England betrifft, so bin ich auch der Ansicht, daß die Haltung Englands auf der Konferenz durchaus loyal war. Unser Verhältnis zu diesem Lande kann nur ein freundliches sein, weil es ein friedliches sein muß. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) Was Rußland betrifft, so muß ich allerdings der Zustimmung Ausdruck geben, die in allen nationalen Kreisen herrscht über die Anweisung des russischen Ministers an den russischen Vertreter in Paris. Wenn auch die erste Veröffentlichung des „Temp“ den Schlussatz fortgelassen hatte, in dem von der gleichmäßigen Wahrung der Ehre Deutschlands die Rede war, so ist doch in dieser Anweisung auch nach der Ergänzung noch recht viel Unfreundliches übrig geblieben. (Sehr wahr! auf allen Seiten des Hauses.)

Das haben wir um Rußland nicht verdient!

(Sehr wahr!) Wir sind ihm nicht ein freundlicher Nachbar gewesen. (Erneute Sehr richtig!) Wir hoffen, daß es in die Reihe der Kulturstaaten endlich einrücken möge (Sehr gut! im Zentrum und links) und wünschen, daß es sich dann auch uns gegenüber freundlich verhält. Ein dauernd geschwächtes Rußland ist im Interesse des europäischen Friedens nicht zu wünschen. Der Wunsch nach einer Gefandung Rußlands geht aber doch nicht soweit, daß ich wünschen möchte, daß das deutsche Kapital sich an der Gefandung beteilige. (Große Heiterkeit im ganzen Hause.)

Nordamerika ist nicht auf der Konferenz vertreten gewesen. Wäre es vertreten gewesen, so würde es im Interesse des Friedens gewirkt haben. Darauf erinnern wir uns des Eingreifens seines Präsidenten zur Beendigung des russisch-japanischen Krieges. (Sehr wahr! im Zentrum.) Unser Verhältnis zu Nordamerika muß ein gutes sein, ich kann nur an vorübergehende Bestimmungen, nicht aber an dauernde Mißstimmung glauben. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) In diesem Sinne begrüße ich auch den Professoren-austausch. (Schallende Heiterkeit.) Für die Wissenschaft wird nicht viel dabei herauskommen (Große Heiterkeit und Sehr richtig! im Zentrum und links), aber es ist recht nützlich, wenn die Spitzen der Intelligenz sich verstehen lernen.

Wie kommt es, daß wir trotz unserer notorischen Friedensliebe im Ausland so angefeindet werden? Wir haben in Rußland den furchtbaren Vorstoß der Revolution erlebt; die revolutionäre Presse sprach es aus, daß dieser Vorstoß in anderen Ländern Folgen haben müsse. Solche revolutionären Bestrebungen kosten aber auf Widerstand bei dem mächtigen Deutschen Reich, das als Hort christlicher Kultur alle revolutionären Aufstürme mit voller Macht abwehrt. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Darin erblicken wir einen Grund der Abneigung, welche die revolutionäre Presse des Auslandes gegen Deutschland schürt. Es ist ferner von dem Jizakurs, von dem persönlichen Moment in unserer Politik gesprochen worden. Wir billigen nicht alles in unserer auswärtigen Politik, nicht jede Rede, nicht jede Depesche, aber wir haben zu dem gegenwärtigen verantwortlichen Leiter der deutschen Politik das Vertrauen, daß er sie ruhig und sicher führen wird, daß wir nach wie vor eine Politik vertreten werden, die staal ist im Bewußtsein der eigenen Kraft und ohne Chauvinismus und Verzagen, ohne jemand zu brüskieren, unsere Interessen nachdrücklich vertritt. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Bebel (Soz.):

Was der Herr Reichskanzler gesagt hat, genügt nicht, um die deutsche Politik, die wir Marokko und Frankreich gegenüber in den letzten zwei Jahren beobachtet haben, hier in das rechte Licht zu stellen. Er hat selbst hervor, daß wir in Marokko keine politischen Aspirationen (Ansprüche) haben, und er stellte die Frage: Sollten und wollten wir wegen Marokko Krieg führen? Wenn dem aber so war und wir keinerlei politische Interessen in Marokko zu vertreten haben, so entsteht doch die Frage, woher kam denn der Lärm, der im ganzen vorigen Sommer die Welt beunruhigt hat? Soviel ich weiß, war es der Reichskanzler selbst, der hier erklärt hat, daß allerdings in den letzten Monaten die Situation eine bedenkliche und gefährliche gewesen sei! Ist die Situation aber derart, daß es sich bei dem ganzen Streit nur darum handelte, das Prinzip der offenen Tür zur Geltung zu bringen, so verstehe ich nicht, wieso der ganze

„Marokkorummel“

zwei Jahre lang Europa hat in Aufregung versetzen können. Es ist mir nicht verständlich, woher der scharfe Gegensatz in der deutschen Politik im April 1905 zu der im April 1904 kam. Am 14. April 1904, als eben der Vertrag zwischen England und Frankreich öffentlich bekannt geworden war, erklärte der Reichskanzler hier im Reichstage auf meine Anfrage: Deutschland habe keinerlei Ursache, dem Vertrage mißtrauisch gegenüber zu stehen, Deutschland freue sich vielmehr, daß die materiellen und ökonomischen Interessen, die es in Marokko zu verfolgen habe, bei diesem Vertrage gewahrt seien. — Ein Jahr später klang es freilich ganz anders, und darüber befragt, welches die Ursache der veränderten Haltung sei, sagte der Reichskanzler: Darüber wolle er sich nicht aussprechen, aber wenn er jetzt anders aufträte wie vor einem Jahre, so liege das auch daran, daß er den

Zeitpunkt für sein Auftreten selbst wähle. W. H.! Wir haben sicherlich Interesse an der Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür in Marokko. Aber der Vertrag vom 14. April 1904 zwischen England und Frankreich hat dieses Prinzip auf 30 Jahre stipuliert, und es wäre also nur die Frage gewesen, ob es nicht möglich war, daß an Stelle dieser Bestimmung die des freien Handels im Vertrage von 1880 getreten wäre. Die Situation für Deutschland lag allerdings dann sehr eigentümlich. Denn der Vertrag vom 8. April 1904 war auch von Italien, Spanien und Rußland gebilligt, also von drei Mächten, die an dem Vertrage von 1880 interessiert waren. Fünf Mächte hatten demnach bereits ihre Zustimmung zu dem Vertrage gegeben. Gleichwohl wäre es unseres Erachtens notwendig gewesen, daß Deutschland in dieser Beziehung sein Interesse wahrte. Ich möchte aber hervorheben: Wenn der Reichskanzler die Notwendigkeit anerkennt, den Reichstag über eine diplomatische Frage zu unterrichten, daß er das möglichst ausreißend tue. Aber dem Selbstbuch gegenüber zeigt sich die Stellung des deutschen Reichstages im Verhältnis zur französischen Deputiertenkammer als eine geradezu lässliche, die ganze Unbedeutendheit, die der Reichstag in Bezug auf die Außenpolitik besitzt, kommt zum Ausdruck. Das deutsche Weisbuch enthält 28 Artikel auf 27 Seiten. Das französische Weisbuch dagegen 368 Artikel auf 323 Seiten. Nun wird in den meisten Artikelstücken darauf hingewiesen, daß es insbesondere das Verhalten des französischen Gesandten in bezug gewesen sei, das die deutsche Regierung zu ihrem Vorgehen veranlaßt habe. Es wird nämlich darauf hingewiesen, daß der französische Gesandte dem Sultan erklärt habe, er stelle die Forderungen im Namen Europas, und demgegenüber vor Deutschland zweifellos berechtigt, Einspruch zu erheben. Wenn man näher zuseht, so muß man gegen die Versicherungen des Sultans mißtrauisch sein. Nicht allein hat der Sultan von Marokko erklärt, daß der französische Gesandte eine derartige Erklärung abgegeben hat, sondern es ist auch wiederholt dem deutschen Gesandten gegenüber bestätigt worden, daß der Sultan Frankreich gegenüber Zusicherungen über die Annahme von Reformen gemacht hat. Aus den Akten ergibt sich, daß man in Marokko dankbar war für die französischen Reformen, die in Vorschlag gebracht waren und daß der Sultan bereit war, die Reformen einzuführen. Erst im Dezember 1904 machte der französische Gesandte die Bemerkung, daß bei der marokkanischen Regierung ein Widerstand gegen die französischen Reformen eingetreten war, und der französische Gesandte ist der Meinung gewesen, daß dieser Widerstand im wesentlichen hervorgerufen sei durch die Unterstützung, die dem Sultan seitens des deutschen Gesandten zuteil geworden. Das geht aus einem Schreiben des französischen Gesandten vom 5. Februar 1905 hervor. Da war in Deutschland die Absicht vorhanden, die Dinge in Marokko in ein anderes Fahrwasser zu leiten. Es war ein Wandel in der deutschen Politik eingetreten, und der Sultan hatte seine Haltung gegenüber Frankreich geändert! Wenn ich durch etwas überroast worden bin, dann durch die Mitteilung des Reichskanzlers, der meinte, daß die ganze marokkanische Angelegenheit eigentlich eine ziemlich unbedeutende gewesen sei. Es ist doch auffallend, daß gegenüber einer solchen Erklärung der Kaiser in eigener Person mobil gemacht wird, um eine Reise dahin zu unternehmen. Diese Reise hat in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen erregt und vielfach außerordentliche Mißstimmung erzeugt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man bestreitet, daß dadurch der Widerstand des Sultans gegen den französischen Gesandten gesteigert worden ist. In einer der Reden ist aber ausdrücklich gesagt, der Versuch gelte dem Sultan als unabhängigen Herrscher. Man wird doch zugeben müssen, daß eine derartige Aeußerung das Selbstbewußtsein des Sultans steigern mußte. Wenn in einer späteren Rede erklärt wird, der Kaiser werde sich mit dem Sultan ins Einvernehmen setzen, so wird auch eine solche Aeußerung wieder in Verbindung gebracht mit der ungeheuren Ehre, die dem Sultan durch den Kaiser, einem der mächtigsten Kaiser der Welt, zuteil wird, der die Reise unternahm, um dem Sultan jene Versicherung zu geben.

Es wird immer auf die Haltung Englands hingewiesen. Aber man nehme einmal an, der König von England hätte die Reise nach Tanger unternommen und hätte ähnliche Reden gehalten! Was wäre die Folge gewesen, die ein solches demonstratives Verhalten in Deutschland gehabt hätte? Als Delcassé am 9. April davon hörte, daß der Sultan sich aus naheliegenden Gründen für eine internationale Konferenz erklärt habe, war er sehr unangenehm davon berührt. Er nahm die Gelegenheit wahr, auf einem Diner in der deutschen Botschaft mit dem deutschen Gesandten Rücksprache zu nehmen. Das geschah am 13. April. Delcassé erklärte sich bereit, falls noch irgend welche Mißverständnisse vorlägen, jede Aufklärung zu geben. Der deutsche Gesandte erwiderte, er könne die Frage nicht beantworten, er werde nach Berlin berichten, und es fand ein Depeschenaustausch statt. Auf französischer Seite machte sich die Auffassung geltend, daß Deutschland um seine Kräfte treiben wolle, und Delcassé erklärte sich bereit, einzulassen. Inzwischen hatte sich der marokkanische Gesandte geweigert, die Zusage Marokkos Frankreich gegenüber zu halten. Jedenfalls geht aus all dem hervor, daß durch die Reise des Kaisers nach Tanger das Selbstbewußtsein des Sultans von Marokko gesteigert worden ist. Jetzt macht allerdings von allen in Algieras vertretenen Mächten der Sultan das allerbedrückendste Gesicht, weil er durch den Verlauf der Konferenz enttäuscht ist. Nach 1895 wurden ja auch die Chinesen enttäuscht durch die deutsche Politik. Damals trat Deutschland beim Frieden von Schimonseki für China ein, angehend ohne irgend einen Vorteil für sich zu erwarten. Und wenige Jahre darauf kam dann trotzdem die Pachtung von Kiautschou. 1896 hat das Telegramm an den Präsidenten Krüger bei den Deutschen ganz ungerechtfertigte Hoffnungen erweckt. Ähnlich haben die Reisen nach Budapest, Konstantinopel und Jerusalem durch Erweckung unbegründeter Hoffnungen die fremden Regierungen schwer gereizt und damit wesentlich dazu beigetragen, daß Deutschland in die Lage kam, die in Algieras der ganzen Welt vor Augen getreten ist. Das ist das allerschlimmste, was die Konferenz Deutschland gebracht hat. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch heute glaube ich noch, daß eine andere Taktik der deutschen Regierung bei dem Vertrag vom 8. April 1904 Deutschland all' das verschafft hätte, was es jetzt mühselig und unter schweren Kämpfen in Algieras erreicht hat. Schon bei der Debatte über den Etat habe ich geäußert, daß eine Tangerreise unter der Kaiserliche des Fürsten Bismarck niemals möglich gewesen wäre. Ich darf heute hinzufügen, daß ein Bismarck auch die Konferenz von Algieras veranlaßt hätte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er hätte sich nicht ohne Rot der Gefahr ausgesetzt, nach monatelangen Verhandlungen als isolierter Mann, als Vertreter des isolierten Reichs dazustehen. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Fehr. v. Hertling hat nacheinander die Stellung der verschiedenen Staaten Deutschland gegenüber Revue passieren lassen. Ich will diesem Beispiel nicht folgen, obgleich ich vielfach zu ganz anderen Schlüssen kommen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber feststeht, und dahin kann man das Resultat von Algieras zusammenfassen, daß Frankreich, England, Spanien, Italien und Rußland vereinigt gegen uns stehen, Nordamerika sozusagen neutral ist und Oesterreich-Ungarn zwar seine guten Vermittlerdienste in Algieras ausübt, aber doch nur in höchst rüchträtiger Weise. Da nun die Zustimmung, die in den Beziehungen verschiedener Staaten zu Deutschland in Algieras hervortrat, keineswegs überwunden ist, so ist das Resultat der Konferenz bedauerlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man rüht in den deutschen Zeitungen, daß es der Regierung gelungen sei, das marokkanische Gebiet intakt zu erhalten. Aber aus naheliegenden Gründen wäre es weder Frankreich noch England eingefallen, marokkanisches Gebiet zu besetzen. Frankreich hätte nach den Erfahrungen, die es seit Jahrzehnten

verschiedenen Staaten Deutschland gegenüber Revue passieren lassen. Ich will diesem Beispiel nicht folgen, obgleich ich vielfach zu ganz anderen Schlüssen kommen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber feststeht, und dahin kann man das Resultat von Algieras zusammenfassen, daß Frankreich, England, Spanien, Italien und Rußland vereinigt gegen uns stehen, Nordamerika sozusagen neutral ist und Oesterreich-Ungarn zwar seine guten Vermittlerdienste in Algieras ausübt, aber doch nur in höchst rüchträtiger Weise. Da nun die Zustimmung, die in den Beziehungen verschiedener Staaten zu Deutschland in Algieras hervortrat, keineswegs überwunden ist, so ist das Resultat der Konferenz bedauerlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man rüht in den deutschen Zeitungen, daß es der Regierung gelungen sei, das marokkanische Gebiet intakt zu erhalten. Aber aus naheliegenden Gründen wäre es weder Frankreich noch England eingefallen, marokkanisches Gebiet zu besetzen. Frankreich hätte nach den Erfahrungen, die es seit Jahrzehnten

verschiedenen Staaten Deutschland gegenüber Revue passieren lassen. Ich will diesem Beispiel nicht folgen, obgleich ich vielfach zu ganz anderen Schlüssen kommen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber feststeht, und dahin kann man das Resultat von Algieras zusammenfassen, daß Frankreich, England, Spanien, Italien und Rußland vereinigt gegen uns stehen, Nordamerika sozusagen neutral ist und Oesterreich-Ungarn zwar seine guten Vermittlerdienste in Algieras ausübt, aber doch nur in höchst rüchträtiger Weise. Da nun die Zustimmung, die in den Beziehungen verschiedener Staaten zu Deutschland in Algieras hervortrat, keineswegs überwunden ist, so ist das Resultat der Konferenz bedauerlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man rüht in den deutschen Zeitungen, daß es der Regierung gelungen sei, das marokkanische Gebiet intakt zu erhalten. Aber aus naheliegenden Gründen wäre es weder Frankreich noch England eingefallen, marokkanisches Gebiet zu besetzen. Frankreich hätte nach den Erfahrungen, die es seit Jahrzehnten

verschiedenen Staaten Deutschland gegenüber Revue passieren lassen. Ich will diesem Beispiel nicht folgen, obgleich ich vielfach zu ganz anderen Schlüssen kommen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber feststeht, und dahin kann man das Resultat von Algieras zusammenfassen, daß Frankreich, England, Spanien, Italien und Rußland vereinigt gegen uns stehen, Nordamerika sozusagen neutral ist und Oesterreich-Ungarn zwar seine guten Vermittlerdienste in Algieras ausübt, aber doch nur in höchst rüchträtiger Weise. Da nun die Zustimmung, die in den Beziehungen verschiedener Staaten zu Deutschland in Algieras hervortrat, keineswegs überwunden ist, so ist das Resultat der Konferenz bedauerlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man rüht in den deutschen Zeitungen, daß es der Regierung gelungen sei, das marokkanische Gebiet intakt zu erhalten. Aber aus naheliegenden Gründen wäre es weder Frankreich noch England eingefallen, marokkanisches Gebiet zu besetzen. Frankreich hätte nach den Erfahrungen, die es seit Jahrzehnten

verschiedenen Staaten Deutschland gegenüber Revue passieren lassen. Ich will diesem Beispiel nicht folgen, obgleich ich vielfach zu ganz anderen Schlüssen kommen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber feststeht, und dahin kann man das Resultat von Algieras zusammenfassen, daß Frankreich, England, Spanien, Italien und Rußland vereinigt gegen uns stehen, Nordamerika sozusagen neutral ist und Oesterreich-Ungarn zwar seine guten Vermittlerdienste in Algieras ausübt, aber doch nur in höchst rüchträtiger Weise. Da nun die Zustimmung, die in den Beziehungen verschiedener Staaten zu Deutschland in Algieras hervortrat, keineswegs überwunden ist, so ist das Resultat der Konferenz bedauerlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man rüht in den deutschen Zeitungen, daß es der Regierung gelungen sei, das marokkanische Gebiet intakt zu erhalten. Aber aus naheliegenden Gründen wäre es weder Frankreich noch England eingefallen, marokkanisches Gebiet zu besetzen. Frankreich hätte nach den Erfahrungen, die es seit Jahrzehnten

verschiedenen Staaten Deutschland gegenüber Revue passieren lassen. Ich will diesem Beispiel nicht folgen, obgleich ich vielfach zu ganz anderen Schlüssen kommen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber feststeht, und dahin kann man das Resultat von Algieras zusammenfassen, daß Frankreich, England, Spanien, Italien und Rußland vereinigt gegen uns stehen, Nordamerika sozusagen neutral ist und Oesterreich-Ungarn zwar seine guten Vermittlerdienste in Algieras ausübt, aber doch nur in höchst rüchträtiger Weise. Da nun die Zustimmung, die in den Beziehungen verschiedener Staaten zu Deutschland in Algieras hervortrat, keineswegs überwunden ist, so ist das Resultat der Konferenz bedauerlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man rüht in den deutschen Zeitungen, daß es der Regierung gelungen sei, das marokkanische Gebiet intakt zu erhalten. Aber aus naheliegenden Gründen wäre es weder Frankreich noch England eingefallen, marokkanisches Gebiet zu besetzen. Frankreich hätte nach den Erfahrungen, die es seit Jahrzehnten

verschiedenen Staaten Deutschland gegenüber Revue passieren lassen. Ich will diesem Beispiel nicht folgen, obgleich ich vielfach zu ganz anderen Schlüssen kommen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber feststeht, und dahin kann man das Resultat von Algieras zusammenfassen, daß Frankreich, England, Spanien, Italien und Rußland vereinigt gegen uns stehen, Nordamerika sozusagen neutral ist und Oesterreich-Ungarn zwar seine guten Vermittlerdienste in Algieras ausübt, aber doch nur in höchst rüchträtiger Weise. Da nun die Zustimmung, die in den Beziehungen verschiedener Staaten zu Deutschland in Algieras hervortrat, keineswegs überwunden ist, so ist das Resultat der Konferenz bedauerlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man rüht in den deutschen Zeitungen, daß es der Regierung gelungen sei, das marokkanische Gebiet intakt zu erhalten. Aber aus naheliegenden Gründen wäre es weder Frankreich noch England eingefallen, marokkanisches Gebiet zu besetzen. Frankreich hätte nach den Erfahrungen, die es seit Jahrzehnten

verschiedenen Staaten Deutschland gegenüber Revue passieren lassen. Ich will diesem Beispiel nicht folgen, obgleich ich vielfach zu ganz anderen Schlüssen kommen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber feststeht, und dahin kann man das Resultat von Algieras zusammenfassen, daß Frankreich, England, Spanien, Italien und Rußland vereinigt gegen uns stehen, Nordamerika sozusagen neutral ist und Oesterreich-Ungarn zwar seine guten Vermittlerdienste in Algieras ausübt, aber doch nur in höchst rüchträtiger Weise. Da nun die Zustimmung, die in den Beziehungen verschiedener Staaten zu Deutschland in Algieras hervortrat, keineswegs überwunden ist, so ist das Resultat der Konferenz bedauerlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man rüht in den deutschen Zeitungen, daß es der Regierung gelungen sei, das marokkanische Gebiet intakt zu erhalten. Aber aus naheliegenden Gründen wäre es weder Frankreich noch England eingefallen, marokkanisches Gebiet zu besetzen. Frankreich hätte nach den Erfahrungen, die es seit Jahrzehnten

in Alger gemacht hat, sicherlich nicht wieder in ein Westpferd greifen wollen. Daß auf Antrag Deutschlands ein internationaler Polizeikommissar geschaffen wurde, ist doch nur eine Delation. Frankreich und Spanien aber haben durch die ausschließliche Herrschaft über die Hafenpolizei einen realen Vorteil erreicht. Auch diejenigen Deutschen, die geschöpft hatten, wird werden an der Westküste Marokkos einen Hafen bekommen, sind schon enttäuscht worden. Dem Abg. v. Hertling kann ich durchaus darin zustimmen, daß die Rolle, die Rußland in dieser Angelegenheit gespielt hat, höchst herausfordernd und beleidigend war. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die russische Delegation war ein unerhörter Affront (Schimpf) für die deutsche Reichsregierung. Das also war die Antwort auf all die Liebesdienereien und Gefälligkeiten, die Deutschland seit Jahrzehnten und besonders in den letzten Jahren der russischen Regierung hat zuteil werden lassen! Für wichtige Dienste hat Rußland der deutschen Regierung eine moralische Dankschuld gegeben. (Vielfache Zustimmung.) Ich habe in den letzten Wochen die Stillschließung bewundert, mit der Deutschland und die deutsche Regierung sie hingenommen haben. (Sehr gut! links.) Hr. v. Hertling sprach den Wunsch aus, daß deutsche Kapital möge nicht länger Rußland unterstützen. Es verlaunet ja augenblicklich, daß Rußland — wie wohl selbstverständlich — wieder mit dem Gedanken umgeht, eine neue Anleihe bei den westeuropäischen Staaten unterzubringen, und da kommt Deutschland natürlich in erster Linie in Frage. Durch die Gefälligkeit der deutschen Reichsregierung — ohne ihre Zustimmung wäre es nie möglich gewesen — ist ja erst vor einem Jahre Rußland in Deutschland eine Anleihe von 600 Millionen Mark bewilligt worden. Damals veröffentlichte der Regierungsrat Martin sein Buch: „Die Zukunft Rußlands und Japans“, in dem er die Verhältnisse Rußlands in treffender Weise darstellte und nachwies, daß die inneren Wirren zur vollkommenen Herrichtung des Reiches und in letzter Instanz zum russischen Staatsbankrott führen müßten. Aber in jener Zeit herrschte bei unserer Regierung noch die liebenswürdige Stimmung gegenüber Rußland vor. Kaum war das Buch veröffentlicht, so erschien in der „Nordd. Allgem. Zeitung“ am 8. September ein Artikel, in dem Martin sehr scharf zurechtgewiesen, seine Folgerungen als „durchaus willkürlich“ und „auf hallofen Voraussetzungen beruhend“ bezeichnet wurden. Woher man es auch für notwendig halten, zu erklären, daß das Buch ohne Wissen und Willen der Regierung veröffentlicht worden sei, so war es doch ein großer Fehler — dessen Folgen die Regierung noch auszubaden haben wird — die Beweisführung und die Folgerungen des Regierungsrats Martin für falsch und unangebracht zu erklären. (Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Buch hat damals ganz gewaltig aufsehen erregt, war von Zeitungen aller Kulturländer meist in zustimmendem Sinne zitiert worden und erzielte eine große Auflage. Neuerdings hat nun Herr Martin ein neues Buch herausgegeben, in dem er seine Kritik der russischen Zustände fortsetzt.

Ich halte es danach für dringend notwendig, von dieser Stelle aus das deutsche Publikum ausdrücklich zu warnen, falls mit Zustimmung der deutschen Reichsregierung in Deutschland wieder russische Staatsanleihen aufgelegt werden sollten, Rußland auch nur das geringste Vertrauen zu schenken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Also, was Martin in seinem Buche vorausgesetzt hat, hat sich heute vollständig bestätigt. Und all die trüblichen Ansichten auf die Gestaltung des russischen Staatslebens, die das neue Buch darstellt, werden ebenfalls durch die Entwicklung der Dinge bestätigt werden. (Vielfache Sehr wahr!) Der russische Staat ist schon heute überschuldet. Die französische Nation, die aus mangelnder Gründen dem russischen Kreditbedarf alleszeit nach Möglichkeit entgegengekommen ist, hat die fremdlichen Dienste Rußlands bisher mit 10 Milliarden Mark bezahlt. Der deutsche Vorkriegsrußland Wertes wird gleichfalls schon auf 2 1/2 Milliarden geschätzt. Der russische Finanzminister Schipow hat selbst angegeben, daß das Defizit für 1905 — 817 Millionen Rubel betragen habe und für das Jahr 1906 es auf 481 Millionen Rubel geschätzt. Wahrscheinlich ist das aber viel zu niedrig: Martin schätzt es doppelt so hoch. (Hört, hört!)

Weiter weist Martin nach, daß die russische Eisenbahn 758 Mill. Rubel Zuschuß erfordert, daß Rußland notwendigerweise Anleihen in Höhe von circa 3 Milliarden Mark aufnehmen muß. Wenn wir nun betrachten, wie gegenwärtig das ungeheure Reich durch revolutionäre Bewegungen erschüttert wird, wie die Steuerkraft der Nation auf Null gesunken ist, wird man zugeben müssen, daß allerdings die Lage Rußlands eine so traurige ist, daß Martin mit Recht sagt, Rußland stünde vor dem Staatsbankrott. Es ergibt sich für Rußland ein Ausblick in eine Zukunft, die furchtbar genannt werden muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe deshalb, daß die deutsche Reichsregierung alles aufbieten wird, um die Aufnahme neuer Anleihen in Deutschland zu verhindern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Freiherr v. Hertling hat gegen Schluß seiner Rede auch die Frage erörtert, woher es kommt, daß man Deutschland im Auslande mit Mißtrauen behandelt. Als eine der Hauptmomente hat er angeführt, daß der Umschwung, der sich in Rußland vollzieht, durch den Einfluß der Macht Deutschlands verhindert würde und daß die revolutionäre Presse des Auslandes es in erster Linie sei, die Deutschland deshalb angreife. Wir stehen gar nicht an, zu erklären, daß wir die Vereitelung des russischen Despotismus von Herzen wünschen im Interesse der Kultur, der Zivilisation und in erster Linie des russischen Volkes selbst. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Kommt Rußland auf die Bahn der Zivilisation und der Kultur, wie Hr. v. Hertling es selbst gewünscht hat, so muß das notwendigerweise auch auf die Geschichte der übrigen Staaten und ganz speziell Deutschlands von Einfluß sein. Die russische Revolution hat herbeigeführt, daß in Ungarn die Dinge jetzt ganz anders aussehen, daß in Oesterreich die Regierung das allgemeine Wahlrecht gewährt usw. Wohllich würde ein Umschwung der Dinge in Rußland auch auf die deutschen Verhältnisse von sehr erheblichem Einfluß sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber eine Mißstimmung vorhanden ist, so ist die Ursache in erster Linie in der eigentümlichen Haltung Deutschlands in der auswärtigen Politik zu finden. (Sehr richtig! links.) Auch da hat Hr. v. Hertling mit seinen Ausführungen über Italien sehr unrecht. Ich kann nur sagen, die Rede des Freiherrn v. Hertling hat in bezug auf Italien nur Del ins Feuer gießen können. (Zustimmung links.) In Italien werden seine Ausführungen einen ganz außerordentlich unangenehmen Eindruck machen (Beifällige Sehr richtig! links.) und in weiten Kreisen Italiens, der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, die Anschauung verbreiten, daß unter allen Ländern der Welt Deutschland dasjenige sei, das am reaktionärsten ist. (Beifälliger Beifall links.) Italien hat aber noch ganz andere Gründe, um seine Stellung zum Dreieck einer Revision zu unterziehen. Es hat jetzt gesehen, daß seine Interessen am Mittelmeer in Gefahr sind und daß es eines Tages von diesen seinen Lebensinteressen abgedrängt, in einen Krieg getrieben werden kann, der im Interesse seines Verbündeten liegt, dem seinigen aber nicht entspricht. Mit anderen Worten, daß der Dreieck Italiens Verpflichtungen auferlegt, die mehr und mehr mit den Interessen Italiens im Widerspruch stehen. (Sehr richtig! links.) Die Marokkoangelegenheit hat dazu beigetragen, dort die Augen zu öffnen über den Niedergang unserer Politik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Marokkonferenz hat dahin gewirkt, ein anderes Maß der Einsicht zu erzeugen, als es bisher vorhanden war. (Sehr wahr! links.)

Wenn ich den Wunsch habe, daß Deutschland Rußland gegenüber sich reserviere, so gibt es doch auf der anderen Seite einen Punkt, in dem ich wünsche, daß Deutschland im Verein mit anderen Mächten es über sich gewinne, im Interesse der Kultur und Zivilisation Rußland gegenüber zu intervenieren. Die Revolution hat zur Folge gehabt, daß viele Männer und Frauen in Prozesse verwickelt sind. Ich bin der Ansicht, daß, wenn jemand sich an revolutionären Bewegungen beteiligt, er auch die Konsequenzen seines Handelns tragen muß. Und ich habe die feste Überzeugung, daß allen den Männern und Frauen, die sich an der Revolution beteiligen, nichts ferner liegt,

als die Konsequenzen ihrer Handlungen nicht tragen zu wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist aber doch etwas ganz anderes, ob der Staat nach dem Gesetze für ihre Handlungen verantwortlich macht, oder ob er Barbaren und Grausamkeiten ihnen gegenüber betreibt. (Beifällige Zustimmung links.) Wir lesen jetzt Tag für Tag von Grewel, die gegen Männer und Frauen begangen sind. In der letzten Zeit hat ein Fall ein ganz besonderes Maß von Entsetzen in Europa verursacht. Eine junge Dame hat ein Attentat auf einen russischen Gouverneur unternommen. Das wird nach russischem Gesetz mit dem Tode bestraft. Die betreffende Dame ist sich der Konsequenz ihrer Handlung auch vollständig bewußt gewesen. Nun haben sich aber ihr gegenüber die russischen Offiziere in ganz barbarischer und bestialischer Weise benommen. Ein Schauer muß uns überkommen, wenn wir es lesen. Das ganze gestützte Europa muß beim Lesen einer solchen Schilderung aufhorchen, einem System ein Ende zu machen, das solcher Schandthaten fähig ist. Die Dame, Fräulein Spiridonowa, ist auf der Bahn transportiert und bei jeder Gelegenheit von russischen Offizieren in der schamlosesten, barbarischsten Weise mißhandelt und geschändet worden. (Bewegung.) Die Mißhandlungen gehen aus dem Bericht des Arztes hervor. Es heißt da:

„Beide Augen stark geschwollen, das eine Auge hat die Sehkraft eingebüßt. Der Mund kann nicht geöffnet werden, da die Lippen geschwollen sind. Leber dem linken Auge ist die Haut in der Gegend eines Markstrahles abgerissen. Beide Hände sind blau und geschwollen. Ebenso sind beide Füße blau und geschwollen und an verschiedenen Stellen die Haut abgerissen. Die Lungen sind stark beschädigt, infolgedessen hat ein Blutsturz stattgefunden.“

Es hat sich auch herausgestellt, daß sie mit Syphilis infiziert ist. Auf die Frage: woher? hat sie angegeben, daß sie vergewaltigt wurde und dabei wohl angefaßt sei. Der Arzt erwiderte, daß die Vergewaltigung sich jetzt nicht mehr feststellen lasse. Deshalb ist sie sich anfangs der Untersuchung energisch widersetzt habe? Sie erklärte, sie habe sich deshalb nicht unterziehen lassen, weil sie glaubte, sofort nach dem gerichtlichen Verhör hingerichtet zu werden.

Während der letzten Worte des Redners wird der Reichszanzler abwechselnd rot und blaß, wird dann ganz bleich und läßt den Kopf zur Seite sinken. Er ist ohnmächtig. Mehrere Abgeordnete und Mitglieder des Bundesrats eilen auf ihn zu. Abg. v. Bebel unterbricht seine Rede. Vizepräsident Graf Stolberg unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde. In der Pause wird der Reichszanzler aus dem Saale getragen. Nach einer viertelstündigen Pause eröffnet Vizepräsident Graf Stolberg die Sitzung wieder.

Abg. Bebel: Ich habe Ihnen das fürchtbare Bild der russischen Reaktion, der Beamten und Offiziere gezeigt. Mögen endlich die Kulturstaaten diesen Grausamkeiten ein Ende machen.

Abg. Graf Limburg-Sturum (l.) (sehr leise sprechend) will sich infolge des Unfalls des Herrn Reichszanzlers auf das notwendigste beschränken. Der Abg. Bebel sollte bedenken, daß man eine Situation der auswärtigen Politik nicht aus Glaubensbekenntnissen und Zeitungsausschnitten beurteilen kann. Ich kann der deutschen Marokkopolitik die volle Zustimmung meiner politischen Freunde aussprechen. Bedenklich ist dagegen die geplante Verfassungsänderung, die darin besteht, daß man den Reichstagsabgeordneten Däten gewähren will. Man will durch diese Maßnahme die Beschlußfähigkeit des Hauses erhöhen und die Sitzungen verkürzen. Aber ich fürchte, die Sitzungen und Sessionen werden nur noch länger werden. (Widerpruch links, Beifall rechts.)

Abg. Waffermann (natl.): Ich bedauere auf das Lebhafteste das Unwohlsein des Herrn Reichszanzlers und verbinde damit die warmsten Wünsche für seine baldige Wiederherstellung. (Beifällige Bravo!) In weiten Kreisen unserer Nation würde man es tief beklagen, wenn der Herr Reichszanzler auch nur auf kürzere Zeit sich den Geschäften fern halten müßte. Mein Wortredner hat in bezug auf unsere innere Politik den Tag ausgesprochen, daß wir uns auf absehbarer Bahn befinden. Demgegenüber betone ich, daß zweite Kreise des Volkes gerade wegen der maßvollen sozialreformatoren Tätigkeit Vertrauen zu dem Reichszanzler haben.

Bezüglich der Dätenfrage sind wohl in jeder Partei bei einzelnen Bedenken vorhanden. Wenn aber hier eine so große Mehrheit sich dafür zusammengefunden hat, unter deren Einfluß auch die verschiedenen Regierungen zu der Bewilligung von Däten geführt wurden, so hat die bittere Notwendigkeit dazu geführt, die Tatsache, daß unsere Arbeitsfähigkeit unter der Dätenlosigkeit leidet. Wo die auswärtige Politik in Frage kommt, werden sich hoffentlich die bürgerlichen Parteien wenigstens immer eine gewisse Reserve auferlegen. Die Marokkopolitik der verbündeten Regierungen billigen wir in ihrem Endziel. Man ist in Deutschland an der Teilnahme des Reiches an solchen internationalen, überseeischen Verwicklungen noch nicht genügend gewöhnt, unterschätzt daher die Schwierigkeiten, wird leicht ungeduldig und vergißt, daß nur das zähe Festhalten an jeder einzelnen Position zum Ziele führen kann. Die Schwierigkeiten sind dadurch entstanden, daß England einseitig Marokko an Frankreich veräußert hat. Das konnte Deutschland nicht dulden, es ist eingeschritten und hat damit einen Erfolg erzielt. Deshalb sind wir mit dieser Politik der verbündeten Regierungen durchaus zufrieden. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

Jaurès und andere haben darauf hingewiesen, daß es Finanzinteressen waren, die die leitenden Kreise Frankreichs auf der anfänglichen Position festlegen wollten. Tatsächlich ist aber die Einigung auf der mittleren Linie erfolgt. Was erreicht ist, darf nicht unterschätzt werden: Offene Tür, Weißbegünstigung, internationaler Charakter der Polizei. Durch den Generalinspekteur ist erreicht, daß Spanien und Franzosen von der Polizei nicht bevorzugt werden können. Vor allem ist aber durch die Marokkopolitik das erreicht worden, daß ein Wahrzeichen aufgestellt ist, daß Deutschland sich, wo seine materiellen Interessen in Frage kommen, nicht bei Seite schieben läßt. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

In Rußland sind Robetein von haben und dräben verübt worden. Dies berechtigt aber noch nicht zu einer Intervention unsererseits. — Wenn der Abg. Bebel über den „Lärm“ des „Marokko-Rummels“ geklagt hat, so sollte er bedenken, daß die vielen „Vorwärts“-Artikel ihr gut Teil dazu beigetragen haben. Die Krone wird durch einen kirchlichen „Vorwärts“-Artikel, der überschrieben ist „Pallo-Deinats I“ angeleitet. Dieser Artikel gibt einfach dem französischen Gelbbuch recht und bezieht die tschechische Marokkopolitik der Ränke. Tatsache ist doch aber, daß Delcassés Tätigkeit darauf gerichtet war, Deutschland zu brüskieren, es beiseite zu schieben und England zu helfen. Der Abg. Bebel sprach lobend vom französischen Gelbbuch. Von anderer Seite ist das Gelbbuch mit Recht als eine Tendenzschrift bezeichnet worden, aus dem wichtige Dinge weggeblieben sind.

Die innerpolitischen Verhältnisse Italiens möchte ich nicht, wie es Hr. v. Hertling getan hat, einer Kritik unterziehen; ich möchte aber betonen, daß Italiens Lage auf der Konferenz in Algieras eine schwierige war. Der russische Minister des Aeußeren hat, wie Freiherr v. Hertling zutreffend dargelegt hat, mit seiner Anweisung, Deutschland einen Rosenstüber erteilt. Das dieses Verhalten inkorrekt war, hat selbst die „Kowoje Wremja“ anerkannt. Mit dem Abg. Bebel bin ich der Ansicht, daß die Aufnahme weiterer russischer Anleihen ausgeschlossen ist. Stark sind wir nur, wenn wir im Innern eine gewisse Einigkeit erzielen. Das wird nicht möglich sein mit den Sozialdemokraten wegen ihrer antinationalen Politik. (Ironisches Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was aber das Verhältnis der bürgerlichen Parteien zu einander betrifft, so ist schon mancher Streit begraben und ein näheres Aneinanderrücken der bürgerlichen Parteien erzielt. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Möge diese Forderung der Sozialdemokratie weiter fortgeschritten! (Rufe bei den Sozialdemokraten: Wir fühlen uns ganz wohl dabei!)

Präsident Graf Kallstrem: Ehe ich das Wort weiter erteile, füge ich mich verpflichtet, Ihnen über das Befinden des Herrn Reichszanzlers zu berichten. Der Herr Reichszanzler war in den letzten Tagen sehr stark erkrankt, er war auch überarbeitet infolge der Arbeiten, die er in der letzten Zeit hatte und die wir ja alle

kennen. Gegen den ärztlichen Rat ist er heute hierher gekommen, weil er glaubte, bei der Beratung seines Falls anwesend sein und die Erläuterungen geben zu müssen, die von ihm erwartet wurden. Hier hat ihn nun infolge der Hitze ein Ohnmachtsanfall erreicht, der ziemlich tief war. Sein Arzt, Geheimrat Reubers, hat mir gesagt, daß er hofft, daß in einer bis 1 1/2 Stunden der Reichszanzler wieder ganz so sein würde, daß er sich würde nach Hause begeben können. Wir wollen alle hoffen, daß die Besserung dann anhält und er in vorzüglicher Frische und Gesundheit wiedererscheint. Das glaube ich im Namen des Reichstages aussprechen zu dürfen. (Allseitiger Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich werde mir mit Rücksicht auf die ernste Situation große Zurückhaltung auferlegen. Wir haben gar keinen Anlaß, unzufrieden zu sein, daß das Deutsche Reich bei den Abmachungen in Algieras von der Teilhaberschaft am Polizeikorps ausgeschlossen ist; denn das hätte uns finanziell große Opfer auferlegt; selbst wenn die Häfen an der Nordküste Afrikas besser wären als ihr Ruf, würde ein solcher Hafen dem Reich doch mehr Schaden bringen als Nutzen. Es genügt uns vollkommen, dort als gleichberechtigt anerkannt zu sein und dauernd die offene Tür gesichert zu haben.

Vielleicht wäre ohne die Demonstration von Tanger das Ergebnis von Algieras günstiger und leichter zu erreichen gewesen als so.

Abg. Liebermann v. Sonnenburg (Wirtsch. Vg.): Wir dürfen dem Auslande nicht Gelegenheit geben, sich über Fehler der deutschen Politik zu freuen. Deshalb müssen wir auch, selbst wenn wir mit dem Ergebnis der Konferenz von Algieras nicht zufrieden sind, nach außen so tun, als ob wir damit zufrieden seien. (Lauter Widerspruch und Heiterkeit.) Eine Verletzung des Abg. Graf Limburg-Sturum über das allgemeine Wahlrecht muß ich zurückweisen. Das allgemeine Wahlrecht ist für uns unantastbar. Wir werden das Volkswohl, das wir da haben, nicht zugunsten unübersehbarer Zukunftsziele herabmindern oder gar weggeben. — Die Vermerkungen des Abg. Bebel über die Grausamkeiten und Robetein gegen die russischen Revolutionäre hat er selbst sehr durch die Feststellung abgeändert, daß jeder verantwortlich sei für das, was er täte und daß die russische Revolutionäre sich dessen bewußt seien. Nebenfalls haben wir danach keine Veranlassung, uns einzumischen. Wenn Frau Rosa Luxemburg in Warschau verhaftet worden ist, so haben wir keine Veranlassung zu intervenieren. (Große Unruhe und stürmische Proteste bei den Sozialdemokraten — Ruf des Abg. Bebel.) Ich allerdings konnte ihr nicht helfen — edensowenig wie Sie. (Heiterkeit.) (1) Jedenfalls haben wir kein Interesse daran, jemand seiner verdienten Strafe zu entziehen! (Große Unruhe links.) Ich sehe großes Interesse aber haben wir daran, die Massen derer, die nicht bereit sind, die Folgen ihrer Handlungen zu tragen, sondern — nämlich — unser Land überschweben, möglichst rasch nach Rußland zurückzuführen. (Großer Lärm links. Stürmische Rufe: An Rußland ausliefern!) Ja, natürlich, ausliefern! (Große Bewegung links.) Oder sollen wir hier die Tätigkeit der schwarzen Bänder bei uns fortsetzen lassen? Eine Massenweisung wäre die beste Antwort auf Rußlands Haltung in Algieras. (Stürmischer Widerspruch links.) Die Leute schädigen uns, überschweben den Balkan, überschweben die Landstrassen in allen Teilen des Reiches, das Reich hat also alle Veranlassung, diese sehr lästigen Ausländer so rasch wie möglich aufzuschieben. (Starker, anhaltender Widerspruch und Lärm links.)

Abg. Schrader (fr. Vg.) spricht die Hoffnung aus, daß der Reichszanzler möglichst bald seiner Tätigkeit wiedergegeben werde. In Abwesenheit des verantwortlichen Chefs genügt es uns, sich auf das notwendigste zu beschränken. Daß die Dätenvorlage heute noch nicht gekommen ist, ist eine der üblichen Reichstagsenttäuschungen, die ich mit ärztlicher Demut hinnehme. Den Abschluß der Marokkopolitik bezweifle ich, es hätte schlimmer werden können. Wir sind keine Mittelmeermacht und werden keine werden, und das marokkanische Reich liegt so weit ab, daß wir uns nicht allzusehr dafür engagieren konnten. Geleitet hat uns die Konferenz, daß wir uns auf unsere Bundesgenossen nicht unter allen Umständen verlassen können. Richtig ist aber, daß unsere Politik sich zweier Dinge bewußt wird: Erstens, daß Deutschland und Preußen sich durch seine reaktionäre Politik die Sympathien in England, Frankreich, Italien und anderen Kulturstaaten immer mehr verfehrt. Würden wir dem Rate des Freiherrn von Hertling folgen und „christliche Politik“ treiben, so würden wir Italien, welche eine antiliberalistische Politik treibt und treiben muß, ganz den französischen Einflüssen ausliefern. Zweitens muß Deutschland eine Wirtschaftspolitik treiben, die nicht immer auf neue die anderen Staaten vor den Kopf stößt. Wir sind in mancher Beziehung in Deutschland noch in einem früheren Jahrhundert. Einig bin ich mit dem Abg. Waffermann darin, daß ich glaube, daß die bürgerlichen Parteien einig sein sollten. Ob das der Sozialdemokratie nützt oder nicht, darauf kommt es dabei nicht allein an. Wir müssen auch gegen die Sozialdemokraten gerecht sein. Will man eine solche gerechte Politik, so werden wir mit Freude dabei sein. (Beifälliger Beifall links.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.) will ebenfalls dem Umstände Rechnung tragen, daß der Reichszanzler nicht an seinem Plage sitz. Rußland ist entschieden reaktionärer als Deutschland und erstreckt sich doch des Wohlwollens der ganzen Welt! (Widerpruch links.) Algieras ist an und für sich ein Erfolg, weil künftig nicht mehr über unsere Köpfe hinweg an internationalen Verträgen geändert werden wird. Eine neue russische Anleihe bei uns würde ich sehr bedauern; denn ich bin der Ansicht, daß unsere wieder aufblühende Volkswirtschaft das Geld selbst braucht. Wir dürfen unsere Mittel nicht zerplittern. (Beifall.) Eine Vergütung der Dätenfrage mit der Wahlrechtsfrage würde ich unter allen Umständen ablehnen. Die von größter Staatsmännischer Weisheit getragenen Ausführungen des Abg. Freiherrn v. Hertling werden hoffentlich in Italien die richtige Beurteilung finden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, den Herrn Reichszanzler nach der Osterpause bei der dritten Lesung hier wieder im Hause zu sehen. (Beifall.)

Abg. Hr. v. Hertling (3.): Es ist mir in meiner Rede ein Irrtum unterlaufen. Amerika ist tatsächlich entgegen meinen Ausführungen auf der Konferenz vertreten gewesen.

Der Abg. Schrader hat meine Vermerkungen über Italien mißverstanden. Ich habe keineswegs eine deutsche Intervention in Italien befürwortet, sondern nur dazu aufgefordert, daß sich die konservativen Elemente in Italien sammeln.

Abg. Bebel (Soz.):

Es ist nicht meine Absicht, auf alles einzugehen, was behauptet ist, ich will mich auf wenige Bemerkungen gegenüber dem Abg. Graf Limburg-Sturum und dem Abg. Liebermann v. Sonnenburg beschränken. Der Abg. Graf Limburg-Sturum hat wieder seinem Unmut und seiner Feindschaft gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht Ausdruck gegeben. Wie er und seine Freunde zum Wahlrecht stehen, wissen wir ganz genau. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich aber ein so ausgeprägter Gegner dieses Wahlrechts wäre, würde ich es für unter meiner Würde halten, mich auf Grund dieses Wahlrechts in dieses Haus wählen zu lassen. (Beifälliger Beifall links.)

Der Abg. Liebermann v. Sonnenburg ist über meine Rede enttäuscht gewesen. Er hat offenbar geglaubt, daß ich die Absicht hätte, die Intervention der deutschen Regierung zugunsten derjenigen Personen anzurufen, die nach Rußland gegangen sind, um sich an der dortigen revolutionären Bewegung zu beteiligen. Als ich das aber nicht tat, sondern hervorhob, daß jeder, der sich an der revolutionären Bewegung beteiligt, auch die Konsequenzen seines Tuns zu tragen hätte, war er etwas betroffen; denn er hatte offenbar angenommen, ich würde jetzt den Reichszanzler zugunsten meiner Genossin Rosa Luxemburg anrufen. Solange aber meine Genossin dort menschlich und anständig behandelt wird, so lange ihre Verhandlung sich streng in den gesetzlichen Grenzen hält, werden wir eine solche Intervention nicht anrufen. Das ändert sich aber in dem Augenblicke, in welchem das Vorgehen gegen sie ein brutales, rohes und ungefehltes werden würde; dann würden

wir verlangen, daß von der deutschen Regierung auch zugunsten einer Sozialdemokratie interveniert wird. Das ist ganz selbstverständlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber bis zu diesem Augenblicke hat sie keinen Grund, über die Behandlung, die ihr widerfährt, zu klagen. Allerdings weiß sie selbst noch nicht, wozu man sie bezieht. Möglicherweise will man sie längere Zeit in Untersuchungshaft halten und dann entlassen. Jedenfalls werden wir die Angelegenheit genau verfolgen und in dem Augenblicke, in welchem wir glauben, das Recht dazu zu haben, die Intervention der Regierung anzufragen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Dann hat der Abg. Liebermann von Sonnenberg gemeint, die Regierung solle die russischen Flüchtlinge ausweisen. Ich erwarte aber, daß die Regierung sie aus dem einzigen Grunde, daß es sich um russische politische Flüchtlinge handelt, nicht des Landes verweist. Dazu hat die Regierung kein Recht. Bisher hat es in der ganzen Kulturwelt bei allen Staaten als Pflicht des Anstandes gegolten, daß man politischen Flüchtlingen gegenüber das Asylrecht wahret. (Sehr richtig!) Und Herr Liebermann v. Sonnenberg, Sie sind noch nicht alt genug, um zu wissen, ob Sie nicht auch noch einmal in die Lage kommen können, das Asylrecht in jedem Lande, das Asylrecht des politischen Flüchtlinge zu wahren, so lange er nicht gegen die Gesetze des Landes verstößt. Aber das ganze Unverständnis und Unvermögen des Herrn v. Liebermann, über politische Dinge zu urteilen, zeigt sich, wenn er — wie er meint: um Ausland zu schaffen — an die deutsche Regierung das Verlangen stellt, die politischen Flüchtlinge an Ausland auszuliefern. Aber damit würden Sie ja der russischen Regierung einen großen Gefallen erweisen, also das Gegenteil dessen erreichen, was Sie nach Ihren Ausführungen erreichen wollen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Er will ja Ausland gar nichts Böses tun!) Das sind eben die zwei Seelen in seiner Brust, im Grunde genommen ist er Russe mit Leib und Seele, eine echte Kosakenatur. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dah Herr Liebermann von Sonnenberg ein Reaktionsär ist, hat er ja bei der heutigen Beratung der Anträge betreffs des Vereins- und Versammlungsgesetzes deutlich gezeigt. Herr v. Liebermann hat Eigenschaften, die den Wohlwollenden aller anständigen Menschen in der ganzen Kulturwelt widersprechen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.): Es werden wöchentlich 50 bis 60 russische Juden ausgewiesen, weil sie sich gegen die Gesetze vergangen haben. Ich glaube im Interesse der in Deutschland angeführten Juden zu handeln, wenn ich die möglichst baldige Zurückführung der russischen Juden in ihre Heimat verlange. (??) Die erregten Äußerungen des Abgeordneten Bebel zum Schluß seiner Rede geben mir das erfreuliche Bewußtsein, daß ich mich auf dem richtigen Wege befinde. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Als Herr Bebel in seiner ersten Rede den Satz aussprach, daß jeder für das verantwortlich ist, was er tut, bin ich hin- und hergegangen, und als ich wieder hereinkam, da nahm ich an, er hätte inzwischen sich für Rosa Luxemburg ins Zeug gelegt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich gebe zu, daß ich mich geirrt habe, was Sie (zu den Sozialdemokraten) ja nicht zugeben. Aus den Äußerungen des Abgeordneten Bebel geht hervor, daß seine Partei auch gar keine Sehnsucht nach Rosa Luxemburg hat. (Heiterkeit.) Ich bedauere, daß der Abgeordnete Bebel keine Spur von Humor hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Bedauern Sie sich selbst!) Der Abgeordnete Bebel hat mich als Russe bezeichnet. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Kosak!) Nun, die Kosaken sind eine treue, zuverlässige, dem Kaiser von Rußland stets dienfertige Schar. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn alles draunter und drüber geht. Und wenn ich als Kosak in der Lage wäre, gegen die Sozialdemokraten einzuhauhen, so wäre ich gleich dabei. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls will ich lieber innerlich Kosak sein als Herero!

Abg. Bebel (Soz.): Daß der Abg. Liebermann v. Sonnenberg einhauen würde, glaube ich. Er würde sogar roh und brutal einhauen, wenn er nur könnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er hat jetzt selbst zugestanden, daß er gegen etwas polemisiert hat, wozon er wußte, daß ich es nicht gesagt habe. Das zeigt seine Gewissenhaftigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es liefert auch einen Beleg für seine neue Erklärung, daß er sich stets streng an die Wahrheit halte. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Seine Bemerkung über unsere Genossin Luxemburg zeigt die Art seiner Gemütsverfassung. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darmit schließt die Diskussion. Der Etat des Reichsanzlers und der Reichskanzlei wird bewilligt.

Es folgt der

Etat des Auswärtigen Amtes.

Abg. Bassermann (natl.) wünscht Auskunft über die Richtentschädigung deutscher Firmen infolge von Verlusten durch den Burenkrieg.

Abg. Bebel (Soz.):

Am 11. September v. J. ist der Holländer

Domela Nieuwenhuis

in Köln verhaftet worden. Von Rechts wegen hätte innerhalb 24 Stunden ihm mitgeteilt werden müssen, weshalb die Verhaftung erfolgt ist. Im Widerspruch mit unserem Gesetz hat er aber die Zeit vom 11.—22. September im Polizeigefängnis in Köln zubringen müssen, ohne nur eine Ahnung zu haben, weshalb er verhaftet ist. (Hört! hört! links.) Meine Partei nahm darauf Veranlassung, ihm einen Rechtsanwalt zur Verfügung zu stellen. Durch dessen Vermittelung wurde ihm mitgeteilt, daß er verhaftet sei, weil er vor 15 Jahren Landesverweisung war. Die Angelegenheit nahm nunmehr ein rasches Tempo an. Am 27. September erfolgte die Verhandlung vor dem Schöffengericht Köln, von dem er zu fünf Tagen Haft verurteilt wurde. Trotzdem ward er nach Verbüßung der Strafe nicht freigelassen, sondern von der Polizei im Gefängnis gehalten. Die Briefe, in denen er sich deswegen bei seinem Rechtsanwalt beschwerte, sind nicht abgeliefert. Nieuwenhuis hat dann an den Minister des Innern telegraphiert und ist darauf auch auf telegraphische Anweisung freigelassen worden. Hier liegt eine offensbare schwere Rechtsverletzung vor, ein Amtsmissbrauch und ein Freiheitsraub. Es kann unmöglich zugegeben werden, daß der Polizeipräsident in Köln nicht gewußt hätte, welche Verpfichtung er zu erfüllen habe. Ich möchte fragen, ob es dem Staatssekretär bekannt ist, daß die Staatsanwaltschaft wegen dieses Verbrechens des Polizeipräsidenten von Köln gegen einen auswärtigen Staatsangehörigen diesen zur Verantwortung gezogen hat. Wenn ein Beamter unter

Anklage kommt, dann wird in neun von zehn Fällen der Dolus verneint. Keinem meiner Parteigenossen, einfachen Arbeitern, ist bisher das Gleiche zugebilligt worden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Polizeipräsident dagegen ist doch kein gewöhnlicher Beamter, dem man zumuten könnte, daß er das Gesetz nicht kennt. Einer der höchsten Staatsbeamten kann doch nicht in unklaren darüber sein, was für eine Gewalttat hier vorliegt. Es ist das denkbar Schrecklichste, was man diesem 60jährigen Manne, der in geordneten Verhältnissen lebte, antun konnte. Kann man sich etwas Schlimmeres vorstellen in einem sogenannten Kulturstaate? Dem entspricht der Eindruck, den dieses Vorgehen im Auslande gemacht hat. Ich bin überzeugt, daß Nieuwenhuis, wenn er französischer oder englischer Staatsangehöriger gewesen wäre, viel glimpflicher behandelt worden wäre; dem Kleinstaat Holland gegenüber glaubte man sich aber so etwas erlauben zu können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht gibt der Staatssekretär uns Aufklärung darüber, ob die holländische Regierung nicht Schritte deswegen getan hat. In der holländischen Kammer wenigstens hat die Sache ein Nachspiel gehabt. Dort ist der preussischen Regierung ganz gehörig die Wahrheit gesagt worden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Franke: Die Auslieferung des Herrn Domela Nieuwenhuis hat sich in der Tat verzögert, weil wir nicht gewußt haben, ob die holländische Regierung den Herrn übernehmen würde. (Große Heiterkeit.) Die Angelegenheit ist durch mehrere Instanzen hindurchgegangen, aber nach Möglichkeit beschleunigt worden. (Erneute Heiterkeit.) Die holländische Regierung hat sich mit der von uns gegebenen Auskunft vollständig zufrieden gegeben.

Das Verfahren über die Entschädigungsansprüche deutscher Firmen im Kaplande schwebt noch. Hoffentlich wird es günstig verlaufen.

Abg. Bebel (Soz.):

Dürftiger als die Antwort des Geheimrats Franke kann überhaupt keine Antwort ausfallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Auskunft der deutschen Regierung der holländischen gegenüber ist so beschaffen, wie man sie eben nur einem Kleinstaat gegenüber geben kann, dem man alles bieten zu dürfen glaubt. Die Sache soll sich deshalb solange hingezogen haben, weil man nicht wußte, ob Holland den Herrn Nieuwenhuis wieder übernehmen würde. Ja, war denn Nieuwenhuis ein Verbrecher? Er war ein anständiger Mann aus guter Familie, früher protestantischer Pfarrer, lange Zeit Abgeordneter usw. Die Verhaftung erfolgte nur wegen Liebertretung eines vor 15 Jahren erfolgten Ausweisungsbefehls! 12 Tage hat man ihm festgehalten, ohne daß er wußte, wozum es sich handelte. Wie war dies nur möglich? Ueber Domelas Persönlichkeit, Geschichte und Vorleben ist der Polizeipräsident in Köln genau so unterrichtet wie ich selbst. Wenn solchem Manne gegenüber schon im Widerspruch mit dem Gesetz verfahren wird, wie wird man es dann mit einem armen Teufel machen, der keinerlei Rücksicht, keinen Rechtsanwalt hat, vollständig ohne Hilfsmittel ist und vielleicht nicht einmal der deutschen Sprache mächtig? Das eröffnet geradezu ungeheure Perspektiven für die Behandlung der Ausländer in Deutschland. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Kommissar hat es als einen Irrtum meinerseits bezeichnet, daß Engländer und Amerikaner besser behandelt würden. Wenn das wahr ist, so würde es nur zeigen, wie es Deutschland macht, um sich im Auslande „Freundschaft“ zu erwerben. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Die englische Regierung hätte im Falle einer solchen Verfolgung wegen der politischen Gesinnung in dem zu Unrecht im Ausland festgehaltenen Engländer nicht den Anarchisten gesehen, sondern den Staatsbürger geschützt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Leider scheint die holländische Regierung nicht so gehandelt zu haben. Aber dadurch wird auf keinen Fall der Vorgang gerechtfertigt. Ich bleibe dabei, daß ein solches Vergehen des Kölner Polizeipräsidenten vorliegt, und wenn noch Recht und Gesetz in Deutschland besteht, muß er zur Verantwortung gezogen werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Franke: Dem Kölner Polizeipräsidenten war auch nur bekannt, daß Nieuwenhuis ein Anarchist sei. Deshalb wurde seine Ausweisung beschlossen, nicht wegen Bamberges. Erst nachdem er als Anarchist verhaftet worden war, stellte sich heraus, daß er schon einmal ausgewiesen worden war. Er wurde also vor Gericht gestellt und bestraft. Herr Nieuwenhuis hätte aber vorstichtiger gehandelt, wenn er nicht nach Deutschland gekommen wäre. (Stürmischer Gelächter links.) Die Verfehlungen eines preussischen Polizeipräsidenten gehen das Auswärtige Amt nichts an. (Erneutes Lachen links.) Wenn der Polizeipräsident von Köln eine Verfehlung begangen hat, so kann ich den Herren nur anheimgeben, die Sache bei der Kölner Staatsanwaltschaft anhängig zu machen. (Lachen links.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Es ist wirklich keine Schmeichelei für Deutschland, von einem Manne, der vor fünfzehn Jahren einmal ausgewiesen worden ist, zu sagen: er läßt vorhiniger daran, nicht einmal auf der Durchreise durch Deutschland zu kommen. Von zivilisierten Staaten kann ein Ausländer derartiges nicht erwarten. Aber Domela Nieuwenhuis hatte die deutsche Regierung richtiger — tiefer eingeschätzt. Er hatte vorher bei einem deutschen Rechtsanwalt angefragt und die Auskunft erhalten, es sei gar nicht daran zu denken, daß ihm wegen dieser alten Geschichte noch Schwierigkeiten gemacht würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Regierung steht also so tief in Bezug auf die Aufnahme Fremder, wie eigentlich selbst in Deutschland niemand erwartet hätte. Nichts Charakteristischer auch als die Äußerung des Herrn Bevollmächtigten: „Die Person Domela Nieuwenhuis war mir nicht bekannt.“ Wer die Geschichte der europäischen Politik in den letzten Jahren verfolgt hat, muß darüber unterrichtet sein, welche Rolle Domela Nieuwenhuis lange Zeit in der inneren Politik unseres Nachbarlandes gespielt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Insofern gibt es keine schärfere Verurteilung für den engherzigen, kleinsten Bürokratengeist unserer Reichsverwaltung (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) als die Äußerung des Reichskommissars, von dem man doch nach seiner Erscheinung annehmen muß, daß er zu Zeit der Wirkamkeit von Nieuwenhuis schon die Schulbank verlassen hatte. (Heiterkeit und Sehr gut! d. d. Soz.) Er sagte, Nieuwenhuis sei als Anarchist verhaftet worden. Die deutsche Polizei scheint von jedem Anarchisten anzunehmen, daß er Bomben schmeißt und mit Dynamitpatronen um sich wirft. (Heiterkeit.) Jeder Anarchist gilt sofort für einen Terroristen. Das zeigt, mit welcher Nachlässigkeit, mit welcher schematischer Methode die Bürokratie auch solche Dinge behandelt. Wenn der Kölner Polizeipräsident durch eine solche Aktion die Ver Stimmung

gegen Deutschland erhöht, dann genügt es wirklich nicht, achselzuckend zu sagen: „Der königlich preussische Polizeipräsident gehört nicht in unser Ressort.“ (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Franke: Ich begreife nicht, wie man dem Hellen Nieuwenhuis eine solche Bedeutung beimessen kann. Was ich von ihm weiß, ist das, was auch der Polizeipräsident von Köln von ihm weiß, nämlich daß er Anarchist ist. Im übrigen erkenne ich ein Asylrecht von Anarchisten nicht an und auch nicht ein Asylrecht von solchen Personen, die ausgewiesen sind. (Zurufe: Ist das alles?)

Abg. Weiser (Z.): Das Ausweisungsgesetz gegenüber lästigen Ausländern steht jeder Regierung zu, die französische Regierung hat ja auch den Kollegen Delfor ausgewiesen. Wenn aber jemand vor seiner Ausweisung mehrere Wochen in Haft gehalten wird, so muß dazu ein besonderer Rechtsgrund vorliegen. Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen ist Nieuwenhuis in Haft gewesen? Damit kommt der Regierungskommissar nicht durch, daß er sagt, man wußte noch nicht, ob die ausländische Regierung Nieuwenhuis übernimmt. Hat man diese Frage auch aufgeworfen, als die preussische Regierung Jesuiten und die elsass-lothringische Regierung barmherzige Schwestern auswies? (Hört! hört! im Zentrum.) Man scheint doch verschieden zu verfahren, je nachdem es sich um Anarchisten oder um barmherzige Schwestern handelt. (Beifall im Zentrum.)

Darmit schließt die Debatte.

Der Titel „Behalt des Staatssekretärs“ wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats des Auswärtigen Amtes ohne Debatte.

Der Etat des Reichsfinanzamtes wird mit der von der Kommission beantragten Erhöhung des Witwen- und Waisen-Versorgungskapitals aus den Pösten ohne Debatte genehmigt, ebenso der Etat der Reichskasse.

Es folgt der Hauptetat. Die Etatsreste und der Ergänzungsetat werden bewilligt, ebenso das Etatsgesetz, zu dem folgende Resolution der Kommission angenommen wird: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die in der Denkschrift zum Hauptetat für 1901 niedergelegten Grundsätze über die Aufstellung des außerordentlichen Etats einer Revision zu unterziehen, die Bedürfnisse des außerordentlichen Etats stärker zu begrenzen und enger zu umschreiben und künftig bei Etatsaufstellungen hiernach verfahren zu wollen.“

Darmit ist die zweite Beratung des Etats erledigt.

Präsident Graf Ballestrem schlägt dem Hause vor, die nächste Sitzung abzuhalten: Dienstag, den 24. April, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung: „Gesetzesentwurf betr. Entlastung des Reichsinvalidenfonds, betr. Wohnungsgeldzuschuß, Servistarif und Naturalleistung“ und schließt die Sitzung. Danach bemerkt er noch unter allgemeiner Heiterkeit: „Ich habe die Sitzung geschlossen, ohne Ihnen ein frohliches Fest und eine recht gute Erholung zu wünschen. Ich hole dies hiermit nach.“

Schluß 4 1/2 Uhr.

Generalversammlung der Steinarbeiter.

Dritter Sitzungstag.

Die Kommission macht den Vorschlag, daß weitere fünf Gauleiter angestellt werden sollen, und zwar für Elsaß-Lothringen und Schwarzwald mit Sitz in Straßburg; Pfalz, Oberrhein, Rautbrunnengebiet mit Sitz in Mannheim; Rheinland, Westfalen, Teiler Gebiet mit Sitz in Köln; Bremer Gebiet, Meißner, Teutoburgerwald, Harz mit Sitz in Hannover, und endlich für Sachsen, für das der Vorstand den Sitz zu bestimmen hat. Das Gehalt der Gauleiter wurde auf 1800 M., der Wohnungszuschuß auf 100 M. festgesetzt. Die Stellen sind auszuscheiden und durch den Vorstand zu besetzen. Die Änderung der Gauen wird dem Vorstand überlassen. Diefem Vorschlag wurde nach kurzer Debatte zugestimmt, und zwar in namentlicher Abstimmung mit 63 gegen 9 Stimmen. Durch diesen Beschluß sind 25 Anträge erledigt.

Der Vorstand wird ermächtigt, in Orten, wo die Verhältnisse es erfordern, Ortsbeamte anzustellen. Die Gauleiter sollen auf Verbandskosten dem Verbandstage mit beratender Stimme beizuwohnen können.

Gaulenferenzen sollen dem Vorstand vier Wochen vorher angezeigt werden, damit der Vorstand auf deren Beratungen Einfluß gewinnt.

Hierauf wird in die Beratung von Streiks und Tarife eingetreten. Der Referent Staudinger hob hervor, daß die Tarife nicht das Allheilsmittel sind, und den Standpunkt, daß die Tarife Verfehlungsdocumente im Klassenkampfe seien, könne er als richtig nicht anerkennen. Tarife werden von den Unternehmern bekämpft; sie haben nur dann Bedeutung, wenn eine machtvolle Organisation hinter den Arbeitern, die Tarife abschließen, steht. Er empfehle Tarifabschlüsse aber nur unter der Bedingung, daß der Klassenkampf nicht verlegt werde. Mit Tarifen, wenn sie auf größere Gebiete abgeschlossen, lasse sich die Lohnrückerei und die Schmutzkonturrenz bekämpfen. Namentlich werden dann Lohnkämpfe nicht so häufig und heftig eintreten. In einer Resolution empfiehlt er folgende Gesichtspunkte: Das Altschulsystem zu bekämpfen und für den Zeitlohn einzutreten, die Tarife einseitiger zu gestalten, und hat der Vorstand zu diesem Zweck Einheitsstarife für die drei Hauptgruppen: Sandstein, Granit- und Marmorindustrie aufzustellen, die auch die technischen Fragen regeln. Die Gültigkeitsdauer darf zwei Jahre nicht übersteigen. Bei längerer Dauer ist ein jährlicher Lohnzuschlag vorzusehen. Zur Schlichtung von Differenzen sind paritätische Kommissionen einzusetzen. Die Tarife sollen auf größere Bezirke abgeschlossen werden. Zum Schluß wird ausgeführt:

„Im Prinzip hat der Verbandstag die Ueberzeugung, daß durch Abschließung von Tarifverträgen der Klassenkampfstandpunkt unserer Organisation nicht verwischt wird, denn die bisherige Erfahrung lehrt, daß die Arbeiterschaft erst überhaupt durch den geführten Klassenkampf zu solchen Verträgen gekommen ist.“

Die folgenden Redner teilten zumeist die Anschauungen des Referenten. Nur wurde das Verhalten des Vorstandes bei verfehlenden Lohnkämpfen getadelt, namentlich daß er auf Abbruch von Streiks dränge, Ausfertigungen nicht gleich anerkannt habe und Meinungsverschiedenheiten darüber eingetreten seien, ob es sich um Angriffs- oder Abwehrstreiks gehandelt habe. Vom Vorstand wurde wieder gefordert, daß die Lohnkämpfe temporär ohne Vorbereitungen aufzutreten, der Vorstand meist ohne Bericht bleibe und man baldstärk gegen Maßnahmen des Vorstandes und seine Vorschläge sei.

Die Debatte wurde abgebrochen und auf Donnerstag vertagt.



Sunlicht Seife

ist bei höchster Reinigungskraft frei von allen schädlichen Bestandteilen

Eine weiße Seife (Schülerseife) von außerordentlicher Reinigungskraft kann man sehr billig — des Pfund für nur 2-4 Pfg. — auf folgende Weise herstellen: Man nimmt 1/2 Doppelstück Sunlicht Seife, schabt es zu Schutzeln und löst diese in 1-1 1/2 Liter Wasser durch fleißiges Umrühren auf. Ein Viertel Liter dieser weichen Sunlicht Seife einem Eimer Wasser zugesetzt, ist vorzüglich zum Reinigen von Geschirr, Silberzeug, Bilderrahmen, Küchengeräten, Fussböden etc., weil sie die Malereien und Vergoldungen erhält und aufräumt. Uebersetzen Sie sich bitte!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5 Fernsprecher: Amt IV 9679.
 Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV 3353.

Sonnabend, den 7. April 1906, abends 8 Uhr:
Bezirks-Versammlung
 für Friedrichshagen

im Lokale von Pötznick, Friedrichstraße 114.
 Tages-Ordnung: 1. Die Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften. Referent: Kollege Hanske. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Ehrenpflicht aller organisierten Metallarbeiter und Arbeiterinnen ist es, diese Versammlung pünktlich zu besuchen.

Sonntag, den 8. April, vormittags 10 Uhr:
Versammlung d. Bananschlager

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 1:
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ahrens über: „Die soziale Gleichgültigkeit“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 8. April 1906, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der Schmiede Berlins und Umgegend

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal III.
 Tages-Ordnung: 1. Wahl der Branchenvertretung und Agitationskommission. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. 116/1

Sonntag, den 8. April 1906, vormittags 10 Uhr:
Versammlung

aller auf planpolierte Zink- u. Kupferplatten beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.
 im Lokale von Nothke, Gussfadenstraße 40.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Welche Schritte unternehmen wir, um unsere Lage einheitlich zu verbessern? 3. Wahl einer Lohnkommission. 4. Verschiedenes.
 Kollegen! Um gegen die unhaltbaren Zustände einzelner Betriebe einen wichtigen Protest einzulegen und einen durchschlagenden Erfolg erzielen zu können, erscheine jeder Berufscollege in dieser Versammlung.

Sonntag, den 8. April 1906, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der Werkzeugmacher Berlins u. Umg.

in den „Musiker-Festlokalen“, Kaiser-Wilhelmstr. 18 m.
 Tages-Ordnung: 1. Branchenangelegenheiten, Ersatzwahl zur Agitationskommission. 2. Abrechnung der Sammlung für den Kollegen D. Jung. 3. Verschiedenes.
 Kollegen! Wir laden zu dieser Versammlung ganz besonders alle diejenigen Kollegen ein, welche sich an obiger Sammlung beteiligt haben, da wichtige Beschlüsse betr. derselben gefasst werden sollen.
 Die Agitationskommission der Werkzeugmacher.
 NB. 19. Mal, Germania-Prachtäle, Chausseestr. 103; Werkzeugmacher-Ball.

Sonntag, den 8. April 1906, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der Werkzeugmacher Berlins u. Umg.

in den „Musiker-Festlokalen“, Kaiser-Wilhelmstr. 18 m.
 Tages-Ordnung: 1. Branchenangelegenheiten, Ersatzwahl zur Agitationskommission. 2. Abrechnung der Sammlung für den Kollegen D. Jung. 3. Verschiedenes.
 Kollegen! Wir laden zu dieser Versammlung ganz besonders alle diejenigen Kollegen ein, welche sich an obiger Sammlung beteiligt haben, da wichtige Beschlüsse betr. derselben gefasst werden sollen.
 Die Agitationskommission der Werkzeugmacher.
 NB. 19. Mal, Germania-Prachtäle, Chausseestr. 103; Werkzeugmacher-Ball.

Sonntag, den 8. April 1906, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der Werkzeugmacher Berlins u. Umg.

in den „Musiker-Festlokalen“, Kaiser-Wilhelmstr. 18 m.
 Tages-Ordnung: 1. Branchenangelegenheiten, Ersatzwahl zur Agitationskommission. 2. Abrechnung der Sammlung für den Kollegen D. Jung. 3. Verschiedenes.
 Kollegen! Wir laden zu dieser Versammlung ganz besonders alle diejenigen Kollegen ein, welche sich an obiger Sammlung beteiligt haben, da wichtige Beschlüsse betr. derselben gefasst werden sollen.
 Die Agitationskommission der Werkzeugmacher.
 NB. 19. Mal, Germania-Prachtäle, Chausseestr. 103; Werkzeugmacher-Ball.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Die Mitglieder der in der Zentrums-Vertrauensmänner-Versammlung gewählten Wahlkommission werden ersucht, heute um 7 1/2 Uhr sich auf dem Bureau einzufinden.

Einsetzer!

Sonntag, den 8. April, vorm. 9 Uhr, in den bekannten Lokalen:
Bezirks-Versammlungen.

Tages-Ordnung: 1. Unser Vertrauensmänner-System. 2. Machen wir diesen Sommer eine Dampfparade? 3. Abstimmung über die Gehaltsregelung unserer Ortsbeamten. Hierzu hat jeder Kollege sein Recht mitzubringen. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. 4. Verschiedenes.
 Die Zahl der roten Karte werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Rückzahlung der Unterstüßung jeden Sonnabend abends von 7-9 Uhr im Gewerkschaftshaus (Restaurant) stattfindet. 80/12 Der Obmann.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Rummelsburg.

Sonntag, den 2. April, nachmittags 2 Uhr, im Saale der Ww. Weigel, Türschmidtstr. 45:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des ersten Kassierers und Bibliothekars. 4. Vereinsangelegenheiten. 8/3
 Ohne Mitgliedsbuch keinen Eintritt.
 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschl. Zweigverein Berlin.

Freitag, den 6. April cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15:
Mitglieder-Versammlung
 der Abteilung der Putzer.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über Organisation und Agitation. Referent: Kollege Meise. 2. Diskussion. 3. Aufnahme von Mitgliedern. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. 129/15 Der Vorstand.

Achtung! Asphaltteure, Pappdachdecker

Die am 25. März in der Mitglieder-Versammlung gewählte Lohn-Kommission hat zum Sonntag, den 8. April, vormittags 10 Uhr, in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 46/47, eine
Versammlung
 einberufen. 291/7
 Tages-Ordnung: Der Lohnstarif für unser Gewerbe usw.
 Es ist Pflicht aller Kollegen, auch der Nichtorganisierten, zu erscheinen.
 Die Lohnkommission. (E. Gensfel.)
 Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Achtung! Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.
 Freitag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:
Außerordentliche Generalversammlung
 aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Sektionen.

Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung von der am 4. März stattgefundenen Gaukonferenz. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum 1. Mal. 4. Verschiedenes. 143/2
 Mitgliedsbuch ist mitzubringen, ohne dasselbe kein Eintritt.
 Der wichtiger Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Zweigvereinsvorstand. J. A.: Emil Thöns.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Filiale Berlin. Telephon: Amt IV, Nr. 9720.
 Sonnabend, den 7. April, vormittags 11 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hofenstraße 108-114:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Unsere Lohnbewegung.
 Die Ortsverwaltung. 20 i e h.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 8. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:
 Vortrag von Frau Dr. Sußmann über: „Moderne Erziehung“.
 Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz. 4/13*
 Eintritt 20 Pf. inkl. Garderobe.

Mächtige Bundesgenossen

im Kampf gegen die noch immer herrschende Fleischsteuerung findet die Hausfrau in Knorr's Suppentafeln und Erbswürst, aus denen sich nur mit Wasser kräftige Fleischbrühsuppen in wenigen Minuten herstellen lassen. Verlangen Sie bei Ihren Lieferanten ausdrücklich: Knorr's Suppentafeln und Erbswürst!

H. Zimmermann
 Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
 Gold- und Silberwaren-Fabrik,
 Uhren-Großhandlung. 277L*
 Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
 Strong reell. — Billigste Preise.

Moerner's Blumengarten
 Ober-Schöneeweide
Dampferstation Stern
 empfiehlt sich zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeder Art.
 2 große Säle. — 3 Familien-Kaffee-Kochküchen.

Waren Sie schon mal in der Berliner Schweiz (Gefährlich gefährt)
 dem Zwickbush und Gosener Bergen?
 Größtes Vergnügungslokal mit eigenen Waldungen, Tälern und Bergen am Seebüsch. Kaj herrlichen Badewegen und Promenaden vom Bahnhof Schmiedewitz in 1 Stunde zu erreichen. 10000
 Die beliebtesten Sonntags-Extrafahrten
 Keuderei Nobiling (Restaurant zum Schutthelb a. d. Jannowbrücke)
 ausgeführt: Abfahrt am Karfreitag 10 Uhr früh. 10000
 Fahrpreis: Hin- und zurück 50 Pf., Kinder 30 Pf. An den Osterferienagen
 9 Uhr früh u. 2 Uhr nachm. Hin- u. zurück 75 Pf., Kinder 50 Pf. Rückf. zw. 6 u. 7 Uhr ab.
 Außerdem halte mein Lokal den geehrten Vereinen, Gewerkschaften, Lehranstalten
 zu allerlei Ausflügen warmstens empfohlen.
 Hermann Gärtner, Inhaber und Begründer.

Möbelfabrik.
 Die besten und billigsten
Wohnungs-Einrichtungen
 kaufen Sie bei 181L*
Julius Apelt, Tischlermeister,
 Berlin SO., Skaltitzerstraße 6, am Kolbuser Tor.
 Für bestes u. trockenes Material garantiert!
 Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

General-Versammlung der Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Kasse d. Lederzüricher
 Berlin (E. S. Nr. 50)
 am Sonntag, den 15. April, vormittags 10 Uhr, Weinstr. 11, bei Feind.
 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1906. 2. Geschäftliches. Der Vorstand.
 10345 J. A.: Gustav Baffe.

„Vorán II“
 Produktiv- u. Einkaufsgenossenschaft d. „Berlin Arbeiter-Radfahrer-Vereins“ (Arbeiter-Radf.-Bund „Solidarität“).
 Dienstag, 10. April, abds. 9 Uhr:
General-Versammlung
 im Restaurant „Elysium“, Landsberger Allee 40.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers. 3. Bericht des Geschäftsführers. 4. Geschäftliches.
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.
 106/19 Der Vorstand.

Pinol
 An allen Orten werden Verkaufsstellen errichtet.
 Vertreter gesucht.
 Gebrüder Krayer, Mannheim.

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN

 Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:
 Gambrinusbräu (Münchener)
 Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
 Faß-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5063.
 Flaschen- „ Frieden-Straße 93. T. VII. 1670.
 Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 278L*

Hammel-Zentrale

 Hammelfleisch-Verkauf nach Pariser Art
Dresdenerstraße 17
 vis-a-vis Tamaschke. 538L*

PROBLEM
 Cigaretten
 übertreffen Importen
 Beste deutsche Fabrikate
 Ueberall zu haben.

Charlottenburg.
 Anfertigung feiner Herren-Garderoben n. Maß
 Gr Stofflager in engl. u. deutsch. Stoffen nur erstklass. Fabrikate. Garantie guter Sitz. Solide Preise.
Karl Ehring,
 Schneidermeister, 752L*
 Leibnizstr. 75, parterre, nahe der Kantstraße.

Möbelfabrik.
 Die besten und billigsten
Wohnungs-Einrichtungen
 kaufen Sie bei 181L*
Julius Apelt, Tischlermeister,
 Berlin SO., Skaltitzerstraße 6, am Kolbuser Tor.
 Für bestes u. trockenes Material garantiert!
 Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Revolution in Rußland.

Weiherwedel und Ordenskreuz gegen die Revolution.

Die Nr. 13 des „Sonntagsblattes für die Diözese Trier und Westdeutschland“ vom 1. April gibt bekannt, daß Reiseerleichterungen für katholische Geistliche und Missionare nach Rußland eingeführt worden sind. — Eine Wirkung der Revolution! Nicht wahr? Immerhin doch ein Fortschritt, ein Anfang von Toleranz gegen Andersgläubige, wenn auch noch nicht gegen Ungläubige! — so möchten naive Gemüter vermerken. — Aber wie grausam werden sie enttäuscht, die meinen konnten, auch nur eines solchen Fortschrittes sei das, was man die russische Regierung nennt, fähig gewesen. Nicht, weil sie keine Furcht mehr vor der Römische schwarzer Schar hat, nicht weil sie ihren Untertanen selbst die Entscheidung überlassen will, ob griechisch, ob römisch-katholisch ihnen genehmer sei, sondern als Hilfstruppen gegen die Revolution sollen die Sendboten Roms nunmehr in Mitternachts Rußland, das „rechtgläubige“, einziehen dürfen.

Das Blatt schreibt nämlich: „Seitens des russischen Bizekonsuls zu Thorn wird der „Gazeta Torunsk“ folgendes mitgeteilt: Ausländischen katholischen Ordensgeistlichen war bis jetzt bekanntlich der Eintritt nach Rußland verboten. Nunmehr hat die russische Regierung die Verfügung getroffen, daß katholische Ordensgeistliche und Missionare unter folgenden Bedingungen nach Rußland fahren dürfen und anstandslos, ohne vorherige Genehmigung des russischen Ministers des Innern, das Visum ihrer Pässe erhalten können: 1. Wenn sie sich genügend als katholische Ordensleute und Missionare legitimieren; 2. der Zweck ihrer Reise nach Rußland Propaganda gegen die agrarischen und sozialistischen Bewegungen ist; 3. sie in Rußland nicht länger als zwei Monate zu bleiben gedenken.“

Da das Sonntagsblatt für die Diözese Trier und Westdeutschland nichts weiter dazu zu sagen hat, scheint es doch, daß die römisch-katholische Welt die Sache für sich ganz in der Ordnung findet. — Ein schönes Selbstzeugnis! Viel Interessantes aber sagt jene Mitteilung jedem denkenden Menschen:

Wie jämmerlich schwach muß sich die „russische Regierung“ gegenüber dem ständig anschwellenden Strome der Revolution fühlen, daß sie, wie der Ertrinkende nach dem Strohhalm, selbst nach der Hilfe katholischer Ordensgeistlicher und Missionare greift, denen „bisher bekanntlich“, ebenso wie jüdischen Kaufleuten und Maschinenfabrikanten und gelegentlich auch Ärzten, der Zutritt zum heiligen russischen Reich nur auf Entscheid des Ministers gestattet wurde.

Wie echt christlich vergebend müssen aber die bisher so schände behandelten und durch die dritte Bedingung, daß ihr Aufenthalt nicht über zwei Monate dauere, eigentlich unerschört beschimpften katholischen Ordensgeistlichen und Missionare denken, gleichviel, ob sie sich dazu erboten haben, oder ob sie darum gebeten worden sind, dieser sie so schimpflich behandelnden Regierung Selbstdienste zu leisten durch Propaganda gegen die agrarischen und sozialistischen Bewegungen! Da sie nicht dagegen protestieren, müssen sie wohl dazu bereit sein. — Wollen sie heutige Kohlen sammeln auf das Haupt der russischen staatlichen und zugleich auch kirchlichen obersten Macht? oder meinen die Herren, auch in zwei Monaten könnte jeder von ihnen neben der Propaganda gegen die agrarischen und sozialistischen Bewegungen, um derenwillen die Orden ja wohl nicht gegründet sind, noch so viel von ihren eigentlichen Geschäften berichten, daß es sich schon lohnt, dafür auch ein bißchen Beschimpfung, so einen kleinen Fußtritt, daß sie aber in zwei Monaten wieder hinaus mähten, mit in den Kauf zu nehmen?

Für jeden Kämpfer um Freiheit im Denken und Tun ist diese unscheinbare kleine Mitteilung recht erfreulich — als Selbstzeugnis der Schwäche des einen Freiheitsfeindes und der „Würdigkeit“ des anderen, als ein Zeichen zumeist, wie gut es steht um den Kampf unserer russischen Brüder und Schwestern; ob sie gleich auf tausend Wunden bluten. Sie müssen mächtig vorwärts kommen, wenn so die sonst einander tödlich hassenden Freiheitsfeinde sich zusammen tun wollen, um sich nicht den letzten Rest ihrer Gewalt entwinden zu lassen.

Preßnebelung.

Ein kaiserlicher Uras schreibt bezüglich der Presse die Beobachtung neuer Verfügungen vor. So sollen die Drucker in Zukunft verpflichtet sein, von periodisch erscheinenden Veröffentlichungen, bevor sie in Umlauf gesetzt werden, der Verwaltung für Preßangelegenheiten ein Probeblatt vorzulegen. Druckschriften, welche Bezeichnungen enthalten, deren Veröffentlichung mit den Strafgesetzen im Widerspruch steht, können einbezogen werden. Der Herausgeber einer periodischen Druckschrift, deren Aufhebung oder Unterdrückung von dem Gerichte verfügt worden ist, kann für seine Person oder durch Vermittelung eines anderen neue periodische Schriften nicht mehr herausgeben bis er von Seiten des Gerichts dazu ermächtigt oder der im Urteil bestimmte Termin abgelaufen ist. Zuwiderhandelnde haben eine Geldstrafe bis zu 3000 Rubel und im Mifsalle eine Gefängnisstrafe bis zu 16 Monaten zu gewärtigen. Dieselben Strafen sind festgesetzt für Drucker, die nach Verurteilung zur Schließung ihrer Druckerie ihre Tätigkeit fortsetzen. Wer schuldig befunden wird, periodische Druckschriften vor Einholung der Erlaubnis oder vor Unterbreitung eines Probeblattes der betreffenden Publikation in Umlauf gesetzt zu haben, hat eine Geldstrafe zu gewärtigen. Außerdem ist das Gericht befugt, die Druckerie solcher Personen auf eine Dauer bis zu sechs Monaten zu schließen.

Eine Mitrailleur gestohlen.

Vottawa, 4. April. (Meldung der Peteraburger Telegraphen-Agentur.) Ein nach Charkow gehender Güterzug wurde von einer bewaffneten Bande angegriffen. Der Zugführer wurde verwundet. Derbeigeleitete Gendarmen erschütterten ein Feuer auf die Räuber; festgenommen wurde niemand. — Auf dem hiesigen Güterbahnhofe traf ein aus 17 Wagen bestehender mit Mitrailleur besadener Zug ein, von dem unterwegs die Schlüsselkammer eines Wagens gestohlen und eine Mitrailleur gestohlen worden war. Man fand dieselbe aber in der Nähe wieder. Der Bahnkörper wird von Truppen bewacht.

Petersburg, 6. April. In Tver wurde eine Arbeiterbesammlung durch Gewehrfeuer auseinandergetrieben. Mehrere Personen wurden verwundet.

Konjervative Pleite.

Schade, daß der frühere konservative Abgeordnete, Deponomierat Ring, Leiter der Milizzentrale, nicht Reichstagssekretär ist. Er hat ein famoses Mittel entdeckt, wie man ein Defizit decken könnte:

man legt seinen Gläubigern einfach die Verpflichtung auf, selbst zunächst an ihre Schuldner den Betrag der Schulden zu zahlen. Ein fäktreffliches, „reelles“ Mittel.

Allen Ernstes ist gestern in der Generalversammlung der Milizzentrale in Berlin also beschlossen. Die Versammlung begann mit einer Finanzweisung der Vorsitzenden der gegen die Besteuerung der Kleinbauern durch Ring und Genossen aufstrebenden Landwirte, voran den Landwirt Postel aus Alt-Tehmen. Das ist zwar zweifellos geschicklich, auch gegenüber der Milizzentrale bereits durch rechtskräftigen Entscheid als geschicklich anerkannt — indes was schert das die Geschäftsleiter der Milizzentrale! Der Deponomierat Ring teilte mit, daß es einen Rechtsanwalt gibt, der die Ausweisung für geschicklich erachtet. Diese wohl selbst unter Juristen einsame Ansicht mußte herhalten, um den Antrag zu begründen, durch ein Drittel der Genossen — von 1033 stimmberechtigten Genossenschaftlern waren nach Mitteilung des Vorsitzenden, Herrn v. Bredow, 451 erschienen — eine Erhöhung der Geschäftsanteile zu beschließen. Denn es gelle, einen guten Zweck zu erfüllen. Nach der Darlegung des Herrn Ring ist die Genossenschaft in geradezu gemeingefährlich hoher Weise überschuldet. Ihre Schulden betragen:

115 000 M. die als „eigentliche“ Schulden bezeichnet wurden, 1200 000 M. wurden Wechselschulden an die „genossenschaftliche Zentralkasse des Bundes der Landwirte“ und von dieser an die Preußenkasse gegeben, ferner „ungefähr 8 000 000 M.“ nach den Reichsgerichtsurteilen an Landwirte zurückzahlende unberechtigte Steuern (Milzabgaben).

Das ist in Summa eine Schuldenlast von 9 315 000 M. Diesen 9 1/2 Millionen Schulden standen nur 400 000 M. Geschäftskapital am 30. September 1905 gegenüber. Ueberdies sei zum 1. Oktober eine weitere Herabminderung der Geschäftsanteile auf nur 208 000 M. eingetreten. Bei dieser Sachlage müsse die Milizzentrale selbstverständlich, gab Herr Ring zu, den Konkurs anmelden, wenn nicht die Genossenschaftler sich heute zu einer Erhöhung der Geschäftsanteile und Haftsummen entschließen. Jeder Geschäftsanteil, der bei Beginn der Milizzentrale nur 1 M. betragen habe und inzwischen auf 19,50 M. erhöht worden sei, solle jetzt auf 260 M. erhöht werden. Ebenso sollten die Haftsummen, die ursprünglich 10 Mark betragen, auf 200 Mark erhöht werden. Wenn die Generalversammlung dieses beschließt, dann sei der Konkurs vermieden, der sonst 4 bis 5 Jahre dauern und sicher eine halbe Million an Kosten verzehren würde. Der Hauptzweck der Erhöhung der Geschäftsanteile sei allerdings der, die auscheidenden Genossen empfindlich zu treffen. Es solle der Forderung der auscheidenden Genossen auf Rückzahlung der Milzabgabe der Anspruch auf Einzahlung der neuen Geschäftsanteile entgegengesetzt werden, auch würde man die Bilanzen der vorausgegangenen Geschäftsjahre nachträglich so berichtigen, daß die ausgeschiedenen Genossen zu empfindlichen Zubüssen verurteilt werden müßten. Bei dem Konkurs einer hannoverschen landwirtschaftlichen Genossenschaft habe man das gleiche Mittel angewendet und die Bilanzen sogar bis auf elf Jahre rückwärts revidiert, um ausgeschiedene Genossenschaftler zu Zahlungen heranzuziehen. Der Vorstand und Aufsichtsrat einschließlich des ausgeschiedenen Grafen Schulenburg lehne es ab, für den Schaden, der der Milizzentrale aus dem Geheimvertrag mit der Meierei Bolle erwachsen sei, persönlich Entschädigung zu leisten. Allerdings hätten Vorstand und Aufsichtsrat gegen das Statut gehandelt. Aber bei der traurigen Geschäftslage der Milizzentrale sei damals der Abschluß des Geheimvertrages eine Notwendigkeit gewesen, wenn die Milizzentrale noch weiter wirtschaften wolle, sodas Vorstand und Aufsichtsrat durch Abschluß des Vertrages eigentlich nur ihre Pflicht erfüllten hätten. Die Erhöhung der Geschäftsanteile solle auch nur vorübergehend erfolgen: die genossenschaftliche Zentralkasse des Bundes der Landwirte habe sich ihm gegenüber bereit erklärt, mit ihren Forderungen zu warten, wenn die Geschäftsanteile auf 200 M. erhöht würden, um nach einigen Monaten wiederum auf 19,50 M. herabgesetzt zu werden. Die treuen Genossenschaftler würden auch die Geschäftsanteile nicht bar zu bezahlen brauchen, vielmehr werde ihnen der Vorstand gestatten, gegen die an sie zurückzahlende Milzabgaben aufzuzurechnen. Die Hauptsache sei, den Konkurs zu vermeiden, damit die marktlosen Landwirte ihre Unabhängigkeit vor dem Berliner Handel retteten.

Diesen Ausführungen des Herrn Ring schloß sich die große Mehrheit der zusammengetrommelten 451 Genossenschaftler an. In gleicher Weise wurde eine Bestimmung angenommen, nach der die Milizzentrale alle Milzabgaben ihrer Genossenschaftler selbst für eigene Rechnung ausführt und das Milzgeld für dieselben einliefert, auch selbständig — je nach Geschäftslage — zu bestimmen hat, welcher Betrag vom dem Milzgeld allwöchentlich an die Genossenschaftler auszuzahlen ist.

Uns interessiert weniger die formelle Ungültigkeit dieser Beschlüsse und Verprechungen als die Frage, ob in der Tat die Staatsbehörden dieser geschicklichen Vemachtigung von Kleinbauern noch weiter mit beschränkten Armen gegenübersehen muß?

Würde ein sozialdemokratischer Leiter einer Genossenschaft so wie die Milizzentrale vorgehen — längst wäre er, und das mit vollem Recht, wegen größlicher Verbrechen gegen das Genossenschaftsgesetz, wegen verübten Betruges, wegen Untreue und wegen Konkursvergehens verurteilt. Herr Ring ist ein konservativer Mann, der andere Geschäftsführer, Krause, wegen Erpressung mit 2 1/2-jähriger Gefängnisstrafe verurteilt — fehlt denen der berühmte Dolus? Der geschickliche Plan der Milizzentrale übertrifft die Schandgebungen, die alle Schwindlaffen zusammen genommen, verübt haben. Es ist interessant, daß zu derselben Zeit, wo die bürgerlichen Parteien angeblich nach Mitteln suchen, um Schwindlaffen bekämpfen zu können, eines der tüchtigsten Mitglieder des für unsere Regierung tonangebenden konservativen Bundes der Landwirte, die nicht Rot leiden, ungeniert erst acht Millionen rechtskräftig von Landwirten heischen und dann die geschicklichen Manipulationen betreiben darf. Die Zentralkasse scheint noch ihrem bisherigen Verhalten mit der dargelegten Schädigung der Kleinbauern genau so einverstanden zu sein wie mit der Drangsalierung solider Genossenschaften und Klassen, gegen die der neue Entwurf eines Gesetzes über die Haftkassen neue Waffen schmieden soll. —

Das Verbrechen von Courvières.

Nun noch warme Leichen und ein lebendes Pferd hat man vorgestern ans Tageslicht gebracht. Jeder Tag vermehrt das Anlagematerial gegen die Grubengesellschaft und die Ingenieure. Es ist nur begreiflich, daß die Erregung der Bevölkerung, besonders bei den Frauen und sonstigen Angehörigen der Eingeschlossenen außerordentlich steigt. Und es bleibt nicht bei heftigen Drohungen, im Lebensmaß des Schmerzes und Hornes geht man aggressiv gegen die Schuldigen vor. Frauen versuchen sich Zugang zu den Schächten zu verschaffen und bombardieren die Posten mit Steintwürfen, die Ingenieure dürfen sich kaum noch bilden lassen. Gegen sie wird nun auch gerichtlich vorgegangen.

Der Generalstaatsanwalt in Douai hat, wie gemeldet wird, am Dienstag bereits die Untersuchung eröffnet. Der gereizte Verlon ist noch sehr schwach. Am Donnerstag wurden 60 Säras

in die Grube gelassen, zur Aufnahme der Leichen. Die Rettungscolonne, welche unter Leitung des Arbeiterdelegierten Simon ohne Führung eines Ingenieurs auf eigene Gefahr die Gruben besahen hatte, ist gestern wieder zutage gekommen. Die Kolonne erzählt, daß sie in der Nähe eines der Förderkräfte neun Leichen aufgefunden habe, die noch in guter Verfassung waren. Die Leichen lagerten zusammengekauert und ihre Haltung ließ erkennen, daß sie einen jurtätbaren Todeskampf infolge Hungers ausgehalten haben. Der Tod muß erst gestern oder vorgestern eingetreten sein. Sie begründen dies damit, daß die Leichen noch keine Spur von Verwesung aufwiesen.

Der Generalausstand.

Es ist kaum noch daran zu zweifeln, daß es zum Generalausstand kommt. Diese Gewißheit äußert sich in der bürgerlichen Presse durch eine wüste Sozialistenhetze. Der kapitalistischen Gesellschaft macht der Ausstand mehr Schmerzen als das furchtbare Unglück. In den am Mittwochabend stattgefundenen Delegiertenversammlungen wurden die Vorschläge der Unternehmer abgelehnt. Es liegen darüber folgende Meldungen vor:

St. Etienne, 5. April. Die Delegierten des Arbeitersyndikats des Loire-Beckens hatten gestern abend eine Unterredung mit den Grubendirektoren. Die Sitzung verlief äußerst stürmisch. Die Vertreter lehnten die angebotenen Konzessionen ab. Der Generalausstand ist somit besiegelt, trotz des Anerbietens des Präfecten, das Schiedsrichteramts zu übernehmen. Die Arbeiterdelegierten versammelten sich gestern abend zu einer Konferenz; die getroffenen Beschlüsse werden erst heute bekannt.

In Rouen streifen auch die Doodarbeiter, insfolgedessen können die englischen und deutschen Kohlenfahrer nicht entladen werden.

Der Streik in den mitteldeutschen Braunkohle-Revieren.

Zeitz, 4. April. (Fig. Ber.)

Durch die bürgerliche Presse läuft wieder ein Wäschzettel, woraus für uns nur das eine Interesse hat, daß nämlich die vereinigten Kohlenmagnaten der Welt beweisen wollen, daß sie gar nicht befügt seien, mit der jetzt auf 7 Mann ergänzten Lohnkommission zu verhandeln. Sie stützen sich dabei auf die Berggesetze vom 14. Juli 1905, in der im § 80 i bestimmt ist, daß der Arbeiterausschuß Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaften zur Kenntnis der Vergewerksbesitzer zu bringen hat. Dazu ist bemerkt, daß für Preußen die Wahl eines Arbeiterausschusses nur für solche Gruben mit über 100 Mann Belegschaft vorgesehen ist, die vielen kleineren Werke also gar keine geschäftliche Vertretung haben, während in Sachsen-Altenburg, wo das Revier Reufelwitz-Kositz sich befindet, sowie im Königreich Sachsen mit Revier Vorna und Anhalt-Braunschwweig es eine Institution der Arbeiterausschüsse gar nicht gibt! Daraus folgt, daß es an sich schon ein Konens ist, wegen der in den einzelnen, mit Streik überzogenen Ländern herrschenden verschiedenen Gesetze, einzig und allein die Arbeiterausschüsse zu Verhandlungen heranzuziehen.

Aus dem Revier Vorna liegen drei weitere Schreiben vor, nach welchen es die Herren ablehnen, mit der Siebenerkommission zu verhandeln. Der Verein für bergbauliche Interessen der Braunkohlenwerke des Berginspektionsbezirktes Leipzig — genannt der Verein mit dem langen Namen — antwortet im letzten Passus seines Schreibens wie folgt:

„Die geschickliche Vertretung einer jeden Belegschaft dem Betriebsbesitzer gegenüber ist innerhalb der im Gesetz gezogenen Schranken der Arbeiterausschuß und wo ein solcher nicht bestehen sollte, weil die Gruben zu klein sind, die Belegschaft im ganzen oder auch Vertreter der Belegschaft, die aber aus ihrer Mitte genommen werden müssen.“

Der Verein verweist sich demnach ebenfalls auf die Arbeiter-Ausschüsse und will sogar mit der Belegschaft im ganzen verhandeln! Das würde ein schönes Lohnwunder werden! Sollten die Gesellschaften ehrlich und ernstlich Verhandlungen; so müßte es ihnen sogar ungemün lieb sein, daß durch eine Kommission von 7 Mitgliedern, die — das sei ausdrücklich hervorgehoben! — unter Zuziehung der gesamten Arbeiterausschüsse und aus deren Reihen gewählt worden sind, die Forderungen der gesamten Bergarbeiterschaft vertreten werden. — Die Herren wollen aber gar keine Verhandlungen! Zudem sie vorgeben, sich auf dem Boden der Geschmähigkeit zu bewegen, stellen sie sich nur auf den brutalen Standpunkt des Herr-im-Hause-seins! Die Herren wissen ganz genau: In dem Augenblicke, in dem sie mit ihren einzelnen Grubenausschüssen resp. der Belegschaft im ganzen Verhandlungen führen, haben sie gewonnenes Spiel. Einige kleine Lohnverbesserungen, Versprechungen, „da, wo es angängig ist“, die Schichtzeit um ein Geringes zu verkürzen, sonstige Palliativverbesserungen in sanitärer und sonstiger Beziehung und — die Bergarbeiterschaft wäre wieder in unerträgliche Döseln geschmiedelt!

Darum das kämpfthafte Bemühen Verhandlungen mit den einzelnen Belegschaftsausschüssen herbeizuführen, darum auch das Bestreben, alles, was mit der Bewegung zu tun hat, in Mißkredit zu bringen.

Gestern ist auf den Werken, die mit 1. April Jahresabschluss machen, die Restlöschung vorgenommen worden und ist dabei alles glatt abgelaufen.

Vor dem „Wismarschacht“ bei Reufelwitz in Sachsen-Altenburg lagerten gestern im Freien gegen 60 Kroaten. Arm-selig und herabgekommen ansehende, Pumps und Stier dreinschauende, fuselstinkende Gestalten. 24 davon fuhren, mit Fahrfahrte bis Witterfeld verfahren, abends fort. Sie werden in der dortigen Grube, wo so schon meist Unständer, Polen, Italiener usw. beschäftigt werden, im Tagesbau Verwendung finden.

Im Braunschweigischen, in und um Helmstedt feiern gegen 1000 Mann. Ebenso liegt in Wanzleben und Obertröblingen ein Teil der Werke still. Im Vornaer Revier haben die Streikenden schmer mit den elselbsten Quertreibereien der Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins zu kämpfen. Wie uns berichtet wird, reißt Herr „Generalkrat“ Gahn aus Burg bei Magdeburg von Grube zu Grube, um Verhandlungen auf eigene Faust anzuknüpfen!

Im Reufelwitzer Revier hat die Agitation der katholischen Geistlichkeit, Streikbrecher zu werden, bis jetzt nennenswerte Erfolge nicht zu verzeichnen gehabt.

Im Zeitz-Weikensfelder Revier haben sich weitere Metallarbeiter dem Streik angeschlossen, außerdem einige Grubenmouren. Die Gendarmerie ist weiter verstärkt, obgleich auch nicht die geringsten Ausschreitungen vorgekommen sind.

Weitere Berichte über Kohlenmangel sowie über weitere verstärkte Lieferungen aus Böhmen liegen nicht vor.

Wie eine Bombe hat die schon telegraphisch gemeldete Nachricht in den Revieren eingeschlagen, daß der Streikleiter Pokorny-Zwidau vom Gericht in Stollberg wegen „Veleidigung“ zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden und außerdem sofort in Untersuchungshaft genommen ist. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat sofort die nötigen Schritte getan, um die Freilassung des Genossen gegen Stellung einer Kaution zu erwirken.

Aus der Partei.

Zwei Kritiker.

Heber die Taktik der Sozialdemokratie hat Genosse Vernstein im letzten Hefte der „Sozialistischen Monatshefte“ einen Artikel veröffentlicht, auf den wir eingehen möchten, da er der bürgerlichen Presse Anlaß zu allerlei unzutreffenden Ausführungen gibt. Vernstein behandelt in diesem Artikel zunächst den Fall Briand in Frankreich und den Konflikt zwischen Parteivorstand und Fraktion in der sozialistischen Partei Italiens in der Frage der Unterstützung des Ministeriums Sonnino. Natürlich plädiert er für Ministerialismus. Eine Auslassung des Genossen Dr. Robert Michels über die deutsche Sozialdemokratie in der französischen Zeitschrift „Mouvement socialiste“ gibt dann den Anlaß, zur deutschen Sozialdemokratie überzugehen. Genosse Michels ist mit der deutschen Sozialdemokratie sehr unzufrieden. „Die Furcht, ihre Wähler und ihre Erparnisse zu verlieren“, so sagt er sie vor den Franzosen an, „das ist das höchste Geiz der Sozialdemokratie. Diese Furcht erklärt ihre schlafige Strategie und ihre Passivität. Diese Furcht ist es, die aus der deutschen Sozialdemokratie — trotz ihrer großartigen Hilfsmittel an Menschen und Geld — die schwächste aller sozialistischen Parteien macht und uns den Schlüssel gibt für ihre Haltung in der Frage des Krieges und des Militarismus.“ Diese Stellung ist nach Michels philisterhaft, träge und keimlos, wie für ihn ihr untätiges Verhalten während der Tage, da die Marokkofrage akut wurde, erwiesen hat. Der deutschen Sozialdemokratie, so orakelt Michels weiter, fehle der wahre Opfermut, die Regierungen wüßten, daß ihre Drohungen nichts als Drohungen seien. Beherzigt von der Sorge um den Kriegsfonds, den sie mit der Pfennigkuscherei eines Kleinbürgers anhäuft, verliere sie völlig den Sinn für die Zwecke des Kriegsfonds. Im besonderen hat Michels noch auszusagen, daß Genosse Bebel in seiner Entschlossenheit, die Haltung der Sozialdemokratie im Falle eines Krieges behandelte, die Arbeiterklasse nicht „unnachgiebig jenem Vaterland genannten Wesen der bürgerlichen Welt“ gegenüberstelle.

Vernstein ist mit diesen Ausführungen Michels nicht ganz einverstanden, aber er findet in ihnen doch „ein großes Stück Wahrheit“. Auch ihm ist die deutsche Sozialdemokratie während der Marokkofragefahr zu gleichmäßig kühl gewesen. Er erklärt das aus dem Umstand, daß das deutsche Volk keinen Einfluß auf die deutsche auswärtige Politik habe und deshalb ihren Problemen fremd gegenüberstehe. Und so wird Vernstein die Frage, weshalb die deutsche Sozialdemokratie in der Marokkofrage nicht tätiger gewesen, zu der Frage nach den Ursachen des Mißverhältnisses zwischen der numerischen Stärke der deutschen Sozialdemokratie und ihrem Einfluß auf die deutsche Politik, ein Mißverhältnis, das die ganze sozialistische Welt mit Enttäuschung erfüllt. Statt nun aber die Ursachen dieses Mißverhältnisses in den besonderen sozialen und politischen Verhältnissen Deutschlands zu suchen, ergreift sich Vernstein in allerlei ideologischen Betrachtungen über das Wesen unseres Volkes, das nicht revolutionär ist, und das deshalb und nicht wegen des Verrats der Bourgeoisie die Früchte der 1848er Revolution zum großen Teil wieder verlor. Dabei Vernstein den Schuler begehrt, die Behauptung, das deutsche Bürgertum habe durch einen Verrat den künftigen Ausgang der Revolution verschuldet, damit abzuweisen, daß die damalige Groß- und Mittelbourgeoisie wegen ihrer geringen Zahl gar nicht imstande gewesen wäre, die Revolution zu verrotten, wenn die große arbeitende Masse der Bevölkerung Kleinbürger, Bauern, Arbeiter revolutionär gewesen wäre! Als ob nicht damals die große arbeitende Masse mit verhältnismäßig geringen Ausnahmen im geistigen Banne der Bourgeoisie gestanden hätte, als ob nicht die heutige Klassencheidung und das Massenbewußtsein damals erst in ihren Anfängen vorhanden waren! Das Fazit dieser Betrachtungen ist dann endlich die Entdeckung, die freilich seit dem Erscheinen der „Voraussetzungen des Sozialismus“ nicht mehr neu ist, daß das Mißverhältnis zwischen numerischer Stärke der Partei und ihrem Einfluß auf die deutsche Politik seinen Grund habe in dem Gegensatz zwischen der parlamentarischen Taktik — das Wort parlamentarisch als die Bezeichnung einer Methode genommen — und der antiparlamentarisch-revolutionären Sprache der Sozialdemokratie: „Um Formeln willen, die unter dem Einfluß der Entwicklung der Verhältnisse jede Berechtigung verloren haben, vergräbt sie (die deutsche Sozialdemokratie) ihr Fund“, ruft Vernstein gegen den Schluß hin aus. Seiner Ansicht nach könnte also die Sozialdemokratie weit mehr Einfluß, weit mehr Macht haben, wenn sie einige revolutionäre Forderungen aus ihrem Wortschätze striche.

Wir vermögen nicht an die Wirksamkeit des Vernsteinschen Vorschlages zu glauben. Unsere Sprache möge noch so parlamentarisch-antirevolutionär werden, wie Vernstein es wünscht, so lange wir das revolutionäre Ziel der Vergeßlichkeit der Produktionsmittel verfolgen, so lange wir der Arbeiterklasse die politische Macht sichern wollen, werden wir nach wie vor den herrschenden Klassen als Umstürzler gelten. Ihnen sind ja schon der Vernsteinsche Demonstrationsstreik und die friedliche Straßen demonstration revolutionäre Mittel. Nicht die Sprache, die Taktik und das Ziel muß Vernstein ändern, wenn er die Macht der Sozialdemokratie im heutigen Massenstaate in höherem Maße steigern will, als ihre Anhängerzahl und ihre Waffen sich wehren. Die Sozialdemokratie würde dann freilich verschwinden und eine Reformpartei an ihre Stelle treten. Und das zu wollen, dagegen wird sich Genosse Vernstein verwehren, wie er denn in dem Artikel zum Schluß, um jeder Mißdeutung vorzubeugen, sagt, das Anerkennen des parlamentarischen Charakters unseres Kampfes bedeute noch nicht das geringste Preisgeben des Unterschiedes, der die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse von allen anderen Parteien trennt.

Die ganze Deduktion Vernsteins geht von falschen Voraussetzungen aus. Taktik und Sprache der deutschen Sozialdemokratie stehen nicht im Widerspruch zu einander. Es ist zunächst nicht wahr, daß unsere Sprache, namentlich auf Kongressen, antiparlamentarisch-revolutionär ist — wenn das Wort revolutionär nicht in dem in unserer Partei gültigen Sinne, sondern, wie bei Vernstein, als Ausdruck der Tendenz zu gewalttätiger Erhebung gebraucht wird. Unsere Sprache ist die Sprache einer Partei mit gesetzlichen Mitteln und revolutionärem Ziel, einer Partei, die sich bewußt ist, daß sie eine Welt von Feinden gegen sich hat, die sich nicht bedenken werden, an die Gewalt zu appellieren, wenn ihnen das für ihre Sache notwendig erscheint. Deshalb sind wir auch nicht in dem ausschließlichen Sinne, wie Vernstein meint, eine Partei der gesetzlichen-parlamentarischen Aktion; wir sind uns bewußt, daß unser revolutionäres Ziel uns in einen solchen Gegensatz zum Staate und zur Gesellschaft bringt, daß wir immer darauf gefaßt sein müssen, daß uns der gesetzliche Weg verperrt wird, daß wir zur Notwehr gezwungen werden.

Der von Vernstein behauptete Widerspruch zwischen unserer Sprache und unserer Taktik besteht nicht. Und das Mißverständnis

zwischen unserer Zahl und unserem Einfluß im Staate wird erst dann ganz aufgehoben werden, wenn wir die Herrschaft im Staate erobern. Die bürgerliche Gesellschaft wird ihren Todfeinden, als die sie uns kennt, nie mehr Einfluß gewähren, als sie notgedrungen muß. Und daß wir ihre Todfeinde sind, darüber würde sie keine Milderung unserer Sprache täuschen, wenn sie nicht einer Abschwächung unserer grundsätzlichen Forderungen entspränge.

Genosse Dr. Michels' Kritik erfordert keine ins einzelne gehende Betrachtung. Er hat den Maßstab völlig verloren. Wir wollen gern zugeben, daß in der Partei nicht alles Gold ist, daß man der Meinung sein kann, sie hätte mehr Tätigkeit zeigen können bei verschiedenen Gelegenheiten, neuerdings in der Wahlrechtsbewegung. Wir selbst haben das manchmal gewünscht. Von solcher Meinung bis zu der völlig ungerechtfertigten hohnblehenden Anklage Michels' ist aber noch ein Siebenmeilenstück.

Genosse Dr. Michels und Genosse Vernstein, so grundverschieden ihr beiderseitiger Standpunkt ist, stimmen in einem überein: beide glauben, daß der Einfluß unserer Partei heute schon größer sein könnte, als er ist, wenn die Partei anders handelte. Michels sieht den Fehler in mangelndem wahren Opfermut, in spießbürgerlicher Furcht der Partei um ihre Fonds, im Fehlen dessen, was er als „revolutionär“ betrachtet. Vernstein sieht umgekehrt das Unheil darin, daß wir nicht ganz sind, was wir sind, daß wir dem angeblich parlamentarisch-antirevolutionären Charakter der Partei nicht in unserer Sprache vollen Ausdruck geben. Beider Kritik entspringt einem Ansehen der realen Kräfte, die der deutschen Sozialdemokratie entgegenstehen, und deshalb wird diese Kritik die Partei nicht befruchten können.

Warnung vor einem Schwindler. Die „Sächs. Arbeiterzeitung“ meldet: Der Serbe Karolus hat eine ganze Reihe von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern beschwindelt. Er gab an, aus der Schweiz wegen politischer Tätigkeit ausgewiesen worden zu sein, und zeigte zur Bestätigung dessen ein vom Genossen Greulich unterfertiertes Schreiben vor. Die Genosse Greulich auf Anfrage dem Dresdener Arbeiterssekretariat mittel, ist dieses Schreiben resp. seine Unterschrift gefälscht. Da sich der Schwindler besonders auch an die Vertrauensleute des Hilfsarbeiter-Verbandes wendet, so seien diese noch besonders gewarnt.

Von den Organisationen. 6500 Mitglieder zählte am 1. April der Sozialdemokratische Wahlverein Hannover, 2007 der Sozialdemokratische Verein Lübeck.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Vierteljahr in Zeugniszwanghaft befand sich am Mittwoch der Genosse Schumann-Vielefeld, weil er keinen Berrat begehren will. Aufsehend ist die Staatsanwaltschaft entschlossen, die Haft bis zur äußersten gesetzlichen Grenze (sechs Monate) auszudehnen. Sie wird den Genossen Schumann dadurch nicht mürbe machen, aber das schändliche Institut der Zeugniszwanghaft wider Leute, die, wenn sie Ehrenmänner bleiben wollen, ihre Gewährsmänner nicht nennen dürfen, vor aller Welt noch weit mehr diskreditieren, als es durch andere Fälle ohnehin schon geschehen ist.

Wegen Beleidigung der Eisbafelder Kriminalpolizei wurde der verantwortliche Redakteur der Eisbafelder „Freien Presse“, Genosse Oskar Hoffmann von der Strafkammer zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelt sich um die Wiedergabe einer Kritik, die in der Stadtverordnetenversammlung an der Tätigkeit der Polizei in einem bestimmten Fall geübt worden war.

Aus Industrie und Handel.

Rohisen- und Stahlproduktion. Mit seiner Eisengroßindustrie nimmt Deutschland heute die zweite Stelle auf dem Weltmarkt ein. In der Produktion von Rohisen und Stahl haben wir England weit überflügelt, in Galzbeug ist Deutschland der größte Verkäufer auf dem Auslandsmarkt. Von 1891 bis 1904 ist Deutschlands Produktion an Rohisen relativ auch stärker gestiegen als die der Vereinigten Staaten, im letzten Jahre aber haben diese wieder einen kräftigen Vorprung erlangt. In die Veranschaulichung des Produktionsanteils gewährt folgende Zusammenstellung einen Einblick. Es betrug die Rohisengebung in 1000 Meter-Tonnen:

	1891	1900	1904	1905
Vereinigte Staaten . . .	8412	14011	16781	23300
Deutschland	4641	8321	10119	10987
Großbritannien und Irland	7525	9108	8900	9740
Frankreich	1807	2714	3000	—
Rußland	1005	2934	2949	—

Das jetzige Verhältnis der Produktionsanteile bei der Rohisenerzeugung deutet sich ziemlich mit dem Anteil an der Stahlgewinnung. In 1904 erzeugten (rund in Millionen Tonnen): Vereinigte Staaten 15, Deutschland 9, Großbritannien 5 1/2, Rußland 1 1/2, Frankreich 1 1/2, Oesterreich-Ungarn 1 1/2, bei einer Weltproduktion von 35 1/2 Millionen Tonnen.

Die kolossale Produktionssteigerung in Deutschland war von verschiedenen Faktoren begünstigt. Die deutsche Zollpolitik und eine intensive Ausnutzung der Arbeitskraft spielen dabei eine Hauptrolle.

Emission der neuen deutschen und preussischen Anleihe. Ein Konsortium unter Führung der Reichsbank bezw. der künftl. Seehandlung übernahm die neue 3 1/2-proz. Anleihe im Betrage von 500 Millionen Mark. Auf das Reich entfallen 300 Millionen, auf Preußen 200 Millionen Mark. Zur öffentlichen Zeichnung werden die Beträge am 11. d. M. aufgelegt. Der Zeichnungspreis beträgt a) für diejenigen Stücke von Reichs- oder Preussischen Staatsanleihen, für welche der Erwerber sich einer Sperrung bis zum 15. Oktober unterwirft, und gleichzeitig die Einlieferung an die bezüglichen Schuldverwaltungen behufs Eintragung in das Schuldbuch beantragt, 100 M. für je 100 M. Nennwert; b) für alle übrigen Stücke 100,10 M. für je 100 M. Nennwert.

Die letzte 3 1/2-proz. Anleihe — im April 1905 — wurde 1 Proz. höher zur Zeichnung aufgelegt.

Heber den neuen spanischen Zolltarif schreibt man aus dem Bureau des Handelsvertragsvereins: Der Entwurf trägt, wie das kaum anders zu erwarten war, einen extrem schutzollnerischen Charakter, der für manche deutsche Exportbranchen die schlimmsten Erwartungen übertrifft. . . . Der neue Tarif soll bereits am 1. Juli in Kraft treten und bis zu diesem Termin müßte auch mit Deutschland ein Handelsvertrag abgeschlossen sein. . . .

Überall tritt in dem neuen Tarifentwurf das Bestreben zutage, mit Gewalt neue Industrien, besonders Verfeinerungs- und Ver-

arbeitungsindustrien zu entwickeln. Deshalb sind die Zölle, auf Rohstoffe, zum Teil auch auf Halbfabrikate durchweg herabgesetzt, jedenfalls nicht erhöht, dagegen die Zölle auf Fertigfabrikate vielfach auf eine prohibitive Höhe gebracht. Um ein paar Beispiele herauszugreifen, die für den deutschen Export von besonderer Wichtigkeit sind, ist der Zoll auf Rohisen ermäßigt worden von 2 P. auf 1,40 P. (Minimalhöhe), Stahl von 5 auf 3,25, Eisens- und Stahlstangen aller Art von 9,50 auf 6,40, Eisenplatten über 5 Millimeter dick von 10,70 auf 7,20, Eisenbleche von 20 auf 14. Der Hauptzweck dieser Ermäßigungen ist, eine große spanische Maschinenindustrie zu schaffen. Tatsächlich sind auch die Zölle auf Maschinen, die gerade Deutschland mehr als irgend ein anderes Land nach Spanien einführt, mit wenigen Ausnahmen außerordentlich erhöht worden, zum Beispiel landwirtschaftliche Maschinen von 14 (vertragsmäßig 12,50) auf 15, Motore jeder Gattung mit oder ohne Kessel von 18 auf 35, Lokomotiven und Lokomotiventender mit mehr als 35 Tonnen Gewicht von 28 (vertragsmäßig 24) auf 29, dieselben bis 35 Tonnen Gewicht, ferner Maschinen für die Marine, Lokomotiven von 28 (24) auf 40, Maschinen aus Kupfer und dessen Legierungen von 44 auf 60.

Gleich geblieben ist der Zoll für Nähmaschinen (70 P.) und für Maschinen anderer Art als aus Kupfer und Teile davon (20 P.). Prohibitiv würde die Zollherhöhung für Dynamos und Elektromotore wirken, nämlich von 20 auf 100 P. bei einem Gewichte bis 400 Kilogramm, bei mehr als 400 Kilogramm sollen sie 60 P. zahlen. Kabel zu elektrischen Leitungen sind erhöht von 20 (vertragsmäßig 18,50) auf 50 P. Recht günstig würde der bedeutende deutsche Export in künstlichen Farben abhandeln, was sich daraus erklärt, daß diese Farben ein wichtiges Rohmaterial für verschiedene Verarbeitungsindustrien bilden. Teerfarben aus Steinkohle und andere künstliche Farben, gepulvert oder in Kristallen sind ermäßigt von 2,50 (1,50) auf 1,80, Anilin und Cochennille von 54 (15) auf 37,50 (15), Farbstoffextrakte sind nach wie vor mit 5 P. angesetzt. Eine erhebliche Erhöhung findet sich ferner für Zement von 0,20 auf 0,50, Silber in Geräten und Schmuckstücken von 3,50 auf 7, ordinäres Waappapier von 10,85 auf 15, Schreibmaterialien aller Art von 1,50 auf 2. Nicht erhöht ist der Zoll auf Spielwaren (3 P.). Der wichtige Zoll auf Zucker (85 P.) ist auf derselben prohibitiven Höhe belassen worden.

Interessenten erhalten im Bureau des Handelsvertragsvereins, Berlin W. 9, Köthenerstr. 28/29 eingehendere Informationen.

Goldproduktion in Deutschland. Die Produktion der Siebenbürger Goldbergwerke (Hortolische Bergwerke und chemische Fabriken, Aktiengesellschaft) betrug in den letzten acht Monaten 1302 929 Kilogramm gegen 1301 543 Kilogramm in der korrespondierenden Zeit des Vorjahres.

Verteuerung der Produktion. Daß die Rohproduktion mit den vorgenannten Preissteigerungen vorteilhaft abnimmt, ergibt sich schon aus der Produktionsstatistik des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins. Danach betrug die Erzeugung der Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke:

	Mengen in Tonnen		im Werte von Mark	
	1904	1905	1904	1905
Eisenlofen	25 876 258	26 910 754	172 962 974	190 024 564
Eisenerz	287 285	272 831	1 708 491	1 658 180
Zink- und Bleierz	702 098	678 472	30 473 652	37 571 675
Kohle und Zunder	1 456 845	1 447 208	9 191 061	16 606 544
Eisen und Stahl	1 832 274	1 772 600	134 315 308	154 514 132
Zink- u. Nebenprodukte	355 544	351 573	80 811 315	108 473 309

Die Gesamtproduktion beläuft sich auf 31 576 498 Tonnen gegen 30 013 292 Tonnen im Jahre 1904; der Gesamtwert stieg von 438 047 893 M. auf 510 237 303 M. und der Durchschnittswert von 14,25 M. auf 16,11 M. pro Tonne.

Warenhaus S. Lieb u. Co. Köln. Die Gesellschaft erzielte im verflossenen Geschäftsjahre nach Abschreibungen in Höhe von 725 905 M. einen Reingewinn von 907 242 M., wovon 6 Proz. Dividende zur Verteilung gelangen. 150 000 M. werden für Reservefonds abgestoßen; die Kantine beansprucht 82 941 M.

Verband der Berliner Kohlen-Großhändler. Der Vorstand schreibt uns: „Mit der Bildung der Berliner Breittiskonvention ist an sich nichts Neues geschaffen worden. Die Preise für Brennmaterialien waren bereits seit Jahren in jeder Saison durch gemeinsame Verständigung des Berliner Kohlen-Großhandels einheitlich geregelt worden. Diese Preisregulierung hat für das laufende Jahr insofern eine Erweiterung erfahren, als dieselbe dieses Mal den Wünschen und den Interessen des Berliner Kleinhandels entsprechend in Gemeinschaft mit letzterem unter Schaffung fester, gleichartiger Normen erfolgt ist. Ausdrücklich sei hervorzuheben, daß eine Preisvertenerung hiermit nicht beabsichtigt und auch tatsächlich nicht eingetreten ist. Im Gegenteil wird künftig durch Befestigung besonderer Ausnahmepreise für einzelne Sommermonate dem großen Publikum Gelegenheit geboten, das Heizmaterial zeitweilig billiger einzubeden, was früher nicht der Fall war. Die ganze Tendenz der Konvention geht lediglich dahin, dem gesamten Kohlenhandel eine dauernde solide Grundlage zu geben, da vielfach Preisveränderungen in Erscheinung getreten waren, die jeder soliden Kaufkraft entbehrten, und so die wirtschaftliche Existenz eines großen Teiles der Kohlenhändler zu untergraben drohten. Die Breittiskonvention, welche demnach auch den Interessen des laufenden Publikums Rechnung trägt, ist ein Werk des geeinigten Berliner Kohlenhandels und nicht der Niederkauflicher Braunkohlenwerke und Breittiskonventionen.“

Verfammlungen.

Berichtigung! In der Nr. 80 vom Donnerstag, den 5. März steht im Verfammlungsbericht der Krankenkassenvertreter, daß der Antrag Janders, des Vertreters der „Ortsklasse der Schneider“, einstimmig angenommen wurde. Genosse Jander bittet uns richtigzustellen, daß er nicht Vertreter dieser, sondern der „Freien Hilfskasse“ der Schneider ist.

Eingegangene Druckschriften.

Vom **Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik**, herausgegeben von H. Sombart, M. Weber und E. Rastke, welches als Neue Folge des „Archivs für soziale Geographie und Statistik“ im Verlage von A. C. S. Mohr (S. Siebeck) in Tübingen erscheint, wurde eben das 2. Heft des 12. Bandes ausgegeben.
Trochene Dankschreiben für die Kinder in der Schule. Von Dr. A. Berger. Sonderabdruck aus der Zeitschrift „Das Schulzimmer“ 1906. Heft 1. Verlag B. Müller, Charlottenburg.
Sozialer Fortschritt. Heft 63/64: **Bilder aus der deutschen Heimarbeit.** Herausgegeben von der literarischen Kommission der Deutschen Heimarbeitshilfe, 60 Bl. — Heft 65: **Die deutschen Arbeiter-Tagverbände** von D. Kroe. 25 Bl. Leipzig, Verlag: Felix Dietrich.

Teures Fleisch — billige Seefische!!
 Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend!
 Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
 Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.
 Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.
 Verkaufs-Niederlagen:
 Prinzenstraße 30 | Madalstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
 (am Moritzplatz) | (im Schlesischen Bahnhof) | (der Kurzenstr. gegenüber).

Seefische-Volksnahrung!
Gr. Schellfisch mit Kopf . 27 Pf.
 im Anschnitt 35 Pf.
Cabliau ohne Kopf . 22 Pf.
 im Anschnitt 25 Pf.
Seelachs mit Kopf 20 Pf.
 im Anschnitt 25 Pf.
 Alle übrigen Sorten Seefische zu billigst. Tagespreisen.

Die Stadtverordneten-Erwahl im 34. Wahlbezirk

findet heute — Freitag, den 6. April — statt. Der Bezirk, der zum sechsten Reichstags-Wahlkreis gehört und einen Teil der Schönhauser Vorstadt bildet, war im Besitz der Sozialdemokratie — sein bisheriger Vertreter, Genosse Ramlow, hat das Mandat wegen Verzug nach außerhalb niedergelegt — und in ihrem Besitz wird dieser Bezirk bleiben. Aber seit der letzten Wahl vom Herbst 1901 ist da draußen die Bebauung so weit vorgeschritten und die Zahl der Kommunalwähler ist so erheblich gestiegen, daß die Zusammensetzung der Wählerschaft dieses Bezirks inzwischen manche Veränderung erfahren haben könnte. Man muß daher auf das Ergebnis der Wahl einigermaßen gespannt sein.

Der Freisinn hat dort seinen neuentwerteten Anhang mehr, das ist gewiß. Aber es wohnen im 34. Bezirk, und namentlich in den neu entstandenen Straßen seines außerhalb der Ringbahn gelegenen Teiles, viele kleine Beamte. Diese müssen für jeden Kandidaten stimmen, den der sonst so bitter von ihnen gehasste Freisinn ihnen präsentiert. Auf einen Wink von oben, der ihnen die Wahl in empfehlende Erinnerung bringt, treten sie an und geben ihre Stimme selbstverständlich dem „alleinigen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien“. Selbst wenn die freisinnigen Wähler erst im letzten Augenblick noch mit einem Kandidaten herankommen, dürfen sie doch mit Sicherheit auf die Beamten rechnen. Sollten heute früh um 10 Uhr Zettelverteiler des Freisinn vor den Wahllokale auftauchen, so möchten wir wetten, daß die Beamten des Bezirks noch im Laufe des Vormittags den üblichen Wink samt dem nötigen Urlaub kriegen.

Von den Wählern aus der Arbeiterbevölkerung wird erwartet, daß sie in klarer Erkenntnis der Bedeutung dieser Wahl ihre Stimme für den von der Sozialdemokratie empfohlenen Kandidaten abgeben, für unseren Genossen Zimmerer Theodor Fischer. Die Stimmenzahl, mit der die Wähler des Bezirks unseren Genossen Fischer in das Stadtparlament entsenden, muß so stattlich ausfallen, daß der Berliner Rathausfreisinn aufs neue und nachdrücklich darauf hingewiesen wird, wie stark das Vertrauen ist, das die Sozialdemokratie in der werktätigen Bevölkerung genießt. Kein Wähler, der von der Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Kommune einen segensreichen Einfluß auf die Gestaltung unserer kommunalen Verhältnisse erwartet, darf der Wahl fernbleiben. Auch auf diejenigen Wähler wird gerechnet, die im Sommer 1905 im 34. Bezirk wohnten, aber inzwischen verzogen sind. Sie dürfen auch an der Wahl teilnehmen, weil sie noch nach den damals aufgestellten Listen vorgenommen sind. Und sie werden nicht darüber im Zweifel sein, daß es ihre Pflicht ist, das ihnen noch zustehende Recht auszuüben.

Gewählt wird von 10 Uhr vormittags bis abends 8 Uhr, doch möge jeder möglichst zeitig zur Wahl kommen. Als Legitimation kann dienen die amtliche Wählerkarte oder die Steuerquittung, der Mietkontrakt, die Militärpapiere usw. Ueber die zum 34. Bezirk gehörenden Straßen und Häuser sowie über die Lage der Wahllokale ist in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ eine Zusammenstellung veröffentlicht worden.

Und nun auf zum Proteste gegen die kommunale Mißwirtschaft des Berliner Freisinn, auf zur einmütigen Stimmabgabe für den Vertreter des arbeitenden Volkes, den Kandidaten der Sozialdemokratie Zimmerer Theodor Fischer!

Partei-Angelegenheiten.

Kummelburg. Am Sonntag, den 8. April, nachmittags 2 Uhr, findet im Saale der Ww. Weigel, Türschmidtstr. 45, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des ersten Kassierers und Bibliothekars. 4. Vereinsangelegenheiten. Als Legitimation ist das Mitgliedsbuch mitzubringen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

wurde gestern zeitig mit ihrem Pensum fertig. Eine Debatte von Belang entstand nur noch einmal über die Vorlage betreffend die Stellen der Leitenden Ärzte des Virchow-Krankenhauses. Der Ausschuß, dem diese Angelegenheit zur Vorberatung überwiesen worden war, hatte bereits in einer früheren Sitzung seinen Bericht erstattet. Die Debatte, die damals abgebrochen worden war, wurde gestern fortgesetzt und führte zu einer bemerkenswerten Auseinandersetzung zwischen den Rednern der Sozialdemokratie und dem Vertreter des Magistrats. „Alles um den einen Urologen!“ bemerkte in einem Zwischenrufe Genosse Singer, als der Oberbürgermeister Kirchner in umständlichen Ausführungen darzutun suchte, daß die Stadtgemeinde in ihrem neuen großen Krankenhause nicht so Vollendetes zu bieten brauche, wie etwa ein Universitätsinstitut. Um den einen Urologen blamierte der Herr Oberbürgermeister die Stadt Berlin vor der ganzen Welt. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion verfochten unsere Genossen Bernstein und Wenl. Der eine, der die Debatte eröffnete, wies darauf hin, welche lässlich niedrige Auffassung der Magistrat von den Aufgaben sozialer Fürsorge hat, die der Stadtgemeinde auf dem Gebiet der Krankenpflege gestellt sind. Wenl, der nach dem Oberbürgermeister sprach, kennzeichnete den hierzulande tretenden Gegenfah zwischen der Anschauung der Ärzte und derjenigen der Verwaltungsbeamten. Der engherzige Standpunkt, den der Magistrat einnimmt, will nur armenrechtliche Verpflichtungen gelten lassen. Leider fand dieser Standpunkt gestern in der Versammlung wieder einmal eine Wehrheit. Ein Antrag Sachs baute die Brücke, die zum Siege der Auffassung des Magistrats führte. Ein Sieg, der eine moralische Niederlage war!

Moden.

Ueber Moden in einem Arbeiterblatt zu schreiben, könnte auf den ersten Blick als ein frevelhaftes Beginnen erscheinen, hat doch unter den heutigen sozialen Verhältnissen die Arbeiterklasse wichtigeres zu tun, als sich über Moden den Kopf zu zerbrechen. Die heutigen Zustände nötigen die Arbeiterklasse, den ökonomischen und politischen Kampf zu führen, Kämpfe, die zunächst auf Verbesserung ihrer Lebenslage hinauslaufen, in letzter Linie aber die Verrückung der kapitalistischen Produktionsweise zum Ziel haben. Nichtsdestoweniger aber dürfte ein Hinweis auf den obigen Gegenstand nicht ohne

Nutzen sein, denn die Geschichte der Mode bildet einen nicht unwesentlichen Teil unserer Kultur- und Sittengeschichte.

Um die Mode mitmachen zu können, dazu gehört ein großes Portemonnaie und viel Zeit. Da aber über beides die arbeitende Bevölkerung nicht verfügt, so geht schon aus diesem Umstande allein hervor, daß die Mode mehr oder minder bei der besitzenden Klasse in Erscheinung tritt. Die Mode im engeren Sinne erstreckt sich gewöhnlich auf die Art, sich zu kleiden, beschränkt sich aber nicht darauf, sondern wird auch auf Sitten und Gewohnheiten eines Volkes übertragen.

Mit der Kleidermode wollen wir uns heute weniger beschäftigen, diese Mode ist international und nichts besonderes. Trotzdem treten auch auf diesem Gebiete Erscheinungen zu Tage, von denen sich ein einfacher Proletarier oder eine Proletarierin nichts träumen läßt. So wird es jetzt unter den englischen Damen — natürlich denen der Geldaristokratie — Mode, mit einem Chamäleon auszugehen oder spazieren zu fahren, und das Tierchen wird wohl in der kommenden Londoner Saison in keinem eleganten Salon fehlen dürfen. Die Nachfrage nach Chamäleons soll schon so groß sein, daß die Aufträge gar nicht alle ausgeführt werden können, weil kein genügendes Vorrat da ist und der Chamäleonmarkt erst im Juni wieder genügend versehen sein wird. Der Umstand, daß dieser seltsame Bruder der Eidechse so häufig seine Färbung wechselt, ist für eine Modedame von nicht geringer Bedeutung, denn so kann das Chamäleon zu wenigstens sechs verschiedenen Toiletten getragen werden und wird bald zu einem grünen oder violetten, bald zu einem gelben oder dunkelblauen Kleide passen. Deshalb wird das Tierchen als ein überall zu verwendender Schmuck betrachtet. Eine englische Marquise, die ihr Chamäleon sehr liebt, schickt es den Winter über, der Bitterung wegen, nach Viska und läßt es im Sommer wieder zurückkommen.

Aber was sollen wir uns lange mit den Damen der englischen Bourgeoisie beschäftigen, wo wir in Deutschland leben. Die Damen der deutschen Bourgeoisie tun es ihren englischen Massengenossen ja gleich, auch sie leiden unter der Mode. Dabei haben diese Damen nicht nur für sich zu sorgen, sondern wenden ihre Aufmerksamkeit auch ihren Lieblingen, den Hunden, zu. Wie so ein moderner Hund bisweilen beschaffen sein muß, das erfahren wir aus einer Schilderung, die wir in der Zeitschrift für Tierkunde und Tierzucht finden. Dort heißt es:

„Jetzt geht ein vornehmer Hund nur noch mit Gummischuhen und Paletot auf die Straße. Das Tuch, aus welchem die Hundepaletots gefertigt werden, kommt aus Paris, in Berlin gibt es kein in solcher erstklassigen Qualität. Ist aber die Herrin ganz modern veranlagt, so trägt der Hergensliebbling, sei es Dackel, Pinscher oder Fox, den Paletot in derselben Farbe, in welcher die Madame ihr Tailor made-Kostüm spazieren fährt. Kommt Hündchen von seinem Spaziergange zurück, dann werden ihm die Gummischuhe ausgezogen, der Paletot mit dem Sturzfalten kommt an die Hundegarderobe und die Salontafel beginnt. Ein silber- und goldplattiertes Halsband mit eleganter seidener Krawatte wird umgelenkt, die vier Pfötchen werden je nach Geschmack mit schwarzen, roten oder hellgelben Lackstiefeln besetzt und die rechte Vorderpfote bekommt ein goldenes Kettenarmband. So angekleidet nimmt dann der Liebling am Fünfuhr-Tee teil. Da aber selbst Schöhhunde auch an Regentagen das Bedürfnis haben, auszugehen, und kein moderner Mensch verlangen kann, daß sie sich erkalten, hat die „Hundemode“ elegante, seidene Regenmäntel mit Capouchen in den Handel gebracht, die vollständig wasserdicht, Hündchen vor der Unbill der Natur schützen.“

Einen nach der letzten Mode geleideten Foxterrier konnte man in der Automobilausstellung bewundern. Da stand er, ausgestopft allerdings, aber trotzdem ein Wahrzeichen des Fortschrittes der Weltstadt Berlin. Fertig geleidet, um mit seiner Herrin eine größere Automobilreise anzutreten. Ein englischer Reisepaletot aus grau kariertem Stoff mit roter Garnitur umschloß die schlanken Glieder. Aus dem Seitensäckchen guckten neugierig ein Taschentuch und ein Portemonnaie heraus. Eine veritable Automobilbrille schützte die Augen. Neben dem Fox lag ein Automobilpferd, welches bei der faszinierenden Fahrt den Körper schütten soll. Die junge Dame, welche in der Automobilausstellung die Auskünfte über die Hundemoden so bereitwillig erteilte, versicherte, daß Autoführer, Peisler, Schuher immer ausverkauft seien, und die Nachfrage viel größer sei, als man sich denken könne. Die höchsten Herrschaften halten ihren vierbeinigen Lieblingen einen regelrechten trousseau, welcher alles für einen Hund Begehrenswerte in Hülle und Fülle enthält.“

Mit dieser Sorge für die Hunde vergleiche man die Lage der Arbeiterklasse. Ist es denn zuviel, wenn wir behaupten, ein Hund der Bourgeoisie ist zehnmal besser daran als ein Arbeiter?

Schöneberg und der ehemalige Botanische Garten. Der Schöneberger Magistrat hat dem Berliner Magistrat die Mitteilung zugehen lassen, daß er die Leistung eines Zuschusses für die Erhaltung eines Teiles des alten Botanischen Gartens ablehne. Damit wird der Plan, wenigstens einen Teil des alten Botanischen Gartens vor der Bebauung zu retten, ersichtlich in Frage gestellt. Einst dachte man in Schöneberg über diese Angelegenheit ganz anders. Die städtischen Behörden waren mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung des alten Botanischen Gartens als Park eingetreten; der vorstorbene Stadtverordnetenvorsteher Gustav Müller hatte sich selbst an die Spitze eines Ausschusses gestellt, der die Erhaltung des Gartens zum Zweck hatte. Jedenfalls werden die Bewohner des hier an Berlin angrenzenden Teiles von Schöneberg mit dem Beschluß ihres Magistrats wenig einverstanden sein.

Hauswirt und Mieter.

Der Aprilmorgen ist vorbei und mancher seufzt erleichtert auf, daß das Schwerste überstanden ist. Freilich, die ersten Wochen in der neuen Wohnung bringen noch viel Ungemach und man findet, daß da noch so manches verbesserungsbedürftig ist, daß dieses den gehegten Wünschen in den neuen Räumen nicht entspricht. Aber der Hauswirt hat ja versprochen, alles machen zu lassen, was „nötig“ sei. Leider muß man ihn oftmals erst an sein Versprechen mahnen, und das ist peinlich. Man erkundigt sich bei Nachborsleuten, ob mit dem Herrn Hausbesitzer gut Kirchen essen ist, aber was man da hört, ist nicht sehr ermutigend; es besätigt nur die alte Erfahrung, daß die Hauswirte die elendesten Wohnungen immer noch für gut genug halten, um teure Mieten dafür zu nehmen, aber nur nichts zur Verbesserung dieser Wohnungen tun möchten. — Gewöhnlich stehen sich Mieter und Hauswirt nicht sehr freundlich gegenüber, und es sind immer die kleinen Mieter, die am rücksichtslosesten behandelt werden. Das Mißtrauen gegen sie ist groß, daß sie etwa mal die Miete nicht pünktlich bezahlen könnten. Dabei sind die Mietkontrakte fast durchgängig so abgefaßt, daß der Mieter möglichst wenig Rechte gegenüber dem Hauswirt genießt. Es kommt oft genug vor, daß arme Leute gar nicht recht klug werden aus

den mannigfaltigen Bestimmungen des Kontraktes und sich auf Gnade und Ungnade einem Haus tyrannen überliefern. Wie willkürlich und eigenmächtig die Hauswirte oftmals den Mietern gegenüber vorgehen, dafür gibt es genug Beispiele. Es gilt ja als vollständig in der Ordnung, daß einer, der seine Miete nicht pünktlich bezahlt, zum Hause hinausgeworfen wird. Eine Frau in Wilmersdorf mußte vor kurzem aus ihrer Wohnung heraus, weil sie entgegen den Bestimmungen des Kontraktes eine Stube vermietet haben sollte. Der Wirt aber gab ihr die Möbel nicht und verlangte unter allerlei Vorwänden, daß die Frau 150 M. deponieren sollte, um ihn vor Schaden und Kosten zu schützen. Da half keine Polizei, sondern die Frau mußte die Hilfe eines Berliner Rechtsanwalts in Anspruch nehmen, um einen Gerichtsbeschuß gegen den Hauswirt zu erwirken. — Wer im Besitz ist, der hat die Macht und kann sich schon etwas erlauben in unserem „Rechtsstaat“. Manchmal lassen sich die Leute durch die Dreistigkeit der Hauseigentümer geradezu verblüffen und glauben in ihrer Einfalt und Harmlosigkeit, daß sich jemand nicht die Rechte ohne weiteres anmaßen könne, die er nicht besitze. Da hatte ein Mann ein Gasthaus gepachtet in der Umgegend von Berlin und es verkehrten bei ihm viele gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Das behagte dem Eigentümer nicht und er jagte den Wächter davon. Dieser ließ sich diese Willkür auch gefallen, nahm dann aber den Rechtschutz eines Vereins in Anspruch, und die gerichtliche Entscheidung sprach ihm einen Schadenersatz zu. — In der Auswahl ihrer Mieter sind die Hauswirte oft sehr vorsichtig, sie haben ihre Vereinigungen zum Schutz und Trutz gegen die Mieter und lassen sogar schwarze Listen zirkulieren zur Warnung vor solchen Leuten, die nicht immer zahlungsfähig sind. Die Mieter hätten wahrlich viel mehr Ursache, schwarze Listen von „nicht empfehlenswerten“ Hauswirten anzufertigen. Eine solche Liste würde wohl etwas umfangreicher werden als die „nicht empfehlenswerten“ Mieter. Wenn arme Leute die Miete schuldig bleiben, dann ist es gewöhnlich die bittere Not, die sie dazu zwingt, nicht aber Böswilligkeit, denn jedermann weiß, daß die Miete rücksichtslos wie die Steuer eingetrieben wird, er mag hinziehen, wo er hin will. Der Hauswirt aber rechnet damit, daß sein Haus sich hoch verzinsen muß und bei 12 Proz. jammert er noch, wie niedrig die Wohnungsmieten heutzutage seien und wie hohe Steuern er bezahlen müsse.

Die Einführung der neuen Automobil-Draisinen durch die Allgemeine Omnibusgesellschaft wird nur langsam konstanten gehen und das projektierte ausgedehnte Liniennetz kaum vor Ablauf von drei Jahren fertiggestellt werden. Die mit der Herstellung von Automobilmotoren beschäftigten Fabrikanten sollen derartig mit Arbeiten überhäuft sein, daß neue Aufträge nur auf Grund langfristiger Lieferungsstermine angenommen werden können. Die Auslieferung jetzt etwa in Auftrag gegebener Automobilomnibusse im Jahre 1906 soll bei der gegenwärtigen Konjunktur vollständig ausgeführt sein.

Das Projekt für die Straßbahlinie Berlin-Grünau mit Abzweigungen Johannisthal-Strand und Johannisthal-Grünau, welches in diesem Jahre zur Ausführung gelangen sollte, ist auf verschiedene Schwierigkeiten gestoßen, durch welche der vom Fortschritt unterstützte Plan zu scheitern droht. Die Straßbahn sollte einen eigenen Bahnhöfen erhalten, welcher neben der Chaussee entlang führt und sowohl den Ausflüglerverskehr als auch den Verkehr der Bewohner der genannten Dörfer untereinander vermitteln sollte. Der Fortschritt hatte sich bereit erklärt, einen namhaften Zuschuß zu leisten, weil die Bahnstrecke nach dem Projekte verschiedene fiskalische der Bebauung zu erschlappende Forstterrasse berühren sollte. Die Gesellschaft hat aber außerdem mit Rücksicht auf die hohen Anlagekosten Geldzuschüsse von den beteiligten Gemeinden gefordert, doch sind diese Anträge zum Teil abgelehnt worden. Hierdurch soll, so wird berichtet, die Rentabilitätsfrage der Bahn in eine so ungünstige Position geraten sein, daß der gesamte Plan vorläufig aufgegeben werden müsse.

Ein Bild trostlosen Glucks

So sah gestern nachmittags der Passant der Alten Jakob- und Segelstraße. Weimend stand an der dortigen Straßbahnhaltstelle eine Frau mit einem Säugling auf dem Arm; es waren die 65jährige Witwe Emma K., Andreasstr. 19 wohnhaft und ihr Pflegekind, die Tochter eines hiesigen jungen Mädchens. Die Mutter hatte für ihr Kind seit einiger Zeit kein Pflegegeld bezahlt und da Frau K. nicht imstande war, ohne dies den Säugling zu erhalten, machte sie sich gestern auf den Weg, um die Kleine irgendwo unterzubringen. Sie lief mit dem Kind auf dem Arm vergeblich hin und her und landete schließlich im Waisenhaus in der Alten Jakobstraße. Dort ward ihr aber der Bescheid, erst bei dem Waisenvorstand vorzusprechen. Die Greisin war inzwischen so ermattet, daß sie sich mit ihrer Last nicht mehr weiter zu schleppen vermochte. Vergeblich suchte sie jedoch an der Straßbahnhaltstelle in den Taschen nach einem Groschen, damit sie weiterfahren könne. Mitleidige Passanten sorgten schließlich für die Weiterbeförderung der Bedauernswerten und ihres Pflegekindes.

Ein zweites „Eden“. Eine Filiale der Obstkolonie „Eden“ bei Dranienburg, der bekannnten vegetarischen Grünland, soll in Birkenwerder an der Nordbahn ins Leben gerufen werden. Es ist zu diesem Zwecke bereits ein größeres Gelände mit umfangreichem Gartenland erworben und auch schon mit dem Bau einfacher Landhäuser für die „Kolonisten“ des zweiten „Eden“ begonnen worden. Die Mutterkolonie bei Dranienburg hat sich, nachdem sie in den ersten Jahren ihres Bestehens mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, in letzter Zeit recht günstig entwickelt.

Unfallchronik. Beim Verrichten eines Verkehrs-hindernisses schwer verunglückt ist gestern nachmittags der 23jährige Schloffer Fritz Kalisch aus der Grunewaldstr. 117. Er war auf einem Rettungswagen vom Straßbahnhof XIII nach einer Unfallstelle gefahren, um beim Verrichten des Verkehrs-hindernisses, eines Kohlenwagens, der auf dem Gleise zusammengebrochen war, beifällig zu sein. Bei der Rettungsarbeit stürzte der Rettungswagen plötzlich zur Seite und K. geriet mit dem rechten Arm darunter. Schwerverletzt wurde der Verunglückte nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht. — Abgeschürzt und verbrüht. Doppelverunglückt ist gestern abend der 19jährige Hausdiener Karl Wangemann, welcher in einem Restaurant am Kurfürstendamm 220 angestellt ist. Er war im Begriff gewesen, ein Faß mit lodendem Wasser die Kellerterrasse hinunterzutragen, stürzte dabei ab und die lodende Flüssigkeit ergoß sich über den Verunglückten. Von den Fingern bis zur Schulter war ihm der rechte Arm vollständig verbrüht. Die erste ärztliche Hilfe erhielt K. auf der Unfallstation XX.

Durch gekende Hülfen wurden vorgestern am späten Abend die Spaziergänger im westlichen Tiergarten an den Spreelanal geleckt. Ein Gartenwärf sah man im Wasser eine männliche Person, welche vergeblich versuchte, dem nassen Element zu entkommen. Erschöpft sank der Mann schließlich unter. Zwei Herren machten sich sofort an die Rettung und es glückte ihnen auch nach längerem Bemühen, den Gefährdeten in Sicherheit zu bringen. Es war der Schifferknecht Otto Schmädde aus Wühlow a./H. Sch. war am Steuer des letzten Kahren eines Schlepptuges gewesen und war während der

Kohle im Dunkel der Nacht in den Kanal gestürzt, ohne daß von den übrigen Schiffsmannschaften etwas davon bemerkt wurde. Etwa eine halbe Stunde hindurch mußte er mit den Wellen kämpfen, bis er endlich gerettet wurde. In einer Droschke brachte man ihn nach der Unfallstation in der Kronenstraße und von dort ins Krankenhaus.

Zirkus Schumann. Im neuen Programm dieses Zirkus finden besonders die jüdischen Springhunde, von dem Clown Hodgini dressiert, großen Beifall. Direktor Schumann führt verblüffende neue Dressurnummern vor. Die japanische Troupe Jotoda weist wahre Gegenstücke auf. Diese Troupe besteht aus zwanzig japanischen Gauklern, die endlich einmal neue Tricks darbieten. Die chinesischen Akter mit ihren Komorants bleiben auch in diesem Monat dem Zirkus treu. Den Beschluß bildet nach wie vor die farbenreiche Pantomime „Gemina“.

Feuerwehrricht. In der letzten Nacht um 2 Uhr kam ein größerer Brand in der Greifswalderstr. 72 zum Ausbruch. Bei Anbruch der Wehr brannten dort Stroh und Korbweid u. s. w. Der 1. Löschzug mußte kräftig Wasser geben, um des Feuers Herr zu werden. Gestern früh um 9 Uhr entstand ein gefährlicher Brand in dem Kesselhause Ritterstr. 85. Kohlen usw. waren dort in Brand geraten. Der 17. Zug nahm mehrere Schlauchleitungen vor, wodurch es gelang, die Flammen auf das Kesselhaus zu beschränken. Der 7. Zug hatte in der Mühlendörferstr. 26 zu tun, wo Bretterwände, Transmissionen, die Schalbede und anderes brannten. Die 1. Kompanie hatte in der Kaiserstr. 38a einen Brand zu löschen, wobei das Zwischengeßell aufgerissen werden mußte. In der Görtingerstr. 66 mußte der 8. Zug einen Kellerbrand löschen. Außerdem wurde aus verschiedenen Anlässen die Wehr noch nach der Zimmerstr. 67, Petersburgerstr. 20, Ragbahrstr. 27, Anklamerstraße und anderen Stellen gerufen, wo Gardinen, Möbel usw. Feuer gefangen hatten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Angenruher ist der vorletzte Kunstabend dieses Jahres am Sonntag, den 8. April, abends 8 Uhr, in der Kaiser Friedrich-Säule am Savignypark geübt. Die Charlottenburger Kunstkommission hat sich dieses Mal ausschließlich solche Kräfte gesichert, welche durch ihre künstlerische Tätigkeit eingehend mit den Meisterwerken dieses Großen vertraut sind. Landleute des Dichters, wie Fritz Richard, der neue Regisseur des Deutschen Theaters, ein hervorragender Angenruher-Darsteller und Regisseur, und Carla Ernst (Kleines Theater). Der Bühnen-Schriftsteller Dr. Richard Hellinger, Autor des „Feiertag“, hat den einleitenden Vortrag und die Prosa-Regitation übernommen.

Friedenau.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand wütete am Mittwochabend auf dem ausgedehnten Grundstück an der Ecke der Kaiser-Allee und Stubenrauchstraße. In der achten Stunde war das Feuer auf dem Boden des Wohnhauses zum Ausbruch gekommen, und da es erst spät bemerkt wurde, stand der Dachstuhl beim Eintreffen der Schöneberger, Steglitzer und Friedenauer Feuerwehren bereits in hellen Flammen. Die Löscharbeiten der Schöneberger Wehr gingen sofort mit der Dampfspritze vor, doch gelang es erst gegen 11 Uhr den vereinten Kräften der Mannschaften, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Dachstuhl ist durch die Flammen vollständig vernichtet worden, während das obere Stockwerk, aus dem die Mieter flüchten mußten, stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Entsehung des Brandes dürfte auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen sein. Angeblich ist ein Mieter mit einem offenen Licht nach dem mit Papier und anderen leicht entzündlichen Stoffen versehenen Bodenbeschlag hingefallen, wobei jedenfalls das Feuer gezündet wurde.

Wilmerdorf.

Bürgerliches Wahlsystem. Der Stimmzuwachs unserer Partei bei den letzten Gemeindevahlen ist auf die Bürgerlichen sicherlich von erheblicher Wirkung gewesen. Es geht dies daraus hervor, daß in den bürgerlichen Kreisen bereits Vorbereitungen zu den Wahrscheinlich in der ersten Hälfte des Herbstes stattfindenden Stadtverordnetenwahlen getroffen werden. Allen Anschein nach dürften es unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen mit einer bürgerlichen Koalition zu tun bekommen. Wie verlautet, ist der Streit um die Konfession jetzt vorüber und denkt man schon nach Altern an die Bildung eines Bauhausschusses zu gehen, in welchen jeder Verein Mitglieder entsendet. Es kommen bei den Stadtverordnetenwahlen 48 Mandate in Betracht. Unsere Genossen werden dafür zu sorgen haben, daß der Sozialdemokrat, als der stärksten Partei am Orte, der ihr gebührende Einfluß im zukünftigen Stadtparlament gesichert wird. Die Arbeit des bürgerlichen Wahlschusses ist unsonst, wenn unsere Genossen ihre Pflicht erfüllen.

In wie leidfertiger Weise häufig gebaut wird, um nur äußerst billig und schnell ein Haus zum Wohnen fertig zu stellen, beweist ein Fall, der zugleich ein typisches Beispiel dafür bietet, wie berechtigt die Anträge sind, Baukontrollen auch aus dem Kreise der Arbeitnehmer anzustellen. In Wilmerdorf, in der Berlinerstraße 105, ist zum 1. April ein Neubau soweit fertig geworden, daß die Mieter einziehen sollten. Komisch mußte ihnen aber die Eröffnung scheinen, daß sie nicht einziehen dürften — wegen drohender Einkurzgefahr des Hauses! Man möge mit dem Kopf geschüttelt haben, daß ein erst neu aufgeführtes Haus schon vor dem Gebrauch eine Gefahr für die Einwohner bietet. Und doch ist dem so. Dieser Neubau ist von einem Herrn Wilhelm Gimpel für den Zimmermeister A. Hübner in Afford aufgeführt worden. Die Maurer haben, um recht viel Geld zu verdienen, darauf los gepußelt. Genügend Aufsicht war nicht vorhanden, da ja diese Unternehmer etwas anderes zu tun haben, als nach guter Arbeit zu sehen. Auf diesem Bau sind die wichtigsten Regeln der Baukunst und alle technischen Vorschriften außer acht gelassen; von einem regelmäßigen Steinverband ist keine Rede. Im Keller sind die Hauptanker so schlecht gearbeitet, daß sie dem Druck der Last von oben nachgeben. Ringsherum nur einen Stein stark gemauert, sind sie inwendig ohne den nötigen Mörtel aufgeführt. Iose sind die Steine aufeinander geschichtet, weshalb sie jetzt wie Schutt auseinander bröckeln. Zeigen sich an dem Hause in den oberen Etagen schon Risse und Sprünge, so ist im Keller die Bauqualität so fortgeschritten, daß die Hauptanker jetzt neu aufgeführt werden müssen. Die Vorarbeiten dazu sind schon getroffen. Jetzt wird das Haus zwecks Umbau schon abgebrochen. — Der Befehl wird fragen, ob die Aufsichtsbehörde diese Psuscharbeit nicht gesehen hat? Allem Anschein nach nicht; sonst müßte der Bau schon im Anfang inhibiert worden sein. Daß auch bei der Höhenabnahme niemand darauf gesehen ist, nimmt uns weiter nicht wunder bei der Auffassung der Behörde über die Affordmurerarbeit. Oft wurden Maurer bei Meldung derartiger Mängel von den Behörden abgewiesen mit der Motivierung, daß die Anzeige wohl nur aus Rache gegen den Unternehmer erstatet sei. In solchen Fällen wurde die Untersuchung straffe abgelehnt. Der beste Beweis ist der Fall bei dem Schillertheater in Charlottenburg. Dort wurden die Lohnmurer ausgesperrt, weil sie gute Arbeit hinstellen wollten. Die Antreiber des Unternehmers wollten nur viel Steine verarbeitet haben. Dies verlangte Quantum konnte nicht im Interesse der guten Arbeit geleistet werden; dazu gaben sich die Maurer nicht her im Interesse der Stadt und des Rufes! Das war ihre Entlohnung und die Einstellung von Affordmuren. Im vorliegenden Fall hat ja nun die Behörde den besten Beweis, wohin die Affordarbeit führt. Wir wollen hoffen, daß die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft, derartige, das Allgemeinwohl schädigende Auswüchse auszurotten, nach bestem Können unterstützt werden.

Reinickendorf.

Von einer Automobildroschke überfahren wurde vorgestern in der Provinzialstraße der 6jährige Sohn des Wagnararbeiters Heßberg. Der Knabe geriet unter die Räder des Kraftwagens, die ihn über die

Seine Hintereingingen. Er erlitt außer Knochenbrüchen eine schwere Schädelverletzung und mußte nach dem Paul Gerhardt-Stift übergeführt werden.

Wilhelmsruh.

Der Wahlverein befahte sich in seiner letzten Mitgliederversammlung mit der Lokalfrage; beschlossen wurde, das Bezirksbüro in der Wilhelmsruhstraße, zu verlegen. Außerdem machte sich die Ersatzwahl eines Obmanns für die Abteilungsleiter notwendig; dafür wurde der Genosse Heise einstimmig gewählt. Unter „Verschiebung“ wurde auch die Kaiserfrage erörtert. Die Versammlung beschloß, eine Tagesfeier stattfinden zu lassen. Zum Schluß wurde noch eine Resolution folgenden Wortlauts angenommen: „Die Versammlung spricht ihre Verwunderung über die Abstimmung der Fraktion im Reichstage in Sachen des Reichseinkommensteuergesetzes und der Schaffung eines Staatssekretärs für das Kolonialamt aus. Es ging aus der Abstimmung hervor, daß nur eine geringe Anzahl unserer Abgeordneten vorhanden war, während es doch nötig wäre, daß bei derartigen Abstimmungen die Fraktion vollständig vertreten ist.“

Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in vierstündiger Sitzung mit dem Projekt der elektrischen Straßenbahn. Dasselbe wurde in die zweite Lesung verworfen. Es zeigte sich bei dieser Beratung, daß zu der Magistratsvorlage mangelhafte Wünsche der einzelnen Haus- und Grundbesitzer laut wurden, die wohl schwerlich erfüllt werden können. — Die Unselbständigkeit der hiesigen Kommunalverwaltung trat wieder einmal klar in die Erscheinung, als Stadtrat Dr. Over die schwankende Stellungnahme der Verwaltung in der nun seit Jahren schwebenden Straßenbahnangelegenheit zu begründen suchte. Danach konnte man mit Recht sagen, daß die „Selbstverwaltung“ der zweiten Residenzstadt Preußens nicht im Potsdamer Rathaus zu suchen ist.

Alsdann wurde der Elektrizitätsvertrag mit der Gemeinde Alteslow genehmigt. In demselben verpflichtet sich die Gemeinde, eine Jahreseinnahme von 2500 M. und die eventuell von der Provinzialbehörde zu fordernde Gebühr für Benutzung der Chaussee zu gewährleisten, bis ein Gesamtverbrauch von 40 000 M. festgeschrieben hat. — Die Gesamtkosten der Anlagen für Alteslow betragen 28 000 M. Der Vertrag gilt bis zum Jahre 1908. Zu erwähnen ist noch die Mandatsniederlegung des Stadtrats Hellriegel wegen Verzugs nach Berlin. Ferner eine Beschwerde des Apotheker Arumbholz, der sich gegen die einseitige Uebertragung von Medikamentenlieferungen an das hiesige Krankenhaus richtet. Die Uebertragung ist bisher nur immer auf ein Jahr geschehen, man hat aber dem bisherigen Lieferanten, Hofapotheker Herzberger, die Versorgung des Krankenhauses mit Medikamenten stillschweigend auf zwei weitere Jahre übertragen. Verschiedene Medner kritisierten diese Günstlingswirtschaft. — Der Magistrat glaubte sein Vorgehen infolge zu recht fertigen, als Grund zur Klage gegen den bisherigen Lieferanten nicht vorgelegen habe und er, ohne eine Neuausschreibung vornehmen zu lassen, die Lieferungen der alten Firma auf weitere zwei Jahre übertragen habe.

Die heute bereits stattfindende Stadtverordnetenversammlung, wird sich außer der Straßenbahnangelegenheit noch mit 12 Tagesordnungspunkten zu befassen haben, die wegen vorgerückter Zeit vertagt werden mußten.

Gerichts-Zeitung.

Bergarbeiterleben in der Mark. In dem gefirten telegraphischen Bericht über die Urteilsbegründung muß es nicht heißen: „Der Gerichtshof nahm auch an, daß der Angeklagte von einer Beschuldigung des Betrags gesprochen habe“, sondern: „Der Gerichtshof nahm nicht an usw.“ In dem Klaidoyer des Verteidigers ist tatsächlich ausgeführt: „Das große Unglück in Courrières habe gezeigt, daß man den Bergarbeitern eine möglichst große (nicht eine „gewisse“, wie das Telegramm behauptet) Bewegungsfreiheit gewähren müsse.“

Ein Abenteuer auf der Polizeiwache lag einer Anklage wegen Herausfordern zum Zweikampf und Kartelltragens zugrunde, die gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kam. Angeklagt waren der Student der Medizin Wilhelm Meyer, der Student der Medizin Alexander Musall und der Ingenieur Hans Desreich. — In der Nacht zum 11. Februar d. J. hatten die Angeklagten an einer Sitzung ihrer Verbindung teilgenommen. Gegen drei Uhr morgens betrat Meyer und Musall in ziemlich angeheitertem Zustande die Eliastraße. Am Dranienburger Tor hatte sich ein Kaufmann gebildet, da ein ebenfalls angeheitertes Passant mit mehreren Vordierschilfern allerlei Unfug trieb. Als der Schumann nachhaus gerade im Begriff war, den Unfugstifter festzuhalten, kamen die beiden Angeklagten hinzu. Musall soll den Beamten sofort zärtlich umarmt und ihm bezeichnend mitgeteilt haben, daß das Schwarze in seinem Notizbuch die Schrift sei. Als die Anklage zu arg wurde, sah sich der Schumann schließlich gezwungen, auch die Angeklagten festzunehmen. Auf der Polizeiwache des 7. Reviers in der Kobalstraße sollen sich nun, wie die Angeklagten behaupten, die unangenehmsten Dinge zugetragen haben. Als sie gegen das Hiniausweisen der Zeugen protestierten, wären die Schulleute sofort über beide hergefallen und hätten auf sie losgeschlagen. Schließlich hieß es: „Reißt doch die Kerls.“ Tatsächlich wurde der Angeklagte Meyer auch gefesselt, wie von den Schulleuten befundet wird, um ihn an weiteren Uebergriffen auf die Beamten, denen er wiederholt ins Gesicht geschlagen habe, zu hindern. Nachdem Mr. etwa eine Viertelstunde mit den Handschellen in der Zelle gesessen hatte, wäre, wie er behauptet, plötzlich ein Mann, der eine braune gestrickte Weste trug, hineingeklüppelt und hätte ihm ein paar wuchtige Faustschläge ins Gesicht versetzt. Als sie sich wieder in der Wachtube befanden, wären plötzlich mit dem Rufe: „Haut doch die Studentenhande zusammen!“ mehrere Schulleute auf sie eingedrungen, hätten sie zu Boden geworfen und mit Häuten und Stiefelabsätzen mißhandelt. Dann wiederum wäre ganz plötzlich ein Kaufmann eingetreten, da das Erscheinen des Reviervorstandes anscheinend signalisiert worden sei. Bald darauf habe der Polizeileutnant Wollhufen das Bureau betreten. Als sich Meyer und Musall an ihn wendeten und um Schutz vor den angeblichen Missetaten der Schulleute baten, soll der Reviervorstand in brüskem Tone geantwortet haben: „Solche Befehle — e Kerls müßte man immer gleich in Kerker sieden!“ Dieser Darstellung widersprechen die Beamten fast in jedem Punkte. Am nächsten Tage erschien in der Polizeiwache der dritte Angeklagte Desreich und überbrachte dem Polizeileutnant Wollhufen wegen dieser Uebergriffe eine Forderung auf Pistolen bei 15 Schritt Distanz und dreimaligem Angelwehrl. Das Duell selbst fand infolge des Einschreitens der vorgehenden Behörde des Geforderten nicht statt. — Staatsanwalt Assessor Pasche beantragte gegen Meyer und Musall je drei Monate Festungshaft, gegen Desreich sechs Wochen Festungshaft. Der Gerichtshof erkannte gegen die beiden Erstgenannten auf vier bezw. zwei Wochen, gegen Desreich auf drei Tage Festungshaft.

Mit seltenem Raffinement hatte der 19jährige Drogist Artur Herrmann eine Anzahl Gannerrische verübt, die ihn gestern unter der Anklage des wiederholten Betruges und der falschen Urkundenfälschung vor die 4. Strafkammer des Landgerichts I führten. — Der jugendliche Angeklagte, der sich rühmen kann, daß auf Wiederergriffung seiner Persönlichkeit schon eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt war, hat durch einen neuartigen Gannerrich mehrere Geschädigte um erhebliche Geldbeträge gebracht. — Einmal Tages erschien bei einer Firma Stolzenberg in der Reiten Friedrichstraße ein nett gekleideter junger Mann und bot um Kauf, ob die Stellung eines Lehrlings vacant sei. Da der Betreffende, es war Informatentent veranlt.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

dies der Angeklagte, einen sehr guten Eindruck machte und auch ausgezeichnete Zeugnisse aufweisen konnte, wurde er engagiert. Schon am nächsten Tage mußte die Firma eine sehr unangenehme Ueberraschung durch den neuen Lehrling erleben. Der Angeklagte wurde am Vormittage zur Post geschickt, um Geld abzuholen und zugleich wieder einzuzahlen. Er zog auch ordnungsgemäß circa 3000 M. ein, ließ sich dann aber nicht wieder bei der Firma S. sehen. Wie sich bald herausstellte, war der erst neunzehnjährige Angeklagte nach einem wohlüberlegten Plane vorgegangen. Die vorgelegten Zeugnisse waren sämtlich gefälscht; Herrmann hat nur die Stellung angenommen, um so schnell wie möglich mit einem ihm anvertrauten Geldbetrage zu verschwinden. In einer gleichartigen Weise hatte der Angeklagte sich auf einen Tag eine Stellung als Hausdiener besorgt und war bald am nächsten Tage mit photographischen Apparaten im Werte von 500 Mark verdrückt. — Vor Gericht verteidigte sich der Schwindler mit großer Jungensfertigkeit. Insbesondere behauptete er, ein gewisser „Wolf“ habe ihm die gefälschten Zeugnisse besorgt und ihm auch später das Geld auf der Straße abgenommen. Der Staatsanwalt hielt mit Rücksicht auf das raffinierte Vorgehen des jugendlichen Angeklagten eine exemplarische Strafe für angebracht und beantragte zwei Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte wegen Betruges und falscher Urkundenfälschung auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Schadenersatzsprüche können nicht auf Grund mündlicher Lehrverträge geltend gemacht werden. Der Lugsopapierfabrikant Hahn hatte durch Inzinate junge Mädchen zum Erlernen des Kolorierens verlangt. Es meldete sich auch das schon volljährige Fräulein A., das sich bereit fand, zu denselben Bedingungen einzutreten, wie die anderen im Alter zwischen 15 und 16 Jahren stehenden Kolorierlehrlinge. Die Bedingungen waren: eine 13wöchentliche Lehrzeit, während dieser Zeit Zahlung von 20 M. pro Monat an die Mädchen, dann Akkordarbeit, sowie die Verpflichtung, ein Jahr im Geschäft zu bleiben. Für vorzeitiges Verlassen der Stellung war eine Konventionalstrafe von 100 Mark ausbedungen worden. Nach etwa vier bis fünf Wochen, also noch innerhalb der Lehrzeit, verzichtete das Mädchen auf die weitere „Lehre“, da sie der Meinung war, daß sie nicht genug bei der Firma lernen könne. Herr Hahn klagte nunmehr beim Berliner Gewerbegericht gegen Fräulein A. auf Zahlung der 100 Mark Konventionalstrafe. Die Kammer VIII wies ihn jedoch ab, weil Lehrverträge schriftlich abgeschlossen sein müssen, wenn aus ihnen ein Recht zur Klage flosse hergeleitet werden können, hier aber nur eine mündliche Uebereinkunft vorlag.

Vermischtes.

Ein furchtbares Unglück. Ein furchtbares Unglück hat sich gestern in Ragold im Schwarzwald zugetragen. Es wird darüber telegraphiert:

Heute nachmittags gegen 1 Uhr fürzte der in letzter Zeit von einem Baumunternehmer gehobene Gasthof „Zum Hirsch“, während zahlreiche Gäste, — die Angaben schwanken zwischen 100 und 300 —, an einer Regelsuppe teilnahmen, in sich zusammen. Die Zahl der Opfer ist noch nicht festgestellt, mehrere Tote sind bereits aus den Trümmern hervorgezogen.

Um 5 Uhr waren 42 Leichen sowie circa 70 Schwerverletzte geborgen; viele befinden sich noch unter den Trümmern, an deren Befreiung mit großer Anstrengung gearbeitet wird. Aerztliche Hilfe ist in ausreichendem Maße vorhanden. Das Unglück dürfte auf das Nichteinhalten der nötigen Vorsichtsmaßregeln zurückzuführen sein. Der Gasthof war erst im Laufe des Vormittags geschlossen worden, aus welchem Anlaß dann eine Feier abgehalten werden sollte. Wie berichtet wird, soll getanzt worden sein, was bei der Ueberfüllung des Hauses zum Einsturz beigetragen haben dürfte.

Ueber einen Gefährteinkurz wird aus Hamburg telegraphiert: Gegen 5 Uhr nachmittags fürzte ein Baugerüst des im Bau befindlichen Zentralfahnhofes ein, mehrere Menschen wurden unter dem zusammengefallenen Gerüst begraben. Die Feuerwehre eilte zur Hilfeleistung herbei.

Ueber einen erneuten Ausbruch des Vesubs wird aus Rom berichtet: Seit gestern ist die Kraterstätigkeit des Vesubs beträchtlich erhöht, so daß die Umwohner teilweise über das Schicksal der Ortschaften und Besigungen in Besorgnis sind. Neuer Lavastrom fließt gegen Pompeji hinab, während derjenige auf der Seite nach Reapel schwächer wird. Der Hauptkrater zeigt gewaltige Rauchentwicklung. Die Höhe fällt auf Portici und Resina und wird bis Reapel getrieben. Der neue Krater des kleinen Vesubs ist eingestürzt. Der Telegraph des Vesubobservatoriums ist unterbrochen. Die Bewohner von Boscotrecase und Umgebung suchen in Boscotrecase Zuflucht. Die flüchtigen verbreiten Panik in den Umwohnerschaften, wozu Gendarmen aus Reapel geschickt wurde; man glaubt an einen Zusammenstoß dieser Erscheinungen mit dem Erdbeben in Ustica und Kalabrien. Gestern abend um 11 Uhr wurden bei Reapel zwei leichte Erdstöße verspürt. — Reapel, 5. April. Seit gestern abend geht infolge eines Ausbruchs des Vesubs ein Regen von schwarzer Asche über Reapel nieder.

121 Personen ertrunken.

Honolulu, 4. April. (Werbung des Reuterischen Bureaus.) Der hier eingetroffene Dampfer „Moana“ berichtet, daß während eines Orkans, der in der Gegend von Tahiti und den benachbarten Inseln wütete, 121 Personen ertrunken seien.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Am 4. April 1906. Nr. 100. Rind, IIa 56-64, IIIa 50-54, IVa 40-48, engl. Bullen, 00-00, dm. Bullen, 50-56, holl. Bullen, 00-00, Kalbfleisch, Doppelkinder 105-120, Ia 80-88, IIa 65-78, IIIa 52-62, Hammelfleisch Ia 62-72, IIa 55-61, Schweinefleisch 70-74, Kaninchen 0,80-1,00, Hühner, alte, Stück 1,40-2,40, alte per Pfd. 0,80-0,85, junge, per Stück 0,00, Lauben, junge 0,60-0,70, alte 0,50, Enten, junge per Stück 1,80-3,00, per Pfd. 0,00-0,00, russ. gefr. per Stück 0,00-0,00, Gänse, junge, per Pfd. 1,25-1,35, russ. per Pfd. 0,47-0,48, Hechte 88-98, Schiefe 00-00, Heide 00, groß 00-00, Kafe, groß 00-00, mittel 00-00, klein 00-00, unsortiert 103, Rüben 37-42, Buntent, domm. I, per Schock 00-00, Räder, Stange Ia 4-7, da mittel, per Rille 3-4, da klein, per Rille 00-00, Bäcklinge, Schmelz, per Ball 00-00, norm. 3,00, holländ. 3,00, Räder 2-4, engl. 0,00, Kafe, groß, per Pfd. 1,10-1,20, mittelgroß 0,80-0,90, klein 0,50-0,60, Sperrtten, Räder, 2 Ball 0,75-1,20, 0,16, per Rille 0,40-0,50, Schardellen, 1902er, per Anker 74,00, 1901er 72,00, 1900er 70,00, Schottische Vorkörner 1905 00-00, large 40-44, full 35-38, med. 33-35, deutliche 37-44, Perlinge, neue Rajhes, per 1/2, Tonnen 60-120, Hummer, IIa, 100 Pfd. 00-00, Röhre, per Schock, große 00-00, mittelgroße 00,00, kleine 0,00, unsortiert 00-00, Eier, Land-, per Schock 00-00, frische 3,20-3,40, Butter, per 100 Pfd., Ia 120, IIa 117-120, IIIa 115-116, abfallende 110-114, Saure Butter, Schock 3-3,50 M., Pfefferkörner 3-3,50 M., Kartoffeln, per 100 Pfd. magna, bon. 2,10-2,85, rote Daberger 2,00-2,20, runde weiße 1,80-2,00, Birnkorn, per Schock 0,00-0,00, Weizen, per 100 Pfd. 4,50-5,50, Roggen, per Schock 00-00, holl. 16-24, Grünkohl, per 100 Pfd. 12-15, Mören, weiße 12-16, Teller 16-18, Kohlraben, per Schock 2,50-4,50.

Witterungsbericht vom 5. April 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand um 7 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. W.	Stationen	Barometer-stand um 7 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. W.
Stolzenberg	770	SE	4	wolkig	5	Coburg	785	SE	3	wolkig	-0
Darmstadt	767	SE	4	wolkig	5	Petersburg	770	SE	3	Rebel	-5
Berlin	769	SE	2	wolkig	5	Sibir	754	SE	3	bedeckt	9
Königsberg	765	SE	2	bedeckt	7	Berlin	767	SE	3	bedeckt	5
München	768	SE	1	wolkig	4	Paris	762	SE	3	bedeckt	5
Wien	772	SE	2	wolkig	5						

Weiter-Prognose für Freitag, den 6. April 1906. Nachts etwas wärmer, am Tage ein wenig kühler, vorherrschend mäßig mit leichten Regenschauern und mäßigen (schwachen) Winden.